Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 4. Juli 2009 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Blick auf den Reichstag in Berlin: Die Bundesrepublik Deutschland bleibt auch innerhalb der EU ein souveräner Staat. Bild: pa

Kein Superstaat EU

Karlsruhe zeigt Europapolitikern die Grenzen auf – »Das Volk gestärkt«

Applaus von allen Seiten bekam das Bundesverfassungsgericht für das Grundsatzurteil zum Lissabon-Vertrag. Grund zu echter Freude hatten aber nur die Kläger, denn Karlsruhe hat den Europapolitikern Schranken aufgezeigt.

Soviel einhelliges Lob ist selten in der Politik. Die Bundeskanzlerin sprach von einem „guten Tag für den Lissabonner Vertrag“, Außenminister Frank-Walter Steinmeier rühmte die „Klarheit“, die das Verfassungsgericht hergestellt habe, der Vertrag sei mit dem Grundgesetz vereinbar, „und zwar vollumfänglich“.

Allerdings klang dieses regierungsamtliche Lob doch etwas verdruckst. Immerhin hatten die Hüter der Verfassung die Ratifizierung des Vertrages nur unter Auflagen gebilligt und ein wichtiges deutsches „Begleitgesetz“ sogar als verfassungswidrig verworfen, weil es weder dem Bundestag noch dem Bundesrat ausreichende Beteiligungsrechte sichere.

„Das Grundgesetz sagt Ja zu Lissabon, verlangt aber auf nationaler Ebene eine Stärkung der parlamentarischen Integrationsverantwortung“, brachte Verfassungsrichter Andreas Voßkuhle das Urteil auf den Punkt. Das war deutlich und zwingt Berlin zu schnellem Handeln. Schon bis September soll das entsprechende Gesetz novelliert werden, um Verzögerungen beim Inkrafttreten des Vertrages zu vermeiden.

> Das Lob aus Berlin für dieses Urteil klang verdruckst

Wirkliche Freude wollte nach dem historischen Urteil nur bei den Klägern aufkommen. „Das Volk ist massiv gestärkt worden“, äußerte sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler hochzufrieden. Er sehe sich in vollem Umfang bestätigt, denn mit dem Urteil sei der Idee eines „Europas der Vaterländer“ Rechnung getragen worden. Gauweiler hatte im Kern dagegen geklagt, daß mit diesem Vertrag „die Grenze überschritten“ werde, die „das Grundgesetz der Übertragung von Hoheitsrechten setzt“. Die Integration der Bundesrepublik in die EU höhle beispielsweise die Hoheitsrechte der Staatsorgane entgegen dem Schutz von Artikel 79 Grundgesetz bis zur „Entstaatlichung“ aus.

In diesen zentralen Punkten gaben die Karlsruher Richter den Klägern nun recht, wenn auch nicht so, daß der gesamte Integrationsprozeß zum Stehen käme.

Zu denjenigen, die sich durch das Urteil bestätigt fühlen können, gehört der Essener Jurist Professor Menno Aden. Die von ihm geführte Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) hatte in mehreren Zeitungen, darunter der *Preußischen Allgemeinen*, Unterschriften gegen eine undifferenzierte Billigung des Lissaboner Vertrages gesammelt. Noch liege der Urteilstext nicht vor, aber: „Die wesentlichen Punkte, auf welche auch der Aufruf der SWG abgehoben hat (Verbot der Kompetenz-Kompetenz, also der Befugnis zur schleichenden Selbstermächtigung der Europäischen Organe), sind offenbar im Sinne des von uns herausgestellten Subsidiaritätsgrundsatzes von Artikel 5 EGV eingeschränkt worden“, freut sich Aden. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Lissabon

Als Hüter der Verfassung im besten Sinne des Wortes haben sich die Richter des Zweiten Senats in Karlsruhe erwiesen. Mit ihrem einstimmigen Urteil haben sie dem deutschen Souverän wesentliche Hoheitsrechte gesichert und Bestrebungen, die Bundesrepublik Deutschland durch den Ausbau der EU zum Superstaat schleichend zu entstaatlichen, einen Riegel vorgeschoben.

Karlsruhe hat entschieden, daß das sogenannte „Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“ gegen das Grundgesetz verstößt. Diese Feststellung macht hellhörig. Wie kann überhaupt ein Gesetz, das dem Namen nach die Rechte von Bundestag und Bundesrat *erweitern* soll, just deswegen verfassungswidrig sein, weil es eben diese Rechte über das zulässige Maß hinaus *einschränkt*? Die klare Antwort: Weil das verworfene Gesetz ganz offensichtlich den falschen Namen trug. Karlsruhe hat also nicht nur deutsche Hoheitsrechte verteidigt, es hat – zwischen den Zeilen – auch einen Etikettenschwindel des bundesdeutschen Gesetzgebers aufgedeckt.

Es ist nicht das erste Mal, daß Karlsruhe Europa-Euphoriker bremsen mußte. Erinnert sei an das Maastricht-Urteil von 1993 und an die beiden „Solange“-Beschlüsse von 1974 und 1986. Die Unionsparteien haben allen Grund, die Kläger in ihren Reihen und deren Freunde nicht zu schelten, sondern ihnen dankbar zu sein. Nur ein wirklich demokratisches Europa, das die Rechte der Nationalstaaten achtet, wird auf Dauer vom Bürger akzeptiert. Nur ein solches Europa hat diese Akzeptanz auch verdient.

Obama will Merkels Sieg

USA-Besuch: Erstaunliche Harmonie nach schlechten Vorzeichen

Die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland sind auf eine im Ton freundliche, aber kühle Arbeitsebene zurückgekehrt. So lassen sich die zahlreichen Resümees zum Besuch von Kanzlerin Angela Merkel bei US-Präsident Barack Obama zusammenfassen.

Offenbar hatten sich beide Seiten alle Mühe gegeben, daß die Visite ein Erfolg werde. Die Vorzeichen waren alles andere als gut. Während dessen Präsidentschaftswahlkapfes verwehrte Merkel dem US-Demokraten 2008 eine Rede vor dem symbolträchtigen Brandenburger Tor. Obama mußte an die Siegessäule ausweichen. Als Präsident lud Obama die deutsche Regierungschefin für März nach Wa-shington ein. Berlin winkte ab und schlug eine Telefonkonferenz vor, weil die Kanzlerin derzeit verhindert sei. Bei Obamas Kurzbesuch in Dresden und Buchenwald schließlich trat der US-Stab den deutschen Vertretern nach deren Aussagen brüsk und arrogant gegenüber. Kurzum: Die Chemie stimmte einfach nicht zwischen Berlin und Washingon.

> Wunsch nach mehr Truppen zurückgestellt

Doch offenbar hat sich in Washington die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine Abwahl Angela Merkels im September nicht im Interesse der USA sein könne: Das Erstarken des linken SPD-Flügels dürfte im Weißen Haus ebensowenig unbemerkt geblieben sein wie die Absetzbewegungen der Grünen vom Afghanistan-Krieg oder die nebelhaften Debatten über Rot-Rot-Grün.

All das hat Barack Obamas Stab zu der Erkenntnis gebracht, daß man Merkel im Wahlkampf helfen sollte, wenn man Deutschland als verläßlichen Verbündeten behalten will. So beließ man es bei Formelkompromissen und Bildern der Harmonie, mit welchen die Kanzlerin daheim punkten kann, statt sie mit Forderungen etwa nach noch mehr deutschen Soldaten in Afghanistan zu behelligen. Ist die deutsche Wahl im Sinne Washintons gelaufen, wird man wieder anklopfen. *Hans Heckel*

»Schlesien, Glück auf!«

Wulff: Aufarbeitung der Geschichte ist dringend notwendig

Mehrere zehntausend Schlesier versammelten sich am Wochenende zum Deutschlandtreffen in Hannover. Unter dem Motto „Schlesien – Heimat und Zukunft“ lebte in den Messehallen die Kultur der einst preußischen Provinz wieder auf. Schlesische Spezialitäten, heimatliche Trachten, vielseitige Literatur über die Region, die 13 Nobelpreisträger hervorgebracht hat, ließen für einige Stunden das traurige Schicksal dieser europäischen Kulturlandschaft seit dem Jahre 1945 vergessen.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), der das Treffen trotz heftiger Polemik von Grünen und „Linken“ besuchte, dankte den Schlesiern für ihren Einsatz als Brückenbauer zwischen Deutschland und Polen. Niedersachsen werde „alles tun“, um das Schicksal der Heimatvertriebenen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wulff sprach über die „dringend notwendige Aufarbeitung der Geschichte“, die aber ohne die Beteiligung der Betroffenen „nicht funktionieren“ werde. Seine mit tosendem Beifall bedachte Rede beendete er mit einem herzhaften „Schlesien, Glück auf!“ Sein Innenminister Hans-Uwe Schünemann erklärte, die Schlesier und ihr Leid seien durch die Vertreibung Teil der deutschen Identität geworden.

> Viel Applaus für den Ministerpräsidenten

Rudi Pawelka, der Vorsitzende der Landsmannschaft, erinnerte an das Vertreibungsunrecht und beklagte die Unversöhnlichkeit des offiziellen Polens bis in die Gegenwart. „Das polnische Parlament hat im Jahr 2004 eine einstimmige Entschließung gefaßt, die ganz in kommunistischer Manier von wieder gewonnenen Gebieten und Umsiedlern sprach, wobei Ostdeutschland und die Vertriebenen gemeint waren.“ Ein weiteres Beispiel sei die Polemik aus Polen gegen das in Berlin geplante Zentrum gegen Vertreibungen. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Landsmannschaft seien die in Oberschlesien verbliebenen Deutschen, die unter erheblichem Druck stünden und kaum Minderheitenrechte hätten. *K.B.*

MELDUNGEN

Furcht vor dem Präzedenzfall

Prag – Am Dienstag endete in Prag die viertägige Regierungskonferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust („Holocaust Asset Conference“), an der Vertreter von 47 Staaten teilnahmen. Im Mittelpunkt standen die Themen Bildung und Erinnerung, Immobilien, Kunstwerke, aber auch soziale Belange. Das Treffen war die Nachfolgekonferenz der Washingtoner Konferenz von 1998. Das Völkerrecht gebietet, alle Enteignungen im Zuge von Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Rückgabe oder Entschädigung wiedergutzumachen. Viele Länder Ostmittel- und Osteuropas sind dazu jedoch kaum bereit. Insbesondere Polen und die Tschechische Republik haben bisher nur einen Bruchteil der jüdischen Vermögenswerte restituiert, während Länder wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien vieles zurückgegeben haben. Es gilt unter Beobachtern als offenes Geheimnis, daß Warschau und Prag befürchten, mit der Rückgabe von vor 1945 enteigneten jüdischen Besitztümern einen Präzedenzfall für den erst später enteigneten Besitz der deutschen Vertriebenen zu schaffen. *K.B.*

Die Toten von Marienburg

Marienburg/Kassel – Die gerichtsmedizinische Untersuchung des Massengrabes von Marienburg ist abgeschlossen. Nach Angaben der polnischen Pathologen handelt es sich um die Überreste von 2116 Menschen, darunter 1001 Frauen, 377 Kinder und 381 Männer. Bei 352 Verstorbenen wurde weder Alter noch Geschlecht ermittelt. Der Verband Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) e.V. bestätigte auf Anfrage der *Preußischen Allgemeinen* Berichte, daß die Toten nun doch auf einem Soldatenfriedhof bei Stettin ihre letzte Ruhe finden sollten. Der VDK hatte zunächst ein Beisetzung in Danzig oder Marienburg selbst bevorzugt. *K.B.*

Die Schulden-Uhr:

Nötiges Sparen bei Sozialausgaben

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) ist wenig glücklich über die Einsparvorschläge von Ökonomen zur Konsolidierung des defizitären Bundeshaushaltes. Im Wahlkampf sind Gerüchte über die einzigen Möglichkeiten, nämlich Steuererhöhungen oder Kürzung der Ausgaben, nicht gern gehört. Besonders als der Wirtschaftsprofessor an der Universität Oxford, Clemens Fuest, daß mittel- und langfristig der Bund nicht umhin käme, die Sozialausgaben den Einnahmebedingungen anzupassen, kann in der Bevölkerung zu unerwünschter Verunsicherung führen. 2010 wird allein der Zuschuß des Bundes zur Rentenversicherung bereits gut 80 Milliarden Euro, ein Viertel des Bundeshaushaltes, betragen. *Bel*

1.584.222.165.513 €

Vorwoche: 1.581.500.574.658 €
Verschuldung pro Kopf: 19306 €
Vorwoche: 19272 €

(Dienstag, 30. Juni 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Den Umständen entsprechend ehrlich

Die Unionsparteien haben ein Programm für die Bundestagswahl – Steuerstreit mühsam abgewürgt

Mit Müh' und Not ist es CDU und CSU gelungen, ihren Steuerstreit unter Kontrolle zu bekommen und ein „Regierungsprogramm“ genanntes, gemeinsames Wahlprogramm zu beschließen. Die CDU-Vorsitzende Merkel hat eine wichtige Lehre aus den Jahren 2002 und 2005 gezogen: Die meisten Bürger wollen über die tatsächliche Lage des Landes eingelullt werden. So geschieht es nun.

Schon im Jahre 2002 verpaßte Edmund Stoiber mit einem ungemein ehrlichen Wahlkampf, in dem er harte Sanierungsschritte ankündigte, um Haaresbreite den Wahlsieg. Drei Jahre später wäre Angela Merkel fast dasselbe widerfahren: Sie wollte „sagen, was man tun will, und tun, was man sagt“, der „Kreislauf von Versprechungen, Erwartungen und Enttäuschungen“ sollte durchbrochen werden – das hatte Charakter, hätte aber einmal mehr fast den Wahlsieg gekostet. Am Ende war eine schwerfällige Große Koalition mit knappster Mehrheit für die Unionsparteien der Preis, den beispielsweise die offene Ankündigung einer Mehrwertsteuererhöhung gekostet hatte.

Wie Wahlkämpfe in der Demokratie funktionieren, hatte die SPD vorgemacht: Sie lehnte bis zur Wahl jede Mehrwertsteuererhöhung „strikt ab“, am Ende ergab der „Kompromiß“ aus den „null Prozent“ der SPD und den zwei Prozent der CDU eine Erhöhung des Satzes um drei Prozent.

Wahlforscher haben längst Theorien entwickelt, was Wahlversprechen eigentlich bezwecken und wie sie vom Volk verstanden werden. Im Kern läuft es darauf hinaus, daß die Bürger ohnehin nur die Hälfte glaube, und folglich die Politiker – ohne wirklich zu lügen – zumindest ordentlich übertreiben müssen, um am Ende just die Botschaften in die Köpfe zu bekommen, die gemeint sind. Die Schwierigkeit besteht dabei darin, daß unterschiedliche Wählergruppen in sehr unterschiedlichem Maße angelogen werden wollen: PDS und SPD können ihre Klientel ganz andere Dinge vorsetzen als die bürgerlichen Parteien.

Doch auch für diese gilt: Fällt die Schönfärberei zu gering aus, dann fürchten sich die Bürger vor Sanierungsschritten, die in dieser Härte gar nicht geplant waren. Dieses Problem der Jahre 2002 und 2005 wollten CDU und CSU im laufenden Wahljahr unbedingt vermeiden, und nur ein Schuft würde dabei an die lateinische Weisheit „mundus vult decipi“ erinnern, daß die Welt zu betrügen sei, weil sie eben betrogen werden wolle.

Beim Streit in der Union um Steuererhöhungen und -senkungen, mit oder ohne Datum, ging es folglich gleichsam um die „Brutto-Wahrheit“, also um die Frage, wie dick aufgetragen werden soll und muß, um nach Abzug des Wahlkampf-Zuschlags realistisch zu sein.

Nun verspricht die Union ohne Nennung von Terminen eine „moderate Steuersenkung“ mit geringen Tarifabsenkungen und höheren Freibeträgen. Zwar findet sich der Satz „Steuererhebungen lehnen CDU und CSU ab“, aber das ist eben entschieden weniger als die Ansage, daß es solche Erhöhungen mit der Union unter keinen Umständen geben werde.

Das Programm ist auch insofern ehrlich, als eindeutige Formulierungen wie „wir werden“ vermieden werden. Stattdessen ist oft von „soll“, „wir wollen“ und „wir streben an“ die Rede. Der Bürger kann und darf verstehen: Diese Ziele gelten als wünschenswert in dem Rahmen, den Kassenlage, Konjunktur und Koalitionsverhältnisse nach der Wahl belassen. Daß dieser Rahmen mehr als eng ausfallen dürfte, pfeiffen in Berlin die Spatzen von den Dächern.

Das Programm der beiden Regierungsparteien wartet sonst nicht mit großen Überraschungen auf, eher verblüffte das gewählte Vorgehen: Anders als die SPD (und in früheren Jahren auch sie selbst) hat die CDU nun auf die Durchführung eines eigenen Wahlparteitags verzichtet, stattdessen beschloß eine Vorstandssitzung beider Parteien am Sonntag hinter verschlossenen Türen das 63seitige Programm, das dann am Montag auf einem „Kongreß“ mit 700 Delegierten präsentiert wurde. Eher handelte es sich dabei um eine große Talkshow, moderiert übrigens von Ernst Elitz, einem Journalisten mit SPD-Parteibuch.

Auch im Herbst soll kein regulärer CDU-Parteitag stattfinden, wie es sonst nach Bundestagswahlen üblich war. Diese ungewöhnliche Entscheidung unterstreicht die dominierende Rolle Angela Merkels in der gesamten Union, ein Parteitag kurz nach Wahlen gilt für die Führung als unbequem. Ohnehin treten die Unionsparteien im Herbst gleichsam mit "Merkel" als wichtigstem Programmpunkt an. *Konrad Badenheuer*



Optimismus ohne rechte Kontur: „Wir haben die Kraft“ lautet der Wahlslogan der Unionsparteien. Bild: pa

Recht auf die Heimat

Eher deutlicher als erwartet sind die Programmaussagen der Union zugunsten der Vertriebenen ausgefallen. Was das Zentrum gegen Vertreibungen angeht, so heißt es dort: „CDU und CSU halten daran fest, daß die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen über ihre Vertretung im Rat der Stiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘ selbst entscheiden können.“ Außerdem: „Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen ist fester Bestandteil der deutschen Kulturnation und Teil der deutschen und europäischen Identität. Wir werden dies unter Einbeziehung der Vertriebenen und ihrer Verbände verläßlich weiter fördern ...“ Wichtig aus aktuellem Anlaß: „Wir werden bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren.“

Wie der OMV-Vorsitzende Helmut Sauer gegenüber der *Preußischen Allgemeinen* erklärte, hat bei dieser Festlegung der Aufmacher der *PAZ* vom 13. Juni sowie der von ihr angestoßene Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ am 17. Juni eine wichtige Rolle gespielt, weil sie zu geharrnischten Protesten im Adenauerhaus führten. – Weitere Programmaussagen der Union: „Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.“ Außerdem bekennt sich die Union zu den deutschen Minderheiten in Osteuropa und zu den Rechten der Aussiedler.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene der Unionsfraktion, Jochen-Konrad Fromme, betont: „An keiner Stelle werden etwa im Regierungsprogramm der SPD die Belange der deutschen Heimatvertriebenen erwähnt, zu der laut Statistik jeder vierte Bundesbürger gehört.“ *K.B.*

Allen heißen Eisen ausgewichen

Lech Walesa und Rita Süssmuth diskutieren in Berlin über das deutsch-polnische Verhältnis

Restlos überfüllt war vor wenigen Tagen die Französische Friedrichsstadtkirche am Berliner Gendarmenmarkt. Geladen hatte das Deutsche Polen-Institut zu einem Podiumsgespräch mit Rita Süssmuth und Lech Walesa, dem legendären Gründer der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc, Friedensnobelpreisträger und ersten frei gewählten Präsidenten Polens nach 1945. Grußworte sprach Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Das Thema der Veranstaltung lautete: „1989 bis 2009 – 20 Jahre nach dem Umbruch – Solidarität für die Zukunft“. Und alle kamen: die polnische Gemeinde in Berlin, wo fast jeder jeden kennt; man sah den polnischen Botschafter Marek Prawda, Wolfgang Thierse, Markus Meckel, den neuen Präsidenten der Viadrina, Gunter Pleuger, oder Dietrich Stobbe, allerdings nicht Berlins Regierenden Klaus Wowereit, der noch am Vormittag Walesa mit der Ernst-Reuter-Plakette, der höchsten Auszeichnung des Landes Berlin, geehrt hatte.

Unklar blieb, ob dieser Zuspruch aus Interesse am Thema oder aus Neugierde an der Person Lech Walesas herrührte. Das Publikum wurde nicht enttäuscht; der Friedensnobelpreisträger zeigte sich temperamentvoll wie eh und je und war in seinem Redefluß kaum zu bremsen. Er ist fülliger geworden, am Ende der Veranstaltung wurde er von den Menschen fast erdrückt und wie ein Popstar gefeiert; ein wenig hat es an Obama vor der Berliner Siegessäule erinnert.

Zum Inhalt: Die polnische Gewerkschaftsbewegung zu Beginn der achtziger Jahre war unbestritten ein entscheidender Hebel, der das innere Gefüge des kommunistischen Lagers aufzubrechen begann. Damit schuf sie eine der Voraussetzungen zum Umbruch in der DDR und zur Wiedervereinigung Deutschlands. Der damalige Solidarnosc-Vorsitzende erhielt aus diesem Grunde die höchste Auszeichnung des Landes Berlin. Alle drei genannten Persönlichkeiten standen in jenen Jahren in der aktiven Politik. Sie konnten über zahlreiche – vielfach ganz persönliche Erlebnisse als Zeitzeugen - und sie taten es ausführlich. Hier wurde auch Bilanz der eigenen Leistung gezogen. Spannend waren die Schilderungen des Polen über die Rolle der Sowjetunion; 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR. Der politische Unsicherheitsfaktor Polen war in jenen Jahren eingekreist durch die UdSSR und die moskauhörige DDR; der geopolitische Platz zwischen zwei mächtigen Nachbarn war, ist und bleibt ein Trauma der Polen; man denke aktuell an die Diskussionen um die Ostsee-Pipeline in der polnischen Öffentlichkeit.

Ernst-Reuter-Plakette für Solidarnosc-Held

Die Podiumsdiskussion richtete sich aber nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart und Zukunft. Die Stichworte Ökologie, Wirtschaft, Globalisierung, Energie, Wohlstandsunterschiede zwischen Ost und West und vor allem der Einigungsprozeß Europas waren die nicht wirklich originellen Themen der Diskussion zwischen Süssmuth und Walesa, zumal sie kaum konkretisiert wurden. Das gilt auch für die wiederholten Hinweise, die aktuellen Diskussionen – Solidarität für die Zukunft – nicht durch Auseinandersetzungen über die Vergangenheit des Verhältnisses beider Staaten zu belasten. Zwar betonten Süssmuth und auch von Weizsäcker mehrfach, daß Zukunft ohne Wissen um die Vergangenheit nicht gestaltet werden könne und man auf die Geschichte hören müsse. Hier hätte es spannend werden können: Denn wo beginnt die Gegenwart in Abgrenzung zur Vergangenheit, welche Probleme und Konflikte gab und gibt es? Antworten darauf wurden nicht gegeben. Wenn über Solidarität für die Zukunft debattiert wird, hat der interessierte Zeitgenosse erwartet, daß das deutsch-polnische Verhältnis im Mittelpunkt steht und nicht blumige und harmonisierende Allgemeinplätze über Europa und die Welt.

Offene Fragen verlangen Lösungen

Zur Solidarität gehören nicht nur Erwartungen und Visionen in Gegenwart und Zukunft, sondern auch handfeste und konkret benannte Punkte aus der jüngsten Vergangenheit, die gemeinsam und in Solidarität angepackt werden müssen. Warum erwähnte Frau Süssmuth, immerhin Präsidentin des Deutschen Polen-Instituts, nicht die seit Jahrzehnten geleistete Brückenarbeit unzähliger Vertriebener zu den jetzigen polnischen Bewohnern ihrer Heimat? Sie weiß das mit Sicherheit. Hier wird eine Friedensarbeit geleistet, die sehr viel weiter ist als die offiziellen politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Unerwähnt blieben auch die begonnenen Arbeiten an einem gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuch, die Pläne Polens, an der unteren Oder ein Atomkraftwerk zu errichten, die irrationalen Reaktionen aus Warschau auf das geplante Zentrum gegen Vertreibungen sowie die Rahmenbedingungen für die deutsche Volksgruppe – alle diese Punkte und weitere bedürfen einer Lösung in Frieden und Solidarität. Nichts davon ist auch nur angerissen worden.

Vielleicht sollte ja die Erinnerung an die Leistung der polnischen Gewerkschaftsbewegung als eine der bedeutenden europäischen Freiheitsbewegungen nicht durch die „Mühen des Alltags“ verwässert werden. Bei aller Euphorie für eine deutsch-polnische Solidarität, es bleiben noch genügend Felder, die gemeinsam bestellt werden müssen. Zu viel Betonung von Harmonie verstellt den Blick auf die Probleme, die noch gelöst werden müssen – in hoffentlich echter deutsch-polnischer Solidarität. *Karlheinz Lau*

Schwarz-Grün?

Von Harald Fourier

Eine schwarz-grüne Koalition im Land Berlin ist durch die Europawahl nähergerückt. CDU und Grüne lagen fast gleichauf, kamen zusammen auf 48 Prozent der Stimmen. Das würde reichen. Mit der FDP dagegen kommt die CDU nur auf 33 Prozent. Was also spricht für, was gegen ein Bündnis der CDU mit den Grünen? Und vor allem: Sind beide Parteien dazu bereit?

Es gibt eine linke Mehrheit in der Stadt, die die CDU auf mittlere Sicht nicht brechen kann. Aber nur wenn es ihr gelingt, Klaus Wowereit als Bürgermeister zu stürzen, kann die Union wieder auf bessere Tage hoffen. Gerade in der Zeit der Krise, in der keiner genau weiß, wo es langgeht, richten sich alle Augen auf den Regierungschef. Daher profitiert die SPD in Berlin von einer Art Kanzlerbonus, aus dem ihrerseits die CDU im Bund mit Angela Merkel Honig saugt. Aus dem gleichen Grund liegt die CDU in Berlin so am Boden wie die SPD im Bund.

Für ein schwarz-grünes Bündnis sprechen also einmal die rechnerische Machbarkeit und die Tatsache, daß die CDU andernfalls dauerhaft in der Opposition bleiben würde. Zudem bedienen die Grünen längst eine ähnliche Wählergruppe wie die Union. Aus der Partei für Hausbesetzer und Autonome ist eine Partei für Manager, Gewerbetreibende und Beamte geworden. Und die CDU hat viel getan, um sich als „moderne Großstadtpartei“ für alleinerziehende Mütter oder Migranten attraktiv zu machen.

So gehen auch die Grünen auf Koalitionskurs. Die linke „taz“ motzte kürzlich über den grünen Fraktionschef Volker Ratzmann, er habe schon seine Antrittsrede als Innensenator gehalten. Dabei hatte Ratzmann sich lediglich in einem Interview gegen linksradikale Gewalttäter ausgesprochen, die regelmäßig nachts in Berlin Autos „abfackeln“. Dies seien „Fußtritte gegen die eigene Partei“, schimpfte die „taz“. Diese Empörung ist echt und verrät viel über die gar nicht nur heimliche Freude, die manch ein gutsituierter Linker über die linksradikale Gewaltwelle verspürt.

Auf der anderen Seite würde sich auch die CDU in einer Koalition mit den Grünen noch weiter von ihren konservativen Stammwählern in Zehlendorf oder Wilmersdorf absetzen. Aber wen interessieren die Stammwähler schon? Die einst pazifistischen Grünen haben unter Rot-Grün deutsche Kriegseinsätze befohlen. Es hat ihnen kaum geschadet. Auch die CDU rechnet seit jeher so: Unsere Stammwähler haben sowieso keine Alternative. Wenn es um die Macht geht, werden sich beide Parteien wahrscheinlich schneller einig sein, als manch einer das heute vermutet.

Wowereit schielt nach ganz oben

Nach einer SPD-Schlappe bei der Bundestagswahl könnte die Stunde des Berliners schlagen



Partylöwe, Handlungsreisender in Sachen Berlin, Machtmensch: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) nutzt, wie hier die Eröffnung eines Jugendhauses im März, jede Gelegenheit zur Selbstinszenierung.

Bild: ddp

Geht die SPD bei der Bundestagswahl unter, dürfte ein Kampf um die Spitze entbrennen. Einer hält sich bereit für höchste Ämter: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. Er hat es eilig, denn dem ehrgeizigen 55jährigen läuft für eine Karriere auf Bundesebene die Zeit weg.

Der Christopher Street Day ist Klaus-Wowereit-Zeit. Am Vortag hatte er seine Bestürzung über den Tod Michael Jacksons kundgetan. Und davor war er in Istanbul, um eine Konferenz über alternative Energien zu eröffnen und für Berlin zu werben. Demo, Michael Jackson, Auslandsreise. So kennen die Berliner Wowereit: als bizarren Typen, als Partylöwen mit besten Kontakten zum Glamourmilieu, als umtriebigen Handelsreisenden in Sachen Berlin.

Auf der Beliebtheitsskala hat er sich einen Platz ganz oben erarbeitet. Doch nach genau acht Jahren im Amt des Regierenden Bürgermeisters der Hauptstadt beginnt sein Stern langsam zu sinken. Seine Partei steht nicht gut da, und sein Senat auch nicht.

Das heiße nicht, daß er am Ende sei, beteuern Kenner der politischen Szene an der Spree. Aber es wird enger. Er hat vielleicht nicht mehr viele Chancen, um den Absprung in die Bundespolitik zu schaffen. Der 55jährige steht am Scheideweg seiner politischen Karriere. Die beste Nachricht seit langem kam für Wowereit vom Magazin „Cicero“, das eine spekulative Umfrage durchgeführt hat. Spekulativ deshalb, weil die Frage lautete, wer SPD-Chef werden sollte, wenn die augenblickliche Führung um Franz Müntefering abdankt, was in der SPD bereits hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird.

Dem bald 70jährigen Parteichef wird von vielen Genossen nicht zugetraut, daß er als Oppositionsführer die vier Jahre durchhält, die der SPD nach einem schwarz-gelben Wahlsieg drohen. Und so ist die Frage akut, wer sein Nachfolger werden könnte: 26 Prozent aller Befragten und 38 Prozent der SPD-Wähler nannten Klaus Wowereit, der damit alle anderen möglichen Bewerber deutlich hinter sich ließ (zum Beispiel Andrea Nahles, Olaf Scholz und Sigmar Gabriel).

Wowereit ist ein Machtmensch, der sich nach oben boxt. Er hat solche Situationen in seiner Autobiographie „Und das ist auch gut so“ beschrieben. Dort schildert er, wie er als Neumitglied mit drei Freunden in der Tempelhofer SPD für Wirbel gesorgt habe: „Wir marschierten sehr schnell durch die Institutionen, denn wir wollten mitentscheiden. Wir drängten ins Innere dieses Apparats, wohlwissend, daß die älteren Herrn da nicht unbedingt auf uns warteten. Das Verblüffende war: Kungeln funktioniert.“

Die Chance besteht, daß Wowereit nach der Bundestagswahl von sich aus aktiv wird, die Macht an sich reißt, um in die Fußstapfen Willy Brandts zu treten, der ja auch (West-)Berlins Bürgermeister war und dann SPD-Chef wurde. Ob Wowereit den gleichen Weg nimmt, hängt von der Situation in Berlin ab. Noch hat Wowereit die Berliner hinter sich. Ohne Wowereit wäre die SPD bei Wahlen wahrscheinlich verloren. Bei der Europawahl gab es keinen „Wowereit-Bonus“. Die Partei rutschte prompt auf den dritten Platz hinter den Grünen ab: 18,8 Prozent. Zudem wäre „Wowi“ nach acht Jahren rot-rotem Senat der Mann für eine Linksblock-Perspektive auch im Bund.

> Dem 55jährigen Machtmenschen läuft die Zeit davon. Will er in die Fußstapfen Willy Brandts treten, muß es bald geschehen

Doch langsam mehren sich auch die schlechten Nachrichten aus dem Senat. Die Regierung bekommt die linke Gewaltwelle nicht in den Griff, wie brennende Autos und die Beinahe-Erstürmung des Flughafens Tempelhof abermals gezeigt haben. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) wird nicht mehr ganz ernstgenommen, seit er vor Autonomen aus Friedrichshain davongelaufen ist (*PAZ* 19/09).

Den Bildungssenator Jürgen Zöllner hat Klaus Wowereit gerade eigenhändig entmachtet. Zöllner hatte vor Monaten den Universitäten der Stadt mehrere Millionen Euro zugesichert. Wowereit kassierte die Zusagen und brüskierte den Senator, der nach nur zwei Jahren im Amt bereits als lahme Ente gilt.

Wowereit halte von Zöllner nicht viel, schreibt der gut unterrichtete „Tagesspiegel“. Zuvor war ein Gesetzesentwurf Zöllners auf breites Unverständnis gestoßen: Plätze auf Gymnasien sollen danach demnächst zu einem Großteil verlost werden. „Schul-Lotterie“ spotten Kritiker.

Das alles wäre nicht so schlimm, wenn Zöllner nicht der „Super-Senator“ wäre, den Klaus Wowereit nach der Wahl 2006 persönlich bei Kurt Beck in Mainz abgeworben hat. Jetzt gilt dieser neue Mann schon als ausgebrannt. Man sorge sich bei den Genossen um seine Motivation und um seine Psyche, will die „Berliner Morgenpost“ erfahren haben. Das wirft kein gutes Licht auf das Arbeitsklima, das im Wowereit-Senat herrscht. Und bedeutet für den ambitionierten Bürgermeister, daß er sich mit seinen Plänen hinsichtlich einer Bundeskarriere lieber beeilen sollte. *Markus Schleusener*

Jungen allein unterrichten

Privatschulverein erringt Etappensieg gegen Potsdamer Ministerium

Beim ersten Anlauf waren sie gescheitert, doch nun schöpfen die Initiatoren einer Schule nur für Jungen in Brandenburg neue Hoffnung. Als 2007 eine Elterninitiative in Potsdam ein Jungengymnasium errichten wollte, verweigerte das brandenburgische Bildungsministerium die Genehmigung. Auch die Stadt Potsdam hatte sich gegen das Jungengymnasium ausgesprochen. Der Trägerverein des Schulprojekts wird von Mitgliedern der konservativ-katholischen Organisation „Opus Dei“ getragen.

Ein Jungengymnasium widerspreche dem gesetzlichen Grundsatz einer gemeinsamen Unterrichtung von Jungen und Mädchen (Koedukation), argumentierte das Ministerium. Das bezweifelt Professor Ulrich Häde von der Europa-Universität in Frankfurt (Oder). Das Gebot der Koedukation gelte nicht für private Schulen.

Der Vorsitzende der „Initiative Freie Schulen Brandenburg e. V.“, Christoph Rüssel, wollte sich denn auch nicht mit der Entscheidung abfinden: „Inzwischen verstehen wir uns immer mehr auch als Anwalt für die vielen Eltern und Kinder, die diese Schule ausdrücklich wünschen.“ Rüssel reichte Klage beim Potsdamer Verwaltungsgericht ein und verwies darauf, daß im nordrhein-westfälischen Jülich seit 37 Jahren ein Mädchengymnasium existiere. In der dritten Juniwoche 2009 hoben die Richter die ablehnende Entscheidung tatsächlich auf und verpflichteten das Ministerium, den Antrag neu zu prüfen.

> Richter: Das Konzept ist im Sinne der Gleichberechtigung

Nun aber befürchtet der Trägerverein, das Ministerium könne die nächste Instanz anrufen. Die Ausschöpfung dieses Rechtsweges würde dann weitere zwei bis drei Jahre dauern. Angesichts des seit l a n g e r Z e i t e x i s t i e r e n d e n Mädchengymnasiums war der erstinstanzliche Ausgang des Rechtsstreits für die brandenburgische Landesregierung nicht überraschend, so daß eine weitere Verzögerung der Schuleröffnung durch juristische Winkelzüge im Bildungsministerium die Frage nach der faktischen Rechtsverweigerung aufwirft.

Das eigentliche Motiv für die vermehrte Gründung von privaten Schulen in Brandenburg liegt möglicherweise nicht nur im besseren Bildungsangebot derartiger Privatschulen (das ihnen nachgesagt wird). Beobachter meinen, daß manche aus Westdeutschland zugezogenen Eltern Vorbehalte gegen frühere DDR-Lehrer hegen. Berichte über eine beschönigende oder gar keine Behandlung der DDR-Geschichte in Schulen der neuen Bundesländer hätten ihr Mißtrauen noch beflügelt. Auch Bildungsminister Holger Rupprecht (SPD) war vor 1989 Lehrer in der DDR. *Hans Lody*

Streit um Sonntagsverkauf

Berlin: Kirchen und Gewerkschaften fühlen sich übergangen

Die Kirchen verklagen Berlin wegen des Landesgesetzes zum Ladenschluß von 2006. Vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geht jetzt der Streit um Sonn- und Feiertagsarbeit in die heiße Phase. Leidenschaftlich argumentieren Kirchen und Gewerkschaften, der Senat hingegen kennt die Wirkung seiner Regelung kaum.

Seit drei Jahren bestimmen die Bundesländer den Ladenschluß. Die Kirchen in Berlin fühlen sich übergangen. Auch die Gewerkschaften protestieren. Der Sonntag müsse als Kulturgut Tag der „kollektiven Arbeitsunterbrechung“ bleiben, sagt Bischof Wolfgang Huber (66). Er sieht im Gesetz des rot-roten Senats einen „Mangel an religiöser wie kultureller Achtung“.

In der Berliner Senatsverwaltung für Verbraucherschutz gibt man sich mit Verweis auf das schwebende Verfahren bedeckt. Das Scheitern der von den Landeskirchen unterstützten Initiative „Pro Reli“ im April habe jedenfalls nichts mit der aktuellen Debatte um den Ladenschluß zu tun. Das Verhältnis zu den Kirchen sei gut. „Uns geht es um eine ehrliche Regelung – jetzt gibt es keine Grauzonen mehr, also nicht mehr hier und da Anträge auf Ausweitung der Ladenöffnungszeiten“, so Pressesprecherin Marie-Luise Dittmar. An allen vier Adventssonntagen wird demnach der Einzelhandel öffnen, vier weitere Tage legt der Senat fest – zwei pro Halbjahr. Der Handel kann nochmal über zwei Öffnungstage verfügen, macht insgesamt zehn Tage. Um diese zehn Tage geht es also.

> Adventsbummel: »Von Besinnung war wenig zu spüren«

Anfang vergangener Woche erklärte Verbraucher-Senatorin Katrin Lompscher (Linke), es gebe jetzt sogar weniger Sonntagsöffnungen als früher. Die vom Verfassungsgericht daraufhin von ihr erbetenen Zahlen müsse aber nun der Handelsverband erst einmal zusammentragen, ließ ihre Pressestelle durchblicken. Warum das Gesetz für Handel und Arbeitsmarkt ein Erfolg sein soll, wenn tatsächlich weniger geöffnet ist, weiß allein die Senatorin.

Kern des Streits in Berlin sind die Adventssonntage. In Baden-Württemberg, bundesweit am wenigsten freigiebig mit Feiertagsöffnungen, „werden gewisse Werte vielleicht höhergehalten“, sagt Frank Zeeb, Referatsleiter Theologie und Gottesdienst im Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche Württemberg. „Advent heißt Ankunft – wir bereiten uns auf den Erlöser vor. Und wie tun wir das? Indem wir in die Kaufhäuser rennen“, so der 43jährige. „Ich war in Berlin im Advent in der Friedrichstraße – von Besinnlichkeit war wenig zu spüren.“ Mit einem Urteil des BVerfG wird nach der Sommerpause gerechnet. *Sverre Gutschmidt*

Zeitzeugen



Wolfgang Schäuble – Der Bundesinnenminister hat oft auf Vertriebenentreffen gesprochen und sich vielfach zu deren Anliegen bekannt. Nun kam am 19. März aus seinem Ministerium eine „Empfehlung", wonach die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße bereits rückwirkend seit dem 2. August 1945 als „Ausland" anzusehen seien. Wer beispielsweise noch 1946 in Breslau geboren wurde, dem wird nun amtlich bescheinigt, er sei „in Polen" zur Welt gekommen. Eine Panne subalterner Beamter? Keineswegs! „Die getroffene Klarstellung war ohne Alternative", heißt es im Schlußsatz eines Schreibens des Ministers an LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg vom 19. Juni.

Norbert Geis – Der CSU-Politiker und Jurist hat auf Anfrage der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* allen Schritten eine Absage erteilt, bereits den Warschauer Vertrag von 1970 zum Zeitpunkt der Grenzanerkennung umzudeuten. „Völkerrechtlich wurde die Grenze erst mit dem Vertrag von 1990 anerkannt." Erst seit diesem Zeitpunkt seien die Oder-Neiße-Gebiete aus deutscher Sicht Ausland, so Geis: „Nicht seit 1970 oder gar seit 1950." Die Union solle rechtlich exakt bleiben und auf die Gefühle der Vertriebenen Rücksicht nehmen.



Anne O'Hare McCormick – Nicht nur deutsche, sondern auch britische und US-amerikanische Beobachter haben eine klare Meinung über die Potsdamer Konferenz. „Der unmenschlichste Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde", nannte die prominente Publizistin und Mitherausgeberin der „New York Times" am 13. November 1946 in ihrer Zeitung den Transferbeschluß von Potsdam.



George Bell – Der anglikanische Bischof und Oberhaus-Abgeordnete lehnte die Vertreibung der Deutschen als unmenschlich ab. „Es ist außerordentlich schwierig, sie grundsätzlich von den Massendeportationen zu unterscheiden, für welche die NS-Führer jetzt als Kriegsverbrecher in Nürnberg vor Gericht stehen", erklärte er am 30. Januar 1946 vor dem House of Lords. Churchill haßte ihn dafür, aber auch in Deutschland heißt noch nicht einmal eine Straße nach ihm.

Monströse Beschlüsse

Bisher galt »Potsdam« als Inbegriff der Willkür – Regierung Merkel sieht es positiver

Es ist eine alte polnische Maximalforderung, daß Deutschland die Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 als den Ort anerkennen solle, an dem die Oder-Neiße-Gebiete polnisch geworden seien. Noch nicht einmal das SED-Regime war bereit, diese absurde Forderung zu erfüllen. Jetzt hat das CDU-geführte Bundesinnenministerium es faktisch doch getan.

Was geschah auf der Potsdamer Konferenz der drei Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion vom 17. Juli bis 2. August 1945? Die drei großen Mächte, deren Interessen längst auseinandergingen, versuchten noch einmal, eine gemeinsame Linie für die Behandlung des am Boden liegenden Deutschland zu finden. Ziemlich schnell war man sich einig über die durchgreifende Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Landes. Schon schwieriger war die Frage der Reparationen. Die UdSSR, die unter dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als die Westalliierten gelitten hatte, bestand darauf. Schließlich einigte man sich (gegen geltendes Völkerrecht), daß jede Macht sich aus ihrer Zone bedienen sollte.

Zur sowjetischen Zone gehörten zu diesem Zeitpunkt nicht nur das Gebiet der späteren DDR, sondern auch noch die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße, Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg und Ostpreußen. Auch kleinere Gebiete der alten Provinzen Posen und Westpreußen sowie ein paar sächsische Dörfer gehörten zu den Arealen, die Stalin in einem einseitigen Akt allerdings bereits einige Wochen vor dem Kriegsende am 8. Mai 1945 polnischer Verwaltung unterstellt hatte. Diese begann umgehend mit der Vertreibung der noch nicht geflohenen Deutschen.

Hauptzweck von Stalins Geschenk war, die polnische kommunistische Regierung um Boleslaw Bierut gegenüber der bürgerlichen polnischen Exilregierung in London zu stärken. Letztere war nicht bereit, auf die Gebiete um Wilna und Lemberg zu verzichten, wollte andererseits aber auch keine derart gigantischen Vertreibungen im Westen.

Großbritannien und vor allem die USA waren über den einseitigen Schritt Stalins aus vielen Gründen nicht begeistert. Der britische Premier Winston Churchill hatte zwar mit der Vertreibung von Millionen Deutschen kein Problem, doch ihm war klar, daß diese Politik Polen auf unabsehbare Zeit von der UdSSR abhängig machen und damit Stalins Vorherrschaft in Osteuropa zementieren würde. In den USA gab es überdies erhebliche Widerstände gegen die Vertreibung selbst.

> Den entscheidenden Artikel XIII las jeder, wie es ihm paßte

Allerdings war dieser Prozeß bereits im Sommer 1945 in vollem Gange. Polnische und tschechische Milizen taten alles, um Fakten zu schaffen. Um der Potsdamer Konferenz die „Notwendigkeit" der Vertreibung vor Augen zu führen, scheute beispielsweise das tschechoslowakische Innenministerium keine Mühe und organisierte am 31. Juli in der Stadt Aussig noch eigens ein Massaker an den Deutschen. Die vorangegangene Explosion hätten angeblich deutsche „Werwölfe" herbeigeführt.

Angesichts solcher Fakten, vor allem aber angesichts der katastrophalen humanitären Situation in ihren eigenen Zonen, fanden sich Briten und US-Amerikaner schließlich zum „Transferbeschluß" in Artikel XIII des Abschlußkommuniqués der Konferenz bereit. Dort ist die Rede von der „Überführung" der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung, die allerdings nur „ordnungsgemäß und human" vonstatten gehen dürfe. Die laufenden wilden Vertreibungen sollten sogar für mehrere Monate gestopt werden. Das Kommuniqué sagte kein Wort über das Eigentum der zu Transferierenden und schon gar nichts über künftige Grenzen, im Gegenteil: Die Zusicherung der USA, bei einer künftigen Friedenskonferenz den Anspruch der UdSSR auf Königsberg zu unterstützen, kann durchaus als Absage an die Oder-Neiße-Grenze gelesen werden.

Nun hatte jeder was er wollte: Stalin, Bierut und Benesch die ersehnte „Erlaubnis" zur Vertreibung und gleichzeitig Churchill und Roosevelt einen trefflichen Persilschein für die Geschichtsbücher. Sie konnten argumentieren, in Potsdam vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein und nur das Schlimmste verhindert zu haben, zumal doch eigentlich nur Stalin große Vertreibungen gewollt habe.

Die Potsdamer Beschlüsse, die nie Vertragsqualität hatten, gelten darum je nach Lesart des mehrdeutigen Artikels XIII als Dokument der Barbarei oder aber der Heuchelei. Nun hat das Bundesinnenministerium mit Schreiben vom 13. März 2009 sich die polnisch-nationalistische Interpretation des Dokuments rückwirkend zu eigen gemacht.

K. Badenheuer



Selbst die SED erkannte die Oder-Neiße erst 1950 an: Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens durch Otto Grotewohl (DDR, li.) und Jozef Cyrankiewicz (VR Polen, r.) Bild: pa

Von Gottberg widerspricht Schäuble

Scharfe Kritik an der Empfehlung des Bundesinnenministeriums (BMI) hat der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, geübt. „Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 31. Juli 1973 festgestellt, daß die Ostverträge der Regierung Brandt von 1970 keine Grenzanerkennungsverträge im völkerrechtlichen Sinne waren." Erst recht habe der Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und dem kommunistischen Volkspolen vom 6. Juli 1950 keine Grenzanerkennung bewirkt, sondern sei vom Bundestag „einhellig (gegen 15 kommunistische Stimmen) für null und nichtig erklärt worden".

Um so widersinniger sei es, daß deutsche Meldebehörden künftig sogar allen bereits ab dem 2. August 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten geborenen Deutschen bescheinigen sollen, sie seien „im Ausland" zur Welt gekommen.

> Durch und durch widersinnig

„Eine große Absurdität" ergebe sich mit Blick auf die Stadt Swinemünde. Diese wurde nämlich erst im Oktober 1945 „durch einen völlig einseitigen Willkürakt Stalins" dem polnisch verwalteten Gebiet zugeschlagen, erinnert v. Gottberg. Dennoch würde mit der Empfehlung des BMI vom 19. März 2009 den im September 1945 in Swinemünde Geborenen bescheinigt, sie seien „in Polen" geboren worden, widerspricht der LO-Sprecher dem Bundesinnenminister. Die Einlassung des BMI, auf der Potsdamer Konferenz sei die Oder-Neiße-Linie als Grenze „faktisch festgelegt", sei aber auch sonst falsch: „Mit der Ausnahme Swinemündes erfolgte die faktische Festlegung bereits vor dieser Konferenz." In einem Schreiben an den Bundesinnenminister hat v. Gottberg weitere Kritikpunkte zusammengefaßt. *PAZ*

»Zeitpunkt ist umstritten«

de Zayas: Innerstaatliche Praxis hat völkerrechtliche Bedeutung

Kaum ein Wissenschaftler hat sich so intensiv mit der Potsdamer Konferenz befaßt wie der US-amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred M. de Zayas. Mit ihm sprach Konrad Badenheuer.

PAZ: *Was bedeutet es, wenn Berlin die Oder-Neiße-Grenze rückwirkend zum 2. August 1945 anerkennen würde?*

de Zayas: Das wäre absurd – völkerrechtlich, historisch und politisch-moralisch. Darüber hinaus widerspricht es der ständigen völkerrechtlichen Position aller bisherigen deutschen Regierungen sowie der klaren Haltung der US-Außenminister nach 1945.

PAZ: *Noch 1992 hat das Bundesverfassungsgericht zum Grenzvertrag mit Polen von 1990 festgestellt, dieser Vertrag verfüge nicht rückwirkend über die territoriale Souveränität. Nimmt die Bundesrepublik Kurs auf einen Verfassungskonflikt?*

de Zayas: Für mich stellt sich in der Tat die Frage, ob die Deutschen ihre eigene Verfassung und ihr Verfassungsgericht noch ernst nehmen. Mir ist jedenfalls kein demokratisches Land bekannt, das so mit seiner eigenen Verfassung und mit völkerrechtlich bestens begründeten, über Jahrzehnte gegen große Widerstände gewahrten eigenen Rechtspositionen umgehen würde.

PAZ: *Das Innenministerium behauptet, die Empfehlung an die Innenministerien der Länder habe keinerlei völkerrechtliche Relevanz. Trifft das zu?*

de Zayas: Natürlich hat es völkerrechtliche Relevanz und auch Konsequenzen. Noch gibt es zwischen Berlin und Warschau keinen Konsens über den Zeitpunkt des Übergangs der territorialen Souveränität über die Oder-Neiße-Gebiete. Warschau strebt einen möglichst frühen Termin an. In diesem Konflikt signalisiert Berlin konkludente Zustimmung zu einer ursprünglich nur von stalinistischen Juristen vertretenen Position, wenn es nun Zehntausende seiner eigenen Bürger zu im Ausland geborenen Deutschen erklärt. Leider hat das deutsche Innenministerium damit auch dem Völkerrecht einen Bärendienst erwiesen, weil durch Vertreibung geschaffene Fakten international gar nicht anerkannt werden dürfen.

Alfred de Zayas

PAZ: *Sind auch die Menschenrechte berührt?*

de Zayas: Ja! Grundlage der Menschenrechte ist die unantastbare Würde des Menschen zu der Respekt vor der Identität des einzelnen gehört. Diese ist berührt, wenn durch Verwaltungshandeln die persönliche Herkunft verleugnet oder verfälscht wird. Verbürgt ist die Anerkennung des Individuums als Rechtsperson und seine persönliche Ehre unter anderem in Artikel 16 und 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

Frage: *Sie haben darüber ein neues Buch geschrieben.*

de Zayas: Vor wenigen Tagen erschien darüber ein Buch von mir „The Case Law of the United Nations Human Rights Committee 1977–2008" im N. P. Engel-Verlag in Kehl am Rhein.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4913**

Falsche Gesprächspartner

Muslimische Verände vertreten nur 15 Prozent der Muslime in Deutschland – dubiose Geldgeber

Nach neuesten Schätzungen leben in Deutschland nicht wie bisher angenommen rund drei Millionen Muslime, sondern zwischen 3,8 bis 4,3 Millionen. Der Druck, sie in die deutsche Gesellschaft zu integrieren ist also noch größer als bisher angenommen.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat mit seiner Entscheidung vor drei Jahren, die Deutsche Islamkonferenz (DIK) einzuberufen, die teilweise äußerst zwielichtigen Islam-Verbände zu gleichberechtigten Gesprächspartnern aufgewertet, ohne vorher zu untersuchen, mit wem er sich da einläßt und welche Folgen sein Eingreifen in die muslimische Gemeinschaft haben wird.

Die meisten muslimischen Verbände sind in der Integrationsdebatte jedoch eher Teil des Problems, nicht Teil der Lösung, denn die allermeisten Muslime in Deutschland sind nämlich nicht Mitglied irgendeines Kultur- oder Moscheevereins und damit eines Dachverbandes. Alle Verbände zusammen repräsentieren gerade 15 Prozent der Muslime in Deutschland, tun aber so, als wären jeweils sie, und nur sie, die Stimme und das Sprachrohr der deutschen Muslime.

Die Herangehensweise Schäubles und des Innenministeriums entspringt dem typischen Verwaltungs-Denken: Der Staat braucht einen festen muslimischen Ansprechpartner, und weil wir nicht künstlich auswählen wollen, holen wir eben alle Verbände an einen Tisch und drängen sie, einen Dachverband zu gründen, der uns dann als Ansprechpartner und Ersatzkirche dient.

Viele dieser Verbände sind jedoch in Struktur und Zielsetzung überaus zwielichtig. Sie gleichen weniger einer Kirche als vielmehr religiös überhöhten politischen Parteien und Einflußgruppen, die vor allem die politische Situation in den Herkunftsländern der Muslime abbilden, daß sie Antworten auf Fragen des täglichen Zusammenlebens in Deutschland gäben. Die Religion ist eigentlich ein Vehikel zur Bindung der Gläubigen an eine bestimmte Ideologie, in einem Fall mehr nationalistisch, im anderen Fall mehr islamistisch oder auch islam-sozialistisch. Das liegt einerseits an der fehlenden Trennung von Religion und Politik im gesamten muslimischen Raum, und andererseits an der Art und Weise, wie der Islam in Deutschland Fuß gefaßt hat, nämlich durch Anwerbung und Ansiedlung von Gastarbeitern.

Beispiel: der größte Verband Ditib („Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion"). Er wird von den meisten Beobachtern für „harmlos" gehalten. Ditib ist der direkte Ableger des Amtes für Religionsangelegenheiten, das bei der Staatskanzlei in Ankara angesiedelt ist („Diyanet"). Der Vorsitzende von Ditib heißt Sadi Aslan und ist im Hauptberuf türkischer Botschaftsrat. Ditib-Beiratsvorsitzender ist der Chef von Diyanet, Ali Bardakoglu, der unter anderem bei der Beerdigung des Gründers der türkisch-faschistischen „Grauen Wölfe", Muhsin Yazicioglu, predigte und ihn als „Patriot" rühmte.

> Die Islam-Konferenz hat sogar neue Probleme geschaffen

Durch diese Verflechtung hat also der türkische Staat ein gewichtiges Wort mitzureden bei der Integration des Islams in die deutsche Gesellschaft. Schäuble hingegen bescheinigt Ditib, es löse sich langsam aus der Abhängigkeit vom türkischen Staat und entwickle sich in Richtung einer Religionsgemeinschaft. Woran macht Schäuble diesen Befund denn fest?

Die türkischstämmige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün findet klare Worte für Ditib und Diyanet: „Sie verstehen ihre Lebensart nicht als Angebot im Wettbewerb der Ideen, sie verstehen sie als Dogma. Sie zielen auf Macht – auf Macht einer kleinen über eine große Gruppe". In der Tat sieht es so aus: So sorgte die von Ditib vertriebene Fibel für Laien „Erlaubtes und Verwehrtes" von Hayrettin Karaman für Streit. Die Fibel ruft unter anderem Ehemänner dazu auf, gemäß Koran-Sure 4.34 ihre aufsässigen Ehefrauen zu schlagen. Entgegen jahrelanger anderslautender Beteuerungen aus der Ditib-Zentrale Köln wurde das Buch noch im September 2008 in der Moschee im schwäbischen Wertingen vertrieben.

Und beim Streit um den Bau einer Moschee im mittelfränkischen Schwabach schrecken die Ditib-Vertreter nicht vor schwerem verbalem Geschütz zurück: sicherlich auch ein Zeichen des gewachsenen Selbstbewußtseins von Ditib angesichts der Hofierung durch Schäuble. Weil die Stadt Schwabach sich weigert, ein städtisches Grundstück (möglichst billig, versteht sich) herzugeben, und weil die örtliche CSU massive Vorbehalte gegen das 15 Meter hohe Minarett und Ditib als Verband geäußert hat, schrecken führende Ditib-Vertreter nicht zurück, die Stadtverwaltung und ihren Oberbürgermeister Matthias Thürauf (CSU) öffentlich zu beleidigen – unter anderem mit Vokabeln wie „Schurkenstaat", „bodenlose Frechheit" und der Drohung, bald werde „ein anderer Wind" wehen. Hintergrund: Der Oberbürgermeister hatte gefordert, die Finanzierung des Projekts müsse transparent sein.

Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß Ditib Schwabach gerade einmal 100 Mitglieder hat, die Moschee aber rund zwei Millionen Euro kosten würde.

Auffällig auch, daß die Muslim-Verbände bei der abschließenden Sitzung der DIK in dieser Legislaturperiode nicht einmal willens waren, eine Erklärung für demokratische Wahlen im Iran zu unterzeichnen. Manche Beobachter argwöhnten spitzzüngig, man wolle wohl nicht die Mullahs verärgern, die schon mal als willige Geldgeber für Moscheebauten in Deutschland auftreten. *Anton Heinrich*



Islamkonferenz: Innenminister Schäuble mit Vertretern von muslimischen Verbänden — Bild: pa

MELDUNGEN

Rechtsextreme wieder uneins

Potsdam/Berlin – Der Anfang 2005 zwischen den Bundesvorsitzenden von NPD und DVU geschlossene sogenannte „Deutschlandpakt" ist Vergangenheit. Der Vorstand der NPD beschloß einstimmig, die Abmachung vorzeitig zu kündigen, bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September werden die beiden Rechtsaußen-Parteien darum wieder gegeneinander konkurrieren. Bisher hätte dort nur die DVU antreten sollen, die seit 1999 im Landtag von Brandenburg vertreten ist. Während die NPD erklärte, die Absprache habe ihre „Geschäftsgrundlage verloren", sprach die DVU von „Vertragsbruch". Hintergrund des Zerwürfnisses ist, daß die DVU auf ihren Kandidatenlisten zweimal, zuletzt bei der Europawahl, keine NPD-Vertreter berücksichtigt hatte. *PAZ*

Lebensschützer geehrt

München – Der langjährige, frühere Geschäftsführer der Lebensrechtsorganisation „Kaleb e.V.", Walter Schrader, ist mit dem Stiftungspreis der „Stiftung Ja zum Leben" ausgezeichnet worden. Durch den Unrechtsstaat DDR wurde der Krankenhausmitarbeiter drangsaliert und inhaftiert, weil er sich für die Rettung Ungeborener einsetzte. Die Bremer Staatsrätin a. D. Elisabeth Motschmann würdigte in ihrer Laudatio Schraders Bescheidenheit, seinen Dienst für die Schwächsten und seine Unbeirrbarkeit, am Guten festzuhalten und trotz erlittenen Unrechts nicht verbittert zu werden. Damit habe er „eine Segensspur gezogen". Der Preisträger sprach sich für die Durchsetzung des Grundrechts auf Leben aus. Evangelische Einrichtungen wie Beratungsstellen der Diakonie sollten keine Scheine mehr ausstellen, die eine straffreie Abtreibung erlaubten. *G.M.*

Russki-Deutsch (24):

Matrjoschka

Von Wolf Oschlies

Auch wenn es noch so oft verwechselt wird: Die „Matrjoschka" (Mütterchen) ist nicht mit der „Babuschka" identisch. Eine Babuschka ist eine sehr lebendige Oma, eine Matrjoschka aber ein Spielzeug aus hohlen Holzpuppen, die der Größe nach ineinander stecken. Diese „Puppen in der Puppe" nutzte 1963 der Schriftsteller Rudolf Hagelstange als Symbol für Rußland. Und weil Matrjoschkas noch „russischer" als der Kreml sind, ist es Unsinn, wenn Prager Souvenirläden „The Art of the Slavonic Matryoshka" anpreisen. Aber der Reihe nach.

Seit Jahrhunderten schnitzten Russen hohle Ostereier, bis um 1890 der Maler Sergej Maljutin und der Drechsler Wasili Swesdotschkin darauf verfielen, statt Eiern sieben Kinderfiguren ineinander zu stecken, alle mit traditionellen Kostümen zu bemalen und mit dem damaligen Modenamen „Matronja" zu benennen. Die Matrjoschka und mit ihr die Sensation der Pariser Weltausstellung von 1900 waren geboren. Die Produktion der Puppen wurde von Moskau ins nahe Sergiev Posad verlegt, eine alte Stadt, die zum Weltkulturerbe der Unesco gehört – wegen ihres Sergius-Klosters aus dem 14. Jahrhundert, nicht wegen der Matrjoschkas.

Bis heute werden Matrjoschkas mit der Hand gefertigt, mit Vorliebe aus Linden- oder Birkenholz. Zuerst wird die kleinste Puppe geschnitzt, dann die nächstgrößere bis der Satz komplett ist. Abschließend folgt die Bemalung, die auch anzüglich-aktuell sein kann, wenn etwa eine Polit-Matrjoschka von Putin über Jelzin, Gorbatschow, Breshnew zu Stalin führt. „Gorbi" war ein Liebling der Matrjoischka-Macher, die ihn wegen eines Muttermals auf der Kopfhaut charakteristisch darstellen konnten. Beliebter sind traditionelle Motive und Kostüme, also rote Bäckchen, buntes Kopftuch, Korb mit Früchten oder Brot unterm Arm. Fünf Puppen umfaßt eine „normale" Matrjoschka, aber es gibt umfangreichere. Im Russischen Museum in St. Petersburg sah ich eine aus 36, die derzeit „kinderreichste" soll gar 72 Puppen bergen. Details im Matrjoschka-Museum in Moskau. Es liegt am Leontjewski Pereulok, in den Räumlichkeiten einer alten Matrjoschka-Werkstatt. Über 14 000 Exponate aus allen Phasen der Matrjoschka-Entwicklung zeigt das Museum.

Abgeschrieben

Unterdrückt Tiefensee eine Ost-Studie?

Verlassene Räume statt blühender Landschaften – sind die Solidarpakt-Milliarden in den Sand gesetzt? Folgt man der jüngsten Studie des „Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung", dann war der Aufbau Ost ein Flop. Der Staat, so die Autoren Reiner Klingholz und Andreas Weber, solle sich von dem unrealistischen Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse" verabschieden und die Förderung auf Sicherung der Grundversorgung zurückfahren.

> Das Hauptproblem ist die Entvölkerung

Bundesaufbauminister Wolfgang Tiefensee hatte die Studie in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse paßten aber kurz vor der Bundestagswahl nicht in die politische Landschaft des früheren Leipziger Oberbürgermeisters. Plötzlich war sie der Öffentlichkeit entzogen; erst nach Protesten mitteldeutscher Oppositionspolitiker tauchte sie Anfang der Woche wieder im Internet auf.

Die Analyse ist in der Tat desillusionierend. Weite Teile der Ex-DDR werden demnach bis 2025 zwischen 15 und 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren, vor allem jüngere Leistungsträger wandern weiter ab. Der bis 2019 festgeschriebene Solidarpakt konnte und kann dies nicht verhindern, trotz großzügiger Finanzausstattung. Allein der „Fonds Deutsche Einheit" ist mit 160 Milliarden Euro gefüllt; insgesamt werden die Kosten des Aufbau Ost auf 250 Milliarden (Ex-Minister Manfred Stolpe) bis 1,2 Billionen (Prof. Klaus Schröder, Berlin) geschätzt.

Die Berliner Studie listet massive Fehler und Versäumnisse auf: von Gewerbegebieten ohne Gewerbetreibende über üppige Einkaufszentren ohne zahlungsfähige Kunden bis hin zur Werbekampagne für Kita-Kräfte in nahezu kinderlosen Kommunen.

Tiefensee selber hatte noch 2008 eine ähnlich düstere Bilanz gezogen: Vor allem der Bevölkerungsschwund sei „besorgniserregend und zu wenig thematisiert". Nun ist die Thematisierung da, die von den Wissenschaftlern empfohlene Konsequenz – „Rückzug aus der Förderung niedergehender Regionen" – aber will der Minister nicht mittragen. Nach dem gescheiterten Versuch, die Studie zurückzuhalten, wertet er sie nun als „kritische Stimme von Querdenkern" ab. Das Honorar von 39 000 Euro wäre für so etwas reichlich hoch. *Hans-J. Mahlitz*

»Ich bin benannt«

Steinbach hält an ihrem Sitz für das ZgV fest

Erika Steinbach will in Sachen „Zentrum gegen Vertreibungen" nicht klein beigeben. Dies betonte die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) anläßlich der Feierlichkeiten zum zehnten Jubiläum des BdV-Beschlusses, eine Stiftung zur Dokumentation und Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vertreibung zu errichten. Der noch freie Sitz im Stiftungsrat „Flucht, Vertreibung, Versöhnung", den der BdV nach massivem Druck der polnischen, aber auch der deutschen Öffentlichkeit vorerst unbesetzt ließ, sei der Ihrige. „Die Beschlußlage ist eindeutig", so Steinbach. „Ich bin dafür benannt." Sie spekuliert dabei auf eine schwarz-gelbe Koalition nach der Bundestagswahl, denn „mit dem bisherigen Koalitionspartner der Union, der SPD, wird das nicht möglich sein".

> Zehn Jahre Stiftung für Vertriebenenzentrum

Anläßlich des Jubiläums erinnerte die CDU-Bundestagsabgeordnete Steinbach an den nun zehn Jahre dauernden Kampf um das „Zentrum gegen Vertreibungen". Selbst Pessimisten, die bedauern, daß bisher so wenig passiert ist, mußten anerkennen, daß es durchaus einige Erfolgsmeldungen zu verzeichnen gibt. Denn auch wenn es langsam voran geht, es geht voran. Und auch die Diskussionen um das Vertriebenenzentrum seien positiv zu bewerten, so die 65jährige: „Unsere Stiftung hat eine sehr lebhafte, auch kontroverse Debatte entfacht. Sie war fruchtbar. Hunderte von Medienberichten machen das deutlich. Im Internet gibt es aktuell rund 50 000 Beiträge dazu."

Auch verwies die Politikerin auf die vielen Unterstützer, von denen der 2005 verstorbene SPD-Politiker Peter Glotz einer der engagiertesten war. Aber auch Joachim Gauck, Helga Hirsch, Freya Klier, György Konrad, Imre Kertesz, Peter Scholl-Latour, Christian Thielemann, Helmut Karasek, Harald Schmidt und Udo Lattek gehörten dazu.

Und während das „Zentrum gegen Vertreibungen" im Werden begriffen ist, hat die Stiftung nach der Ausstellung „Erzwungene Wege" nun eine weitere Ausstellung erarbeitet. Ab dem 15. Juli ist im Berliner Kronprinzenpalais die Schau „Die Gerufenen" zu besuchen. Darin geht es um die deutsche Ostsiedlung, die im Mittelalter begann und eine Zeitspanne von 800 Jahren umfaßte. *Bel*

MELDUNGEN

Türkei mit harten Bandagen

Ankara – Der Kampf der Türkei um den EU-Beitritt wird nicht nur diplomatisch ausgetragen: So wird die Genehmigung für „Nabucco“, das Projekt einer Erdgasleitung aus Zentralasien via Türkei nach Mitteleuropa, mit der EU-Aufnahme verknüpft. Auch die ständig neuen Bedingungen für eine Wiedereröffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Chalki und die Prozesse um Liegenschaften des syrisch-orthodoxen Klosters Mar Gabriel in der Osttürkei sind hier zu nennen. Daß Nicolas Sarkozy, der bisher als strikter Gegner einer Türkei-Vollmitgliedschaft auftrat, den erklärten Befürworter Pierre Lellouche zum neuen Europa-Staatssekretär machte, hat mittlerweile auch Zweifel an den wahren Absichten des französischen Präsidenten aufkommen lassen. *RGK*

Ringen um Luftwaffenbasis

Manas/Kirgistan – Die USA werden die Luftwaffenbasis Manas in Kirgistan weiter als Versorgungskreuz für Afghanistan nutzen. Der bisherige Vertrag, der im August endgültig auslaufen sollte, wurde zum Preis von 60 Millionen anstelle bisher 17,4 Millionen Dollar und mit neuem Statut als „Transitzentrum“ für nichtmilitärische Güter verlängert. Für Rußland, dem die amerikanische Militärpräsenz in dieser Region seit langem ein Dorn im Auge ist, stellt das neue Abkommen eine „unangenehme Überraschung“ dar. Mit Krediten und Finanzhilfen von über zwei Milliarden Dollar hatte der Kreml versucht, seinen Einfluß auf Kirgistan zu vergrößern. Die USA, Rußland und China ringen um Dominanz in den rohstoffreichen Regionen Zentralasiens. Dieses Ringen der Großmächte gibt Staaten wie Kirgistan die Möglichkeit, die eigenen Interessen stärker zu vertreten. *MRK*

Bald ein zweiter Irak?

Die Zahl der Taliban-Angriffe in Afghanistan steigt rasant an – Internationale Truppe zunehmend ratlos

Rund 70 Prozent von Afghanistan werden von radikalislamischen Taliban beherrscht, so das US-Forschungsinstitut Senlis Council. Doch offiziell wollen das weder die afghanische Regierung noch die in dem Land militärisch engagierten Staaten zugeben.

Nach dem Tod dreier Bundeswehrsoldaten bei Kundus wehrt sich Verteidigungsminister Franz Josef Jung gegen die Aussage, Deutschland befände sich in Afghanistan im Kriegseinsatz. „Wir würden aus meiner Sicht, wenn wir über Krieg sprechen, uns nur auf das Militärische konzentrieren. Und genau das wäre ein Fehler.“

Das haben jetzt auch die USA erkannt. Die neue Strategie lautet „das Volk vom Feind zu trennen“, wie es der Oberbefehlshaber der US-Truppen im Nahen und Mittleren Osten, David Patraeus, formuliert. Mit dieser Doktrin hatte Patraeus bereits im Irak einige Erfolge erzielt.

Umgesetzt wird das neue Motto mit ungezukkertem grünen Tee – Glas für Glas. An manchen Tagen literweise. „The tea thing“ nennt es Captain José Vasquez von den Gebirgsjägern der Cherokee Company, stationiert im rund 60 Kilometer südöstlich von der Hauptstadt Kabul gelegenen US-amerikanischen Camp Shank.

Sein oberster Befehlshaber, Präsident Barack Obama, meinte kürzlich auf seiner Nahostreise, er wolle Mißverständnisse mit der muslimischen Welt überwinden und man solle „einander mehr zuhören“. Für den aus El Paso, Texas, stammenden Vasquez bedeutet dies „einen erhöhten Druck auf die Blase“, wie er es für einen Angehörigen der US-Streitkräfte ungewöhnlich galant formuliert.

Hoher Teekonsum und galante Formulierungen sind auch in der engen Lehmhütte in Qalai Mohammed gefragt. Ein halbes Dutzend Dorfälteste und Mullahs haben sich hier auf einem Teppich über gestampftem Boden sitzend mit Vasquez eingefunden, während seine Soldaten die Gegend durchkämmen.



Tee soll verbinden: Die USA wollen über zwischenmenschliche Kontakte „das Volk vom Feind“ trennen. Bild: Getty

Die Cherokee Company ist erst seit ein paar Wochen da, Teil des neuen amerikanischen Kontingents von rund 17 000 Mann. Die Gesamtzahl der US-Truppen in Afghanistan wird durch die von Präsident Obama beschlossene Verstärkung bis zum Herbst dieses Jahres auf 68 000 Mann steigen. Ende 2008 waren noch nur rund 31 000 US-Soldaten in Afghanistan stationiert.

Für die Cherokee Company bedeutet die neue Strategie für die nächsten Wochen und Monate: Präsenz zeigen, also „sehr viel Tee trinken und quatschen“, wie es Vasquez nennt. Taliban verjagen und so einen Puffer zwischen dem umkämpften Süden und der Hauptstadt bilden.

Der Puffer ist inzwischen auch notwendig. Konnte man vor gut fünf Jahren fast gefahrlos durch die südlich von Kabul gelegene Provinz Logar fahren, so wäre dies 2009 ein Selbstmordkommando.

> 400 Anschläge pro Woche, 2004 waren es »nur« 50

Das renommierte internationale Forschungsinstitut Senlis Council hat einen Bericht darüber veröffentlicht, wer in Afghanistan wie viel Terrain kontrolliert. Das Ergebnis des Think-Tanks: 72 Prozent des geschundenen Bürgerkriegslandes werden derzeit von den radikalislamischen Taliban-Milizen beherrscht. Noch 2007 waren es „nur“ 54 Prozent.

Aggressiv, expansionistisch und kompromißlos in ihrem puritanischen Anspruch, die afghanische Gesellschaft in das imaginäre Modell eines Arabiens zu Zeiten des Propheten Mohammed zurückzuverwandeln, haben die Taliban auch in der Provinz Logar wieder Fuß gefaßt.

Derzeit zähle man 400 Taliban-Angriffe pro Woche landesweit. Vor einem Jahr seien es etwas weniger als 250 gewesen und im Januar 2004 weniger als 50 pro Woche, sagte der Sprecher des Vier-Sterne-Generals Pataeus, Erik Gunhus, laut „New York Times“. Die Lage im Land ist damit so gefährlich wie noch nie seit Beginn des Krieges 2001.

Das Hauptproblem dabei sind weniger die lokalen Führungskräfte der Taliban. Diese konnten bislang immer wieder eliminiert werden. Das Problem ist das immer größer werdende Netzwerk an stillen Unterstützern in der Gegend.

„Manchmal sprechen wir mit den Menschen in den Dörfern. Dann gesellt sich wie zufällig ein Dorfbewohner zu uns und alle schweigen. Und ab und zu werden wir in Dörfern auch mit Steinwürfen empfangen“, berichtet Captain Vasquez.

Die ständig wechselnden Loyalitäten zwischen den einzelnen Clans, unbeglichene Rechnungen aus Kriegen der letzten drei Jahrzehnte und die zunehmende Angst vieler Dorfbewohner machen die Sache nicht einfacher. Zumal die Taliban jeden mit dem Tod bedrohen, der Fernsehen schaut oder unislamische Radiosendungen hört.

Man wisse nicht, wie man Erfolg oder Mißerfolg in Afghanistan definieren und messen könnte, sagte vor wenigen Wochen der oberste Nato-Kommandeur Bantz J. Craddock. Die Statistik funktioniere einfach nicht.

„Vielleicht geht es gar nicht so sehr darum, die Taliban zu töten“, meint Vasquez. „Die Bevölkerung beurteilt uns mehr danach, ob wir einen Fachmann für die Instandsetzung eines Brunnens auftreiben können. Oder jemanden, der den Stromverteiler repariert.“ Die Dorfältesten und Vasquez erheben sich. Konkrete Vereinbarungen oder aufschlußreiche Informationen gab es heute nicht. Macht nichts. In ein paar Tagen wird Vasquez wieder vorbeischauen. Bis dahin heißt es für ihn: Ruhe bewahren, Tee trinken und, wenn es sein muß, Taliban töten. *Jörg Schmitz*

Mächtige »Krone«

Wien: Medienzar Dichand macht Politik

Die Europa-Wahlen zeigten wieder einmal, wie einflußreich der 88jährige Hans Dichand, Herausgeber und Hälfteeigentümer der „Kronen-Zeitung“, in Österreich ist: Gleich hinter ÖVP und SPÖ landete an dritter Stelle der EU-Parlamentarier Hans-Peter Martin, der als „Liste Hans-Peter Martin“ drei der 17 österreichischen Mandate bekam – ohne Parteiapparat, nur dank der „Krone“, die tagtäglich in Berichten, Kolumnen und Leserbriefen für ihn Stimmung machte und seitenweise seine Bücher abdruckte.

Die „Kronen-Zeitung“ wurde 1900 gegründet. Nach ihrer Einstellung im Jahre 1944 wurde sie 1959 von Dichand und einem Partner, dessen Hälfteanteil heute der WAZ-Gruppe gehört, neu belebt. Die Mischung aus Sensation und hochwertigen Kolumnen, Information und Polemik, Sex und Religion, Tierschutz und Sentimentalität machte das Kleinformat zur auflagenstärksten Tageszeitung des Landes. Die nationale Reichweite von über 40 Prozent ist weltweit einzigartig.

Die „Krone“ gab den Ausschlag bei der Volksstimmung 1978, die die Indienststellung eines betriebsfertigen AKW verhinderte. 1984 war sie an der Aktion „Rettet die Donau-Auen“ beteiligt, und das Kraftwerksprojekt östlich von Wien wurde aufgegeben. Damit wurde Dichand auch zum Geburtshelfer der Grünen. Der rasante Aufstieg Jörg Haiders und der FPÖ ab 1986 hatte ebenfalls mit der „Krone“ zu tun. Doch als sich – entgegen Dichands Präferenz für Rot-Schwarz – Wolfgang Schüssel und Jörg Haider 2000 auf Schwarz-Blau einigten, fielen beide bei ihm in Ungnade.

> Eindeutige Werbung für Kandidaten

Die „Krone“, die EU-Beitritt und Euro befürwortet hatte, ist neuerdings EU-kritisch. So kam es, daß vor den Wahlen 2008 SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer und sein designierter Nachfolger Werner Faymann in einem Leserbrief (!) an die „Krone“ ebenfalls EU-kritische Töne anschlugen – und Faymann wurde Bundeskanzler. Im Interview mit der eigenen Zeitung ließ Dichand nun aber verlauten, daß für die Bundespräsidentenwahl 2010 Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) ein guter Kandidat wäre. Und eine Pröll-Doppelspitze – mit dem Neffen und Vizekanzler Josef Pröll als neuem Bundeskanzler – wäre doch auch ganz nett. *RGK*

Indien erhöht Militärpräsenz

Neu-Delhi konzentriert Soldaten an der Grenze zu China

Sie sind sich bei Währungsfragen in Sachen Dollar einig, sie blicken auf einen wachsenden Warenhandel, doch sie trauen sich, seit dem Krieg von 1962, noch immer nicht über den Weg. Der schwellende Grenzkonflikt zwischen China und Indien hat vor diesem Hintergrund – und von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet – eine neue Dimension erreicht: Die Inder konzentrieren seit Anfang Juni mehr als 50 000 zusätzliche Soldaten, leichte Artillerie, Helikopter und Kampfjets sowie unbemannte Flugobjekte an ihrer gut 1000 Kilometer langen Grenze zum Reich der Mitte in ihrem Nordosten; sie legen derzeit sogar neue Militärflughäfen und strategische Straßen an. Denn die Regierung in Neu-Delhi fürchtet erneut illegale Gebietsansprüche und Inbesitznahmen Pekings.

Nicht ohne Grund: Im vergangenen Jahr drangen mehrfach chinesische Truppen in die indische Provinz Arunachal Pradesh ein, wie der Gouverneur und General J. J. Singh in der Hauptstadt Itanagar alarmiert nach Neu-Delhi meldete.

Durch diese Provokationen aufgeschreckt, äußerten hohe Militärs der Luftstreitkräfte des Subkontinents in den vergangenen Monaten mehrfach die Meinung, daß sie in China eine weit größere Bedrohung für die Zukunft sehen als in ihrem Dauer-Grenzkonflikt mit dem westlichen Nachbarn Pakistan. Da alle drei Staaten mittlerweile Atommächte sind, kommt ihren jeweils schwelenden Konflikten auch für den Rest der Welt eine wichtige Bedeutung zu.

Belastend für die gegenseitigen Beziehungen wirkt sich nach wie vor aus, daß Tibets Exilregierung mit dem Dalai Lama seit 1959 auf indischem Territorium angesiedelt ist. 1950 hatte der Einmarsch chinesischer Truppen in Tibet begonnen. Schon bald danach kam es zu Streitigkeiten über die Grenze des Himalaja-Staates zu Indien, die aus der kolonialen englischen Vergangenheit als „McMahon-Linie“ markiert war. Am 20. Oktober 1962 drangen die Soldaten Pekings über diese Linie nach Indien vor. Es kam zum Krieg. Während sich Indiens Truppen auf diesen Vorstoß konzentrierten, lancierten die Chinesen weiter im Westen einen zweiten Angriff und überrumpelten den Gegner. Sie proklamierten am 21. November einseitig einen Waffenstillstand, den Indien de facto annahm. Die Scharmützel hatten 2000 Menschenleben gefordert.

> 1962 haben die beiden Großstaaten noch gekämpft

An einer wenig später anberaumten Friedenskonferenz nahmen beide Seiten nicht teil. 1963 verbündete sich Peking mit Pakistan, das den Chinesen ein 4500 Quadratkilometer großes Gebiet Kaschmirs überließ. Das war für Indien eine Provokation, da es ganz Kaschmir als Territorium beansprucht und wiederholt deswegen mit Pakistan kriegerische Auseinandersetzungen hatte.

Ein Jahrzehnt später schürte ein weiterer Konflikt mit China an den Grenzen des von Indien annektierten ehemaligen Königreiches Sikkim die Feindschaft der beiden Staaten. Indien sicherte sich 1971 gegen die chinesische Bedrohung durch einen Beistandspakt mit der damaligen Sowjetregierung ab und stockte sein Heer von 500 000 Mann auf 825 000 auf. Erst 2005 verzichtete Peking auf diesen Anspruch. Im Jahr 2006 einigten sich die beiden Staaten in Lhasa auf die Öffnung eines alten Handelsweges. Der 1962 geschlossene Nathu-La-Pass in 4000 Meter Höhe wurde wieder für den Warenaustausch zwischen China und Indien über Tibet geöffnet. Der Konflikt im Nordwesten war beigelegt, nun flammt er offenbar im Nordosten wieder auf. *Joachim Feyerabend*

Churchill wollte Deutsche vergiften

Die Londoner „Times“ informierte kürzlich über bislang unbekannte Pläne Winston Churchills während des Zweiten Weltkrieges. „Britian considered dropping millions of poisoned darts on German troops“ – Millionen von vergifteten Pfeilen sollten über deutschen Truppen abgeworfen werden. Kanadische und britische Forscher hatten verschiedene Modelle der Pfeile entwickelt, die aus Flugzeugen abgeworfen werden sollten. Die tödlichen Nadeln sollte der Nähmaschinen-Hersteller Singer produzieren. An Schafen wurde das Gift getestet, die nach Muskelzuckungen, Schweißausbrüchen und Würgreflexen elendig starben. Bei Menschen sollte das Gift, blieb der Pfeil 50 Sekunden im Körper, innerhalb von 30 Minuten zum Tode führen. Würde der Pfeil vorher herausgezogen, hätte sich das Sterben bis zu 24 Stunden hinziehen können. Als „beste Lösung“ erwies sich eine Bombe mit 30 000 Giftpfeilen, die in 3000 Metern Höhe detonieren sollte. Sie hätte alles menschliche Leben auf einem Hektar Fläche ausgelöscht. Warum diese Waffe nicht zum Einsatz kam, darüber wird von einem Mitarbeiter des Nationalen Archives nur gemutmaßt: aus Angst, die Deutschen würden die Waffe nachbauen und über Briten abwerfen. *Bel*

Ein Nachweis zum Mitnehmen

Anlegerschutz: Dokumentationsprotokoll wird Pflicht – längere Verjährungsfristen bei Falschberatung

Nicht nur mit Lehman-Zertifikaten haben Anleger in den letzten Monaten ihre Ersparnisse verloren. Die Politik verspricht vollmundig gesetzliche Abhilfe, doch die Umsetzung läßt auf sich warten.

Als im März Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner und der Chef der Verbraucherschutzzentralen, Gerd Billen, erklärten, daß die Politik jetzt die Anleger vor Falschberatung schützen wolle, klang dies nach einer beschlossenen Sache. Verbesserter Anlegerschutz durch einheitliche Standards, mehr Transparenz und Stärkung der Rechte der Verbraucher, so die Versprechen. Auch warb Billen für eine Checkliste der Verbraucherschützer, die Kunden hilft, ihrem Bankberater die richtigen Fragen zu stellen (www.vz-nrw.de/checkliste_geldanlage).

Immerhin, die Checkliste ist seit März einsehbar. Das von Ilse Aigner in Aussicht gestellte Gesetz, das am 18. Februar im Bundeskabinett beschlossen wurde, befindet sich aber noch in Bearbeitung. Am 3. Juli lag der „Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Durchsetzbarkeit von Ansprüchen von Anlegern aus Falschberatung" dem Bundestag zur Abstimmung vor. Sollte der Entwurf angenommen werden, dann wird er nach Unterzeichnung des Bundespräsidenten noch in dieser Legislaturperiode Gültigkeit erlangen. Doch so weitreichend, wie es die Verbraucherschutzministerin versprochen hat, ist der neue Anlegerschutz nicht. Dieser sieht vor: Erhöhung der Verjährungsfrist von Schadensersatzansprüchen wegen Falschberatung von drei auf zehn Jahre, mehr einklagbare Rechte für Gläubiger von Schuldverschreibungen, Erhöhung der Anforderungen an die Dokumentation der Beratung und die Einklagbarkeit des Anspruches auf Aushändigung dieser Dokumentation. Bei telefonischer Beratung soll das Protokoll zugesandt werden, der Kunde hat ein einwöchiges Widerspruchsrecht. „Der Bundesrat bittet, ... zu prüfen, ob die Anforderungen an den Mindestinhalt eines Beratungsprotokolls ... stärker konkretisiert werden können", hieß es in einer Stellungnahme der Länderkammer. Zahlreiche Anlegerschutzvereinigungen wünschen sich sogar ein standardisiertes Dokumentationsprotokoll für eine bessere Vergleichbarkeit, doch Verbraucherschutz- und Justizministerium begründen ihre jetzige Entscheidung nicht weiter. Beispielsweise ein klares Nein zu weiteren Bürokratiekosten für die Wirtschaft – allein die neue Protokollpflicht wird mit etwa 50 Millionen Euro für die Wirtschaft beziffert – hätte den Entschluß nachvollziehbarer gemacht. „Minimalkompromiß" nennt das „Handelsblatt" den Gesetzentwurf.

Immerhin sollen im Beratungsprotokoll, das am Ende eines Gesprächs auch dem Kunden zur Unterschrift vorgelegt und als Kopie ausgehändigt werden soll, „Informationen über die Finanzinstrumente und Wertpapierdienstleistungen, die Gegenstand der Anlageberatung sind" angeführt werden. Das bedeutet, daß Rechtsstreitigkeiten wie im Falle der inzwischen wertlosen Lehman-

Der Kunde trägt weiterhin Beweislast

Zertifikate in Zukunft leichter zu beurteilen wären. Der Fall eines Hamburger Sparers, der 10000 Euro Schadensersatz erstritten hat, weil die Sparkasse verschwiegen habe, daß die Zertifikate nicht unter die deutsche Einlagensicherung fallen, ist nämlich nur ein Einzelfall. Jeder weitere Käufer von Lehman-Zertifikaten muß seiner Bank belegen, daß sie ihm dies ebenfalls nicht mitgeteilt hat. Da der Kunde die Beweislast trägt, ist ein Rechtsstreit programmiert.

Daß in Sachen Anlegerschutz mehr möglich gewesen wäre, bestreitet Sandra Pabst, Pressereferentin im Verbraucherministerium. Ihr Haus habe vor der Frage gestanden: „Was können wir noch in dieser Legislaturperiode gesetzlich regeln?" Dessen ungeachtet führe man Gespräche mit der Finanzbranche über Mindeststandards in der Ausbildung von Finanzberatern sowie über Honorarberatung. Auch arbeite das Ministerium an einem Verbraucher-Produktinformationsblatt.

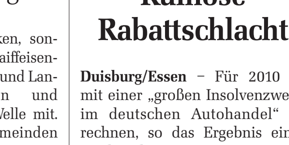
Angesichts der Angst der Anleger vor Falschberatung sind die derzeitigen Ergebnisse in Sachen Anlegerschutz recht gering. Experten fordern eine Beweisumkehr bei Falschberatung und eine Offenlegung der Eigeninteressen bei den Banken, die aus der Krise nichts gelernt hätten. Produktverkauf statt Bedarfsanalyse wird den Bankern vorgeworfen. Auffallend an den Vorwürfen ist, daß sie eine schon seit zehn Jahren um sich greifende Entwicklung geißeln, von der auch die Politik profitiert hat. Denn nicht nur die Privatbanken, sondern auch Volks- und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen und Landesbanken schwammen und schwimmen auf dieser Welle mit. Länder, Städte und Gemeinden haben jahrelang von den Gewinnen profitiert, die ihre Landesbanken und Sparkassen mit diesen Methoden erwirtschaftet haben.

Auch klingt es heuchlerisch, wenn erst jetzt entdeckt wird, daß Bankberater „Diener zweier Herren" sind. Jeder Verkäufer will etwas verkaufen. Auch ist es schwierig, die Gewinne von Banken per Gesetz transparenter gestalten zu wollen, die von Gemüse- und Autohändlern jedoch nicht.

Waren es bis zur Bankenkrise kurzfristige Gewinnziele, die die Banken zum provisionsträchtigen Produktverkauf veranlaßten, so überwiegt jetzt die Not, im Kundengeschäft Verluste aus dem Wertpapierbereich ausgleichen zu müssen. Dieses Bestreben der Vorstandsetage zwingt die Berater im Vertrieb zwischen Gewissen und Zahlendruck zu entscheiden. Ein Gesetzentwurf, der vielleicht das Gewissen von Managern leiten würde, wäre das Kapitalmarktinformationshaftungsgesetz (KapInHaG). Dieses Gesetz zur persönlichen Haftung von Managern wurde aber bereits 2004 auf Druck aus der Wirtschaft von Finanzminister Hans Eichel (SPD) „versenkt". Bei grober Fahrlässigkeit müßte jetzt so mancher Bankvorstand mit bis zu vier Jahresgehältern haften, statt auch noch Abfindungen zu kassieren. „Da wird doch unterstellt, die Manager belügen die Öffentlichkeit", wehrte sich der damalige Siemens-Chef Heinrich von Pierer gegen das Gesetz. Von Pierer mußte 2007 wegen der „Schmiergeldaffäre" seine Ämter bei Siemens aufgeben. *R. Bellano*



Verbesserter Anlegerschutz: Beratungsgespräche müssen schriftlich protokolliert werden. Bild: ddp



MELDUNGEN

Ruinöse Rabattschlacht

Duisburg/Essen – Für 2010 ist mit einer „großen Insolvenzwelle im deutschen Autohandel" zu rechnen, so das Ergebnis einer Studie des Center Automative Research an der Universität Duisburg-Essen. Bereits jetzt überböten sich die Autohändler trotz Abwrackprämie mit extremen Rabatten. Mit bis zu 50 Prozent könne ein Neuwagenkäufer inklusive Abwrackprämie rechnen. Anstatt derzeit Gewinne für die kommenden schlechten Zeiten anzusparen, brächten sich die Händler in ihrer Rabattschlacht selbst um ihre Erträge. Daß schlechte Zeiten kommen werden, steht für Professor Ferdinand Dudenhöffer außer Frage. Die Kundschaft habe sich an die gegenwärtigen Preise gewöhnt. Zudem hätten die meisten potentiellen Käufer, die sich in den nächsten ein bis drei Jahren einen Neuwagen anschaffen wollten, dies in den letzten Monaten getan, um die staatliche Abwrackprämie „mizunehmen". *Bel*

OECD: Krise frißt Renten

Paris – Angesichts der Entwicklung in den anderen 29 Mitgliedsländern der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) steht die private Altersversorgung in Deutschland relativ stabil da (minus 8,5 Prozent). Fast ein Viertel des in Pensionskassen und Pensionsfonds eingesparten Kapitals ging 2008 während der weltweiten Bankenkrise verloren. Der Großteil der vernichteten 3,9 Billionen Euro betrifft Sparer im angelsächsischen Raum, wo selbst Pensionsfonds deutlich riskanter in Aktien anlegen. In Deutschland hingegen dominieren bei den privaten Rentenversicherungen Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere. Bei der staatlich geförderten Riester-Rente gibt es zudem eine Sicherungsklausel, die den Anlegern ihre eingezahlten Beiträge garantiert. *Bel*

Deutsche erneut Schlußlicht?

OECD-Studie weckt Zweifel sowohl bei Optimisten wie Pessimisten

Was macht Deutschland falsch? Das jüngste Gutachten der „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) brachte schlechte Nachrichten für die Deutschen.

Das Schlimmste liege hinter uns, zwar nicht was den Arbeitsmarkt angehe, wohl aber hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die dem Arbeitsmarkt vorweglaufe. Dieser seit einigen Wochen zu vernehmenden Einschätzungen schlossen sich auch die Pariser OECD-Experten an.

Doch in keinem Land außer Japan werde die Wirtschaft mit minus 6,1 Prozent so stark einbrechen wie in Deutschland, während die US-Wirtschaft nur um 2,8 Prozent schmelze. 2010 werde die Bundesrepublik ebenfalls nur ein Mini-Wachstum von 0,2 Prozent erleben, hinter den USA (0,9) und Japan (0,8). Überdies werde die deutsche Arbeitslosigkeit bis Ende 2010 auf über fünf Milliarden anschwellen.

Trägt Deutschland abermals die rote Laterne wie Anfang des Jahrzehnts? Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IDW) in Köln ist nicht ganz so pessimistisch. Schließlich habe sich gerade am Arbeitsmarkt (Stichwort Flexibilisierung) eine Menge getan in Deutschland. Genau hier liegt laut Hüther das Problem mit den OECD-Prognosen. Diese würden vor allem aus den Erfahrungen der Vergangenheit gewonnen, sprich: So, wie sich ein Land in der letzten Krise verhalten hat, so wird es sich laut

Ferguson: Wir sind im April 1931

OECD auch aus der derzeitigen herausbewegen. Damit aber gerieten Reformfortschritte der jüngsten Vergangenheit aus dem Blick. Hüther glaubt nicht an das Erreichen der Marke von fünf Millionen Erwerbslosen im Herbst 2010.

Lobend äußerten sich die OECD-Fachleute zur deutschen „Schuldenbremse" und den Bemühungen der Bundesregierung, die Kostenfrage nicht aus den Augen zu verlieren. In den USA spielen Staatsdefizite derzeit keine Rolle. Dieses OECD-Lob steht in einem gewissen Widerspruch zu früheren Äußerungen der Organisation, in welcher Repräsentanten der 30 führenden Wirtschaftsnationen vertreten sind: Unlängst hatte die OECD Deutschland noch ausdrücklich dafür kritisiert, nicht mehr Geld zur Konjunkturunterstützung aufgewendet zu haben. Geld, das nur per Verschuldung hätte besorgt werden können.

In der weltweiten Debatte werden unterdessen Zweifel laut, ob die Grundannahme der OECD wie die der meisten Regierungen überhaupt zutrifft. Alle gehen davon aus, daß die Talsohle erreicht sei. Skeptiker sehen die jüngsten Erholungszeichen hingegen lediglich als Zwischenhoch, das für den Verlauf derart tiefer Krisen durchaus typisch sei. In Wahrheit aber seien die kurzen Aufhellungen trügerisch und weckten falsche Hoffnungen.

Der schottische Historiker Niall Ferguson meint, wir stünden dort, wo sich die Vorväter im April 1931 befunden hätten: Alles deutete auf Erholung, obwohl das Schlimmste erst noch bevorstand. Auch manche Finanzmarktexperten verweisen auf die nach wie vor gigantischen Schieflagen im Finanzgewerbe, die längst nicht bereinigt seien. *Hans Heckel*

Kampf den Steueroasen

Steinbrück spekuliert auf 100 Milliarden Euro Mehreinnahmen

Die 20 führenden Industrieländer der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" (OECD) wollen die Steueroasen austrocknen. Vor wenigen Tagen haben sich ihre Finanzminister in Berlin auf ein härteres Vorgehen gegen sogenannte Steuerparadiese wie die Schweiz, Österreich, Luxemburg und Belgien geeinigt. Besonders Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte sich zuvor verbalradikal gebärdet und Deutschlands südlichen Nachbarn „mit der Kavallerie" gedroht.

Schon beim Weltfinanzgipfel der G 20-Staaten Anfang April hatte eine „Graue Liste" mit angeblich unkooperativen Staaten für Furore gesorgt, die mit ihren Bankgeheimnissen Anreize zur Steuerflucht geben sollen. Steinbrück beziffert den aus der Steuerhinterziehung entstehenden Verlust für den deutschen Fiskus auf jährlich 100 Milliarden Euro. Allein diese Schätzung sichert ihm im In- und Ausland Verbündete. Die öffentliche Empörung im „Fall Zumwinkel" bescherte ihm zusätzlich Sympathien. Nach dem Gipfel sagten schließlich 40 „Schurkenstaaten" ihre Bereitschaft zum Informationsaustausch bei Steuerfragen zu. Anschließend mäßigte Steinbrück seinen Ton und lobte die Schweiz, Österreich und Luxemburg ausdrücklich.

Allerdings gelang es dem forschen Sozialdemokraten nicht, seinen Ministerkollegen bei dem Treffen in Berlin ein fertiges deutsches Gesetz gegen Steuerhinterziehung zu präsentieren. Der am 3. Juli im Bundestag behandelte Entwurf soll

Schweiz warnt vor Flucht auf »Inselchen«

regeln, daß Steuerpflichtige mit Konten in Steueroasen den deutschen Finanzbehörden eidesstattlich richtige und vollständige Angaben vorzulegen haben. Anderenfalls drohen Sanktionen. Parallel dazu verhandelt Deutschland mit Ländern der „Grauen Liste" über bilaterale Doppelbesteuerungs-Abkommen. Sie dienen auch dazu, die von der OECD verlangten Auskunftspflichten bei Anfragen deutscher Finanzbehörden zu etablieren.

Dazu sind Länder wie die Schweiz inzwischen bereit, signalisierte Berns Finanzminister Hans-Rudolf Merz kürzlich in Berlin. Doch der Schweizer Bundesrat steht innenpolitisch mächtig unter Druck. Darum fordern die Eidgenossen inzwischen Zugeständnisse. Namentlich geht es ihnen um einen Marktzugang für Schweizer Finanzvermittler. „Wenn wir künftig auf begründete Anfrage Amtshilfe zu leisten haben, kann ich keinen Grund erkennen, weshalb Schweizer Akteuren der Marktzutritt verweigert werden soll", beharrte Merz.

Außerdem goß der Schweizer Wasser in den Wein des deutschen Amtskollegen: „Die Hunderte von Millionen, die da kommen sollen, werden nicht zusammenkommen." Ein Großteil des in der Schweiz angelegten Geldes stamme von institutionellen Anlegern, die keinen Grund hätten, Steuern zu hinterziehen. Auch könnten außereuropäische Finanzplätze oder „kleine Inselchen" die Gewinner sein. Auch der grüne Finanzexperte Gerhard Schick hält Steinbrück reine Symbolpolitik vor. Nur ein automatischer Informationsaustausch könne die Steuerflucht bekämpfen. Aber diese Forderung stehe ungeachtet der „Polemiken von Peer Steinbrück" nicht auf der Tagesordnung. Ist doch alles Wahlkampfgetöse? *Jost Vielhaber*

Partner gesucht

Von Hans Heckel

Der legendäre US-Sicherheitspolitiker Zbigniew Brzezinski stellte in seinem 1997 erschienen Buch „Die einzige Weltmacht“ fest, daß die USA nur dann Weltmacht bleiben könnten, wenn sie das Potential anderer Länder für ihre Zwecke fest einbänden. Allein würden die Ressourcen des Landes nie ausreichen, um Washingtons globale Führungsrolle dauerhaft zu befestigen.

Danach war die Außenpolitik von George W. Bush ein schwerer Fehler. Er setzte weitestgehend auf eigene Stärke und erklärte etliche Mittelmächte wie Deutschland, Rußland oder Frankreich für „irrelevant“. Obama ist zu der von Brzezinski vorgezeichneten Strategie zurückgekehrt. Die enormen Kosten des Irak-Krieges und die unabsehbaren Belastungen, die aus anderen Krisenherden noch zu erwarten sind, zwingen ihn dazu. Zumal die Wirtschaftskrise an die Substanz der „einzigen Weltmacht“ geht.

In diesem Lichte war Obamas bemüht freundlicher Empfang für Merkel nur konsequent. Ebenso sind es seine versöhnlichen Signale an den Kreml, mit dem er alsbald in neue Rüstungskontrollgespräche eintreten will. Es ist nun an Berlin, die neue Linie Washingtons für deutsche Interessen zu nutzen.

Titel futsch

Von Silke Osman

Die einen sprechen von einer Blamage für Deutschland, andere von einem schwarzen Tag für Dresden. Dabei war es längst abzusehen, was dann (endlich) bei der Sitzung des Welterbe-Komitees der Unesco beschlossen wurde: die Aberkennung des Welterbetitels für die Stadt an der Elbe. Die Dresdner hatten sich strikt geweigert, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, eine Brücke über den Strom zu bauen, die den einmaligen Blick auf die Silhouette der Stadt erheblich und unwiederbringlich beeinträchtigen würde. Seit 2007 graben sich Bagger durch das Elbtal und wachsen Betonsäulen in den Himmel. 160 Millionen Euro soll die (sicher notwendige) Elbquerung kosten. Noch teurer, aber eleganter wäre eine Tunnellösung gewesen, für die der Architekt Volkwin Marg vom Hamburger Büro gmp in einem offenen Brief plädiert hatte. In Dresden blieb man stur. Die Bürger hatten sich in einem Entscheid für die Brücke ausgesprochen. Ein Tunnel stand gar nicht erst zur Diskussion.

Nun ist der Titel futsch und mit ihm auch Fördergelder. 13 Millionen Euro hatte die Stadt Dresden aus dem Förderprogramm für deutsche Welterbestätten beantragt. Ob man allerdings auch um den Touristenstrom fürchten muß, der sich alljährlich um die Sehenswürdigkeiten schart, die Dresden zu bieten hat, bleibt dahingestellt. Wer sich die Perle des Barock ansehen möchte, der pfeift auf jeden Titel. Die Unesco aber hat nach den jahrelangen Drohgebärden Konsequenzen ziehen müssen. Doch erst wenn sie in Pompeji oder Peking, in Angkor Wat oder Babylon so energisch handelt wie in Dresden, wird sie sich tatsächlich als Hüterin des Welterbes erweisen.

Schäuble muß reagieren

Von Konrad Badenheuer

Die Justiz folgt der Politik wie die Geier den Heerzügen – an dieses geflügelte Wort von Ernst Jünger konnte man sich erinnert fühlen, als Anfang Juni eine Empfehlung des Bundesinnenministeriums (BMI) vom März bekannt wurde. Der Inhalt in einem Satz: Alle nach dem 2. August 1945 noch in den Oder-Neiße-Gebieten geborenen Deutschen sollten künftig von den Meldebehörden als „im Ausland“ zur Welt gekommen erfaßt werden. Wer also beispielsweise 1948 noch in Allenstein oder in Oberschlesien zur Welt kam – lange bevor irgendein Vertrag die deutsch-polnische Grenze nach Westen verschoben hat – dem würde nun vom eigenen Land amtlich bescheinigt, er habe „in Polen“ das Licht der Welt erblickt.

Die Beleidigung, die dieses Vorgehen für Hunderttausende Vertriebene bedeuten würde, ist schwer in Worte zu fassen. So mancher hat jahrzehntelang um einen Funken Gerechtigkeit gekämpft, darunter viele Leser dieser Zeitung. Bislang war dieser politische Kampf nicht von Erfolg gekrönt; die bittere Anerkennung besteht allenfalls darin, daß der historisch beispiellose Gewaltverzicht der Ost- und Sudetendeutschen immerhin die Spirale der Revanche durchbrochen und das vereinte Europa ermöglicht hat.

Gedankt hat die deutsche Mehrheitsbevölkerung dies den Betroffenen kaum. Selbst der wohlmeinende Vorstoß eines Franz Joseph Strauß, die Vertriebenen hätten den Friedensnobelpreis verdient, blieb ohne Folgen. Von der politischen Linken wurden die organisierten Vertriebenen bereits seit den 1960er Jahren mit einer Art anschwellendem Trommelfeuer eingedeckt, das am Ende versöhnungsbereite Bürger zu Friedensstörern abstempelte. Es wäre in der Tat ein Triumph dieser Propaganda, wenn nun rückwirkend der Schlußtag der Potsdamer Konferenz von Deutschland als der Tag anerkannt werden würde, an dem die deutsche Ostgrenze verschoben wurde.

> Helmut Sauer ein gebürtiger Pole?

Allerdings gibt es Hinweise, daß bei den Verantwortlichen in Berlin – das Schreiben des BMI vom 19. März war offenbar mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesjustizministerium und sogar dem Bundeskanzleramt abgestimmt – ein Umdenken eingesetzt hat. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme, vor allem aber der selbst 1946 noch in Schlesien geborene Helmut Sauer, der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung von CDU und CSU, haben in den letzten Tagen hart dafür gearbeitet, daß diese „Empfehlung“ überprüft wird.

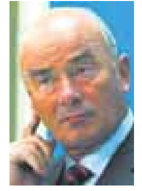
Nun heißt es im „Regierungsprogramm“ von CDU und CSU: „Wir werden bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren. Das Recht auf die Heimat gilt.“ Wenn wiederum dieses Papier gilt, dann muß Bundesinnenminister Schäuble, der womöglich von Beamten aus der zweiten Reihe ausgetrickst worden ist, seine Empfehlung an die Innenminister der Länder widerrufen. Andernfalls wäre sonst wohl zum ersten Mal ein Wahlversprechen noch vor der Wahl gebrochen worden.



Unerwartete Bilder der Harmonie aus Washington: Trotz anfänglicher atmosphärischer Spannungen zwischen Angela Merkel und Barack Obama entschied sich offenbar das Weiße Haus, diese beim Besuch der Kanzlerin zu überspielen.

Bild: ddp

Auf ein Wort



Integration: Die Liebe zu unserem Land vorleben

Von Jörg Schönbohm

In Deutschland leben 15,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Beinahe jeder fünfte Einwohner hat eine Zuwanderungsgeschichte. Es ist nachvollziehbar, daß die Integration so vieler Menschen eine Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt.

Eine kontrollierte Steuerung der Einwanderung wurde in Deutschland lange Zeit aus ideologischen Gründen abgelehnt. Vor allem linke Kreise gaben sich lieber den Träumereien einer heilen Multikulti-Welt hin. Die Versäumnisse von damals rächen sich heute.

Der jüngste Integrationsbericht der Bundesregierung zieht eine ernüchternde Bilanz der deutschen Integrationspolitik. Die Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen werden vor allem im Bereich der Bildung deutlich. 16 Prozent der Zugewanderten und sogar 30 Prozent der Türkischstämmigen verlassen die Schule ohne Abschluß. Bei den deutschen Schülern sind es nur 6,5 Prozent. Auch bei den Hochschulabschlüssen und Berufsausbildungen schneiden Migranten deutlich schlechter ab als die Einheimischen. Dieser „Bildungsrückstand“ macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. So waren im Jahr 2007 20,3 Prozent aller Migranten arbeitslos. Die Quote der Gesamtbevölkerung lag zum selben Zeitpunkt bei 10,1 Prozent. Auch das Armutsrisiko ist bei Migranten höher als bei der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2007 galt jeder achte Deutsche – laut Definition – als arm. Bei den Migranten waren es doppelt so viele. Ebenso deutlich sind die Unterschiede bei der Kriminalitätsquote. Sie lag bei den Ausländern zuletzt bei 5,4 Prozent, bei den Einheimischen lediglich bei 2,7 Prozent.

Trotz aller Fortschritte, die in der Integrationspolitik seit dem Ende der rot-grünen Koalition zweifelsohne gemacht wurden, bleibt noch immer viel zu tun. Zu lange hat man die gesamte Problematik verharmlost, geschönt oder ignoriert.

Eine große Herausforderung stellt insbesondere die Integration muslimischer Migranten dar, die sich in Deutschland häufig schlechter integrieren als Zuwanderer anderer Religionen. Offizielle Schätzungen sprachen bisher davon, daß etwa drei Millionen Muslime in Deutschland leben. In Wirklichkeit sind es wohl über eine Million mehr, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kürzlich errechnete.

Die korrigierten Zahlen unterstreichen noch einmal die Dringlichkeit einer konsequenten und umfassenden Integrationsstrategie für die Muslime in Deutschland. Die Gründung einer Institution wie der Islamkonferenz, die vergangene Woche zum vorerst letzten Mal tagte, reicht hierfür mit Sicherheit nicht aus.

> Integration gelingt, wenn wir unsere Ansprüche klar formulieren

Daß die Integration von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen gelingen kann, hat unser Land in seiner Geschichte mehrfach bewiesen.

So kamen beispielsweise im Jahr 1685, als Frankreich das Edikt von Nantes aufhob, das bis dahin den französischen Protestanten Religionsfreiheit gewährt hatte, innerhalb kürzester Zeit mehr als 20000 Menschen nach Preußen. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm begrüßte damals die mehrheitlich hugenottischen Einwanderer mit offenen Armen und machte Preußen zur Hauptanlaufstelle für die Erniedrigten und die Verfolgten aus ganz Europa. Die Flüchtlinge wurden in ihrer neuen Heimat gut behandelt. Sie bekamen Wohnungen und Kredite – alles, was sie für einen guten Start in ihr neues Leben brauchten. Und Preußen tat gut daran, seine Gäste so herzlich aufzunehmen, denn der Staat profitierte von den Zuwanderern.

Nach den Spätfolgen des Dreißigjährigen Krieges wurde Preußen auf diese Weise wieder „peupliert“ wie es Friedrich der Große nannte. Vor allem für die Wirtschaft waren die größtenteils gut ausgebildeten Flüchtlinge eine enorme Bereicherung. Aber auch in der Kultur sorgten die Zuwanderer für eine Blütezeit. Theodor Fontane, ein Nachkomme hugenottischer Einwanderer, sei hier nur als ein Beispiel von vielen angeführt. Sie alle waren willkommen, in Preußen ihr Glück zu versuchen. Keiner wurde gezwungen – sie alle sollten „nach ihrer Façon“ glücklich werden. Nur eine Bedingung hatte der preußische Staat an seine neuen Bürger: daß sie treue Untertanen sind und ihre Staatspflichten pünktlich erfüllen.

Tatsächlich waren innerhalb kürzester Zeit aus Einwanderern Einheimische geworden. Begünstigt wurde diese geräuschlose Integration dadurch, daß sich die Zuwanderer vom ersten Tag an mit ihrem Gastland vollkommen identifizierten. Nach kürzester Zeit war die französische Kolonie bereits ein Vorbild an Staatstreue und Patriotismus. Otto von Bismarck ließ sich sogar zu der Aussage hinreißen, die Zugewanderten seien doch eigentlich die „besten Deutschen“ im gesamten Reich.

Die französischen Hugenotten waren jedoch nicht die einzigen Einwanderer, die Preußen aufnahm und die sich vorbildlich integrierten. Es kamen Auswanderer aus Österreich, die vor der Gegenreformation flohen, es kamen Waldenser und Mennoniten, es kamen schottische Presbyterianer, es kamen Juden und Katholiken. Diese Vielfalt schadete der Gesellschaft nicht, sie bereicherte sie sogar. Daran hat sich bis heute nichts verändert.

> Zuwanderern steht es jederzeit frei, unser Land wieder zu verlassen

Ein friedliches und geordnetes Zusammenleben kann jedoch immer nur auf der Basis gemeinsamer Grundwerte funktionieren. Wir können es daher nicht hinnehmen, daß in Deutschland in manchen islamischen Kreisen die Scharia an die Stelle des Grundgesetzes tritt. Allen Migranten muß klar gemacht werden, daß für uns Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau unverhandelbar sind. Wer die Bedingungen des Gastlandes nicht akzeptieren kann, dem steht es jederzeit frei, das Land wieder zu verlassen.

Wer sich jedoch entscheidet, in unserem Land dauerhaft zu leben, muß die staatliche Ordnung anerkennen, sich an die Gesetze halten und seinen Teil dazu beitragen, ein guter „Mitbürger“ zu sein. Grundvoraussetzung hierfür ist, daß diejenigen, die hier leben wollen, auch die deutsche Sprache lernen. Der Spracherwerb ist der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme. Wie soll man sich den „Integrationsdialog“ vorstellen, wenn sich die Dialogpartner nicht in einer gemeinsamen Sprache verständigen können?

Früher setzte man sich als Gegner von Multikulti leicht dem Vorwurf der Deutschtümelei aus, wenn man verlangte, wer in unserem Land leben wolle, müsse auch unsere Sprache erlernen. Wer solches dennoch forderte, galt schnell als „nationalchauvinistisch“ und „ausländerfeindlich“. Heute wird die Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Integration von Zuwanderern von niemandem mehr ernstlich in Frage gestellt. Natürlich sind Sprachkenntnisse keine Garantie für eine gelungene Integration, ohne sie wird Integration jedoch unter Garantie scheitern.

Wir wollen Zuwanderung, und wir brauchen sie auch. Wir brauchen sie, weil bereits jetzt absehbar ist, daß wir in naher Zukunft einen eklatanten Fachkräftemangel haben werden. Wir brauchen sie aber auch, weil wir viel voneinander lernen können. So ist es bewundernswert, wie der Wert der Familie in vielen anderen Kulturen hochgehalten wird und Familien über alle Generationen hinweg zusammenhalten. Auch was den ungezwungenen Umgang mit Traditionen oder Nationalstolz betrifft, können wir Deutschen lernen.

Integration kann gelingen. Sie wird vor allem dann gelingen, wenn wir unsere Ansprüche klar formulieren und unsere Wertgemeinschaft konsequent und mit allen Mitteln des Rechts verteidigen. Wir müssen den Zuwanderern in Deutschland vorleben, was wir von Ihnen verlangen: Respekt, Solidarität und Liebe zu unserem Land. Dann werden sie auch bereit sein, sich in unserer Gesellschaft zu integrieren.

Magersucht schon früh erkannt

Heinrich Hoffmanns Buch »Der Struwwelpeter« erregt die Gemüter und beschäftigt die Wissenschaftler

Das wohl meistgelesene Kinderbuch „Der Struwwelpeter" ist mittlerweile in 35 Sprachen übersetzt. Sein Verfasser Heinrich Hoffmann wollte 1844 für seinen Sohn ursprünglich nur ein kindgerechtes Weihnachtsgeschenk schaffen.

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg (GNM) hat am 1. Juli eine Studio-Ausstellung eröffnet, die dem „Struwwelpeter" gewidmet ist. Gezeigt werden bis zum 4. Oktober alle Reproduktionen sowie zahlreiche Raub- und Nachdrucke des legendären Kinderbuchs sowie Spielzeug aus der Zeit. Am 5. Juli veranstaltet das GNM einen Themensonntag für die ganze Familie mit vielfältigen Aktionen rund um den „Struwwelpeter".

Im Jubiläumsjahr – Heinrich Hoffmann, der Schöpfer des „Struwwelpeters" wurde vor 200 Jahren geboren – ist im Verlag des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg ein Nachdruck des

Originalmanuskript wurde nachgedruckt

Originalmanuskripts erschienen, das sich in der Sammlung des Museums befindet. Gleichzeitig veröffentlichte der Verlag einen wissenschaftlichen Begleitband mit zahlreichen Aufsätzen verschiedener Fachdisziplinen. Wer das Originalmanuskript betrachten möchte, findet dies bis 21. September in der Ausstellung des Historischen Museums in Frankfurt am Main „Peter Struwwel – Heinrich Hoffmann. Ein Frankfurter Leben".

Schon lange ist der Struwwelpeter mit seiner gewaltigen Haartracht kein Schreckgespenst mehr, spätestens seit den 1960er Jahren, als die Rock-Ikone Jimmy Hendrix mit seiner Struwwelpeter-Frisur die Jugend begeisterte und sie schließlich gesellschaftsfähig machte. Jugendpsychologen warnen allerdings davor, Kindern das Buch ohne Kommentar oder Beistand in die Hand zu drücken. Was ist schlimm an den Figuren, die der Phantasie des Arztes und Psychiaters Heinrich Hofmann entsprangen? An Paulinchen mit den Streichhölzern, am Suppen-Kaspar und am Zappel-Philipp? Am großen Nikolaus, der drei böse Knaben in ein Tintenfaß taucht, weil sie einen „kohlpechrabenschwarzen Mohr" verulkt hatten, am bitterbösen Friederich, am fliegenden Robert und am Hanns Guck-in-die-Luft? Sie alle erleiden ein schreckliches Schicksal, weil sie Verbotenes getan haben. Es sind sinnigerweise jedoch meist nicht die Erwachsenen, die Eltern, die strafend eingreifen (außer bei Konrad, dem Daumenlutscher), sondern die Strafe ist die Folge des verbotenen Tuns. Dennoch weisen Kinderpsychologen darauf hin, daß man heute nicht mehr mit angsterzeugenden Mitteln erzöge. Heinrich Hoffmann hat ein für seine Zeit außerordentliches Erziehungsbuch geschrieben und dabei versteckt reformerische Ideen in den „Struwwelpeter" geschmuggelt. So deuten Fachleute die abgeschnittenen Daumen als Chiffre für die erdrückende Zensur im Biedermeier. Die Geschichte vom Jäger und Hasen sei ein antiautoritäres Gleichnis – der Schwache wehrt sich gegen die Gewalt des Starken und siegt.

„Der Struwwelpeter": Jugendpsychologen warnen vor den Inhalten. Bild: Archiv

Bei aller Kritik gibt es auch anerkennende Worte. Hoffmann habe als einer der ersten die Störung Anorexia nervosa (Magersucht beim Suppen-Kasper) und die Aufmerksamkeitsstörung ADHS (Zappelphilipp) beschrieben. Und Heinrich Hoffmann mußte wissen, worüber er schrieb, war er doch als Arzt immer wieder auch mit kranken Kindern konfrontiert. Geboren wurde Hoffmann als Sohn des Architekten und Städtischen Wasser-, Wege- und Brückenbauinspektors Philipp Jacob Hoffmann in Frankfurt am Main. Er studierte Medizin in Heidelberg, Halle und Paris und arbeitete zunächst in einer Armenklinik seiner Vaterstadt. Am renommierten Senckenbergischen Institut unterrichtete er Anatomie, bis er 1851 eine Anstellung als Arzt an der Städtischen Anstalt für Irre und Epileptiker fand. Ihm ist es zu verdanken, daß die Anstalt sowohl architektonisch als auch pflegerisch auf den neuesten Stand gebracht wurde. Neben seiner verantwortungsvollen Aufgabe als Arzt widmete Hoffmann sich 1838 der Organisation des ersten Deutschen Sängerfestes und war 1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlaments, das die erste deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche vorbereitete. In schöngeistigen Zirkeln fand er außerdem den Ausgleich für seinen Beruf. Hoffmann war verheiratet und hatte drei Kinder. Er starb am 20. September 1894 in Frankfurt.

Schon vor dem Erscheinen der Geschichte um den Struwwelpeter hat Hoffmann gezeichnet und gedichtet, vor allem um seine kleinen Patienten zu erfreuen und sie vor der Behandlung ein wenig abzulenken. Ermahnungen wie „sei brav" fruchteten in solchen Situationen auch damals überhaupt nicht. Pfiffige Geschichten aber und selbst drastische Bilder wie das von dem Bengel, der sich Haare und Nägel nicht schneiden lassen will, nahmen die Kinder gefangen und faszinierten sie. Der Psychiater Hoffmann ging auf ihre Ängste ein und machte sich augenzwinkernd zu ihrem Komplizen.

Nicht nur Kinder waren schließlich von den Geschichten begeistert, Hoffmanns Freunde drängten ihn, das Buch, das er für Sohn Carl zu Weihnachten 1844 geschrieben und gezeichnet hatte, drucken zu lassen. 1845 erschien die erste nach der Urhandschrift lithographierte Ausgabe unter dem Titel „Lustige Geschichten und drollige Bilder mit 15 schön kolorierten Tafeln für Kinder von 3 bis 6 Jahren".

Der Verfasser verbarg sich hinter dem Pseudonym „Reimerich Kinderlieb", da er den Neid seiner Mitmenschen fürchtete, sollte er Erfolg mit dem Büchlein haben. Und den hatte er! Die ersten 1500 Exemplare waren innerhalb von vier Wochen ausverkauft. Auflage folgte um Auflage; erst ab der 5. Auflage 1847 las man den wirklichen Namen des Verfassers (mit Doktortitel). In dieser Auflage war der Struwwelpeter schließlich auch die Titelgestalt. Im Urmanuskript, das sich seit 1902 im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg befindet, ziert der „Struwwelpeter" noch die letzte Seite.

Silke Osman

Das Germanische Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 6/4 Euro.

Kulturnotizen

»Salut Salon« verführt wieder

Hamburg – Die Trennung zwischen unterhaltsamer und ernster Musik ist kulturgeschichtlich relativ jung. Wer aber einmal eine Aufführung des Quartetts Salut Salon gehört hat, kann den Eindruck bekommen, daß es mit dieser Trennung bald wieder vorbei sein könnte. Das Springen zwischen den Genres – Neudeutsch: „Crossover" – ist eines der Markenzeichen der von Angelika Bachmann (Violine) und Iris Siegfrid (Violine und Gesang) gegründeten Formation, die in den Feuilletons seit längerem mit Lobeshymnen überhäuft wird, international reüssiert und im Januar zum 90. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts im Kanzleramt auftrat und spielte. Nach dem enormen Erfolg mit dem Programm „Herzenssache" ist die Spannung auf „Klassisch verführt" umso größer. Der Beginn ist am 14. Juli im Hamburger Thalia-Theater, es folgt ein Tournee von New York bis Shanghai. *K.B.*

Franz Liszt in Italien

Hamburg – Die Hamburger Autorenvereinigung lädt am Donnerstag, 9. Juli, 19.30 Uhr, zu einem Vortragskonzert ein. Der 1936 in Königsberg geborene Pianist Peter-Jürgen Hofer, Professor an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg, spielt Klavierstücke von Franz Liszt (1811–1886), zu denen sich der Komponist auf seiner Italienreise zwischen 1837 und 1839 inspirieren ließ. Manfred Dahlke, bis 2008 Leiter des Hermann-Ehlers-Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung, erläutert die einzelnen Passagen. Die Kompositionen finden sich in Liszts „Années de Pèlerinage", den „Wanderjahren", unter dem Titel „Italien". Die Klavierstücke entstanden unter dem Eindruck der italienischen Renaissancekunst und -dichtung. Das Konzert findet im Spiegelsaal des Museums für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz 1 (Nähe Hauptbahnhof), statt. Eintritt 8 Euro. *PAZ*

Gelungene Grenzgänge und große Spielfreude

Das Mozartfest Würzburg überzeugte einmal mehr mit einem reichhaltigen Programm und guten Interpreten

Während viele internationale Musikfestspiele, vor allem die Opernfestspiele, seltsame Wandlungen durchmachen und in puncto Regie häufig nur noch von der Kritik, nicht mehr von den Gästen – auf die es doch ankommt – Lob und Anerkennung ernten, kann Würzburg darüber nicht klagen. Das Programm, das dieses Jahr unter dem Motto „Mozart und Paris" stand, kann sich sehen lassen. Hauptorte des Geschehens waren die fürstbischöfliche Residenz, deren Kaisersaal – einer der schönsten Säle des Barock – in neuer Pracht erstrahlt, und der Hofgarten dieses „schönsten Pfarrhauses Europas", wie Napoleon Balthasar Neumanns grandiosen Bau bezeichnet hat. Auch der Rokokopark von Schloß Veitshöchheim, die Wallfahrtskirche Käppele und die Abteikirche Amorbach waren mit einbezogen. Der Residenzweinkeller und das berühmte Bürgerspital warteten mit Veranstaltungen der besonderen Art auf: Musik mit Literatur gemischt.

Neben den großen Sinfonien, den Solokonzerten, der geistlichen Musik und der Kammermusik Mozarts kamen die französischen Impressionisten und amerikanische Klassiker, aber auch ausgefallene Kombinationen wie „Mozart meets Schrammeln", „... meets Klezmer" und „... meets Cuba" zur Aufführung – gelungene Grenzgänge zwischen völlig verschiedenen Genres.



Kaisersaal in der Residenz: Prächtiges Ambiente für Mozart und seine Werke Bild: festivalmagazin

Zwei Höhepunkte waren die Nachtmusik im Hofgarten und das Sinfoniekonzert im Kaisersaal. Das Orchester der Hochschule für Musik Würzburg bot im Hofgarten ein Programm aus Mozart, Gershwin und Bernstein an. Was Einfallsreichtum und Klangschönheit betrifft: Bei beiden Komponisten ist der Zugang zum Werk sofort da. Gershwin ist in allen seinen Werken die Synthese zwischen der Musik Europas und dem Jazz, der eigentlichen Musik Amerikas, gelungen wie sonst wohl keinem anderen Komponisten. Man spürte die unbändige Spielfreude des jungen Orchesters unter Christian Kabitz, dem künstlerischen Leiter des Mozartfestes, bei Gershwins berühmtem „Amerikaner in Paris" ebenso wie auch bei der quirrligen Ouvertüre zu „Candide" von Leonard Bernstein.

Mozarts Posthornserenade und sein Klarinettenkonzert in A-Dur, KV 622, vertragen sich sehr gut mit den Werken der Amerikaner. Müßte man unter Mozarts über 600 Werken eine – zugegeben sehr schwierige – Rangordnung vornehmen, so stünde das Klarinettenkonzert sicher mit ganz an der Spitze. Der Solist Paul Meyer, einer der führenden Klarinettisten weltweit, spielte das Werk vollendet. Er baute die Spannung zwischen dem lebhaften und eleganten ersten und letzten Satz und dem sinnierenden Mittelsatz voller Tristesse gekonnt auf.

Die Bamberger Symphoniker unter dem französischen Dirigenten Ludovic Morlot spielten im Kaisersaal ein anderes Werk Mozarts, das „ganz vorne" auf dieser fiktiven Liste liegt: die Jupitersinfonie (Nr. 41, C-Dur, KV 551). Die Vielzahl und Verdichtung der Einfälle, ihre Durchführung vom charakteristischen allerersten Thema bis zum Finale des Schlußsatzes mit fünf Themenkomplexen, die sich in Sonaten- und Fugenform genial kontrapunktisch verbinden, suchen selbst bei Mozart ihresgleichen.

In eine ganz andere musikalische Welt führte die Zuhörer Gabriel Faure (1845–1924), nach Debussy und Ravel ein führender Komponist des französischen Impressionismus. Wie Claude Debussy befaßte er sich mit dem symbolistischen Drama „Pelleas et Melisande" von Maurice Maeterlinck. Während Debussy darüber eine voll auskomponierte Oper verfaßte, schrieb Faure eine mehrteilige Bühnenmusik, die er dann, unabhängig vom Theaterstück, zu einer Orchestersuite arrangierte. Schließlich spielte Arabella Steinbacher Mozarts Violinkonzert in G-Dur, KV 216. Der Komponist hat insgesamt fünf Violinkonzerte verfaßt. Die junge, bereits auf den Konzertpodien der Welt auftretende Künstlerin entwickelte eine bemerkenswerte Klangfülle und Klangschönheit auf ihrem Instrument. Das facettenreiche Werk wurde mit großem Ausdruck interpretiert.

Die Öffnung der Festspiele nach verschiedenen Seiten hin, was Musikzeitalter, Komponisten und Länder betrifft, bei gleichzeitig voller Zentralität des Werkes von Mozart macht nicht zuletzt das Geheimnis aus und die Einmaligkeit des Würzburger Mozartfestes, das an diesem Sonntag zuende geht. Wenn diese Richtung beibehalten wird, kann man sicher sein, daß die Veranstaltung unter den führenden Musikfestspielen ihren Spitzenplatz halten wird.

Werner Dremel

Der Reformator aus Genf

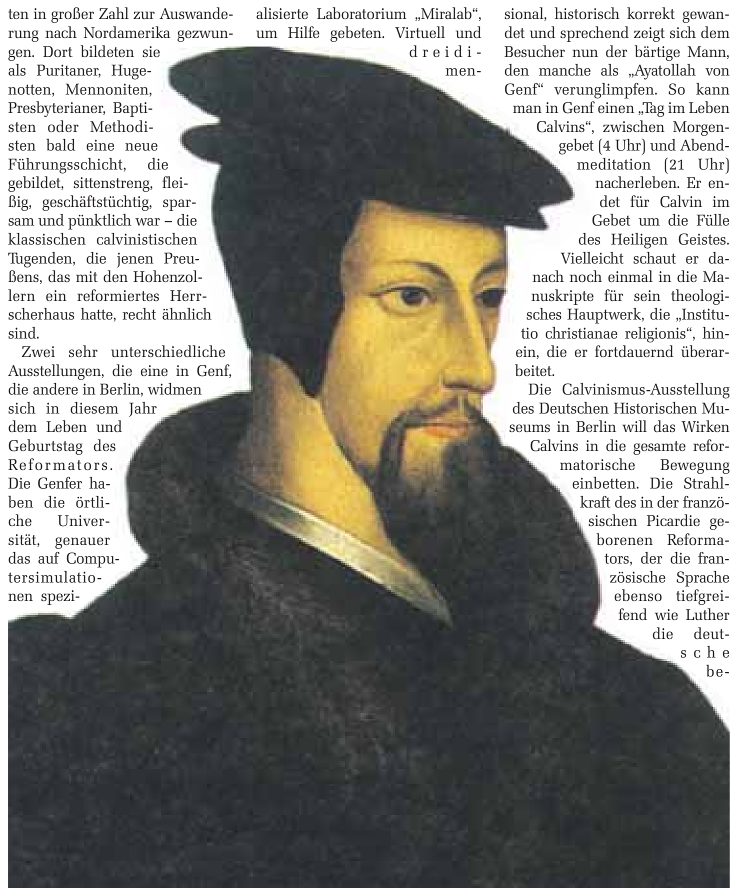
Vor 500 Jahren wurde Johannes Calvin geboren – Ausstellungen mit unterschiedlichem Ansatz in der Schweiz und Deutschland

Johannes Calvin ein Superstar? So scheint es, schaut man auf Ausstellungen, Publikationen und Gedenkfeiern anläßlich seines 500. Geburtstages am 10. Juli. Solche Feiern wären dem asketischen und sparsamen Mann, der Personenkult haßte, freilich ein Greuel gewesen. Dennoch hat er die Welt bis heute vielleicht mehr als Martin Luther bewegt.

Johannes Calvin (1509–1564) machte in Genf – etwa ab dem Jahr 1540, als sich Luthers Leben bereits dem Ende näherte – ernst mit der Reformation. Er schaffte alle Sakramente der katholischen Kirche und die Heiligenverehrung rigoros ab; er ließ Bilder, Kerzenleuchter und anderen Kirchenschmuck aus den Gotteshäusern entfernen. Kahle Kirchenwände sollten die Gläubigen auf das reine Wort Gottes fokussieren, das von den Kanzeln gepredigt werden sollte. In Genf führte Calvin ein rigoroses und sittenstrenges Regiment ein. Tanzen und Kokettieren waren verboten, streitende Eheleute wurden bei Wasser und Brot solange eingesperrt, bis sie sich wieder vertrugen.

Anders als Luther, der sich bei der Durchsetzung seiner Reformation ganz auf die Macht der Landesfürsten stützte, war der Schweizer Reformator nur auf die Kraft seiner Lehre und der Bibel angewiesen. Calvin wirkte durch seine Beredsamkeit und seine Bücher. Im 16. und 17. Jahrhundert wurde der Schweizer Reformator zum meistgelesenen Autor in England. Zeitlebens mußte er allerdings als Verfolgter und oft Vertriebener leben; positiv ausgedrückt: ein „Pilger des Glaubens“. Seine verfolgten Anhänger sahen sich in den folgenden Jahrhunderten in großer Zahl zur Auswanderung nach Nordamerika gezwungen. Dort bildeten sie als Puritaner, Hugenotten, Mennoniten, Presbyterianer, Baptisten oder Methodisten bald eine neue Führungsschicht, die gebildet, sittenstreng, fleißig, geschäftstüchtig, sparsam und pünktlich war – die klassischen calvinistischen Tugenden, die jenen Preußens, das mit den Hohenzollern ein reformiertes Herrscherhaus hatte, recht ähnlich sind.

Zwei sehr unterschiedliche Ausstellungen, die eine in Genf, die andere in Berlin, widmen sich in diesem Jahr dem Leben und Geburtstag des Reformators. Die Genfer haben die örtliche Universität, genauer das auf Computersimulationen spezialisierte Laboratorium „Miralab“, um Hilfe gebeten. Virtuell und dreidimensional, historisch korrekt gewandet und sprechend zeigt sich dem Besucher nun der bärtige Mann, den manche als „Ayatollah von Genf“ verunglimpfen. So kann man in Genf einen „Tag im Leben Calvins“, zwischen Morgengebet (4 Uhr) und Abendmeditation (21 Uhr) nacherleben. Er endet für Calvin im Gebet um die Fülle des Heiligen Geistes. Vielleicht schaut er danach noch einmal in die Manuskripte für sein theologisches Hauptwerk, die „Institutio christianae religionis“, hinein, die er fortdauernd überarbeitet.



Johannes Calvin: Gemälde aus der flämischen Schule Bild: Wikipedia

Die Calvinismus-Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin will das Wirken Calvins in die gesamte reformatorische Bewegung einbetten. Die Strahlkraft des in der französischen Picardie geborenen Reformators, der die französische Sprache ebenso tiefgreifend wie Luther die deutsche belebt hat, reichte bis nach Schottland, Polen, Ungarn und Siebenbürgen. So lautet der Untertitel der Ausstellung „Die Reformierten in Deutschland und Europa“. Sie bildet insofern das ergänzende Gegenstück zu derjenigen in Genf, als sie ganz klassisch daherkommt und auf die Aussagekraft der historischen Zeugnisse und auf die Aura der Vitrinen vertraut. Ausstellungsstücke, die voller Blutspuren sind, lassen den Betrachter erschauern – so eine Streitaxt der Hussiten aus dem 15. Jahrhundert, in die der Kelch für die Laienkommunion eingraviert ist oder ein Richtschwert, mit dem der kursächsische Kanzler Nikolaus Krell am 9. Oktober 1601 vom Leben zum Tode befördert wurde. Krell gehörte zu den Calvinisten, mit denen sein ursprünglich lutherischer Landesherr sympathisierte. Nach dessen Tod gewann die lutherische Orthodoxie die Oberhand – was Krell schließlich das Leben kostete.

> Kritiker bezeichnen ihn vielsagend als »Ayatollah von Genf«

Der Kult um Johannes Calvin in diesem Jubiläumsjahr zeigt, daß der Reformator zumindest in einer Hinsicht recht erfolglos war. Sein gegenüber den ersten Anhängern in London geäußerter Wunsch, „aus mir kein Idol zu machen und aus Genf keine Art Jerusalem“, ging nicht in Erfüllung. Die Statue des ernst blickenden und bärtigen Reformators an der „Reformationsmauer“ in Genf ist heute ein Sinnbild des Calvinismus. Das Bedürfnis der sichtbaren Vergegenwärtigung einer historischen Gestalt will offenbar auch heute, zumal im Jahr des 500. Geburtstages Calvins, befriedigt sein.

Zu den traurigen Kapiteln seines Wirkens gehört sicherlich, daß sich die Tendenz der Reformation zu Spaltungen in den letzten 500 Jahren scheinbar ungehemmt ausgebreitet hat. Auch die Calvinisten selbst, zumal in den Niederlanden, wurden untereinander schnell uneins. Die Spaltungen und die politisch-militärischen Allianzen, die Europa im Zeitalter der Konfessionalisierung und der Konfessionskriege prägten, bilden daher einen Schwerpunkt der Berliner Ausstellung. Fast alle Territorien, deren Fürsten sich dem Calvinismus öffneten, waren zuvor vom Luthertum geprägt gewesen. Es kam immer wieder zu Volksaufständen gegen die Einführung des reformierten Bekenntnisses, aber auch zur Opposition seitens lutherischer Geistlicher. Bildung des Volkes war daher allenthalben vonnöten, um den neuen Glauben auch in die Seelen zu pflanzen.

Hinrich E. Bues

Informationen über die Sonderausstellung „Une journée dans la vie de Calvin“ (Ein Tag im Leben Calvins) erteilt das Musée international de la Réforme (Internationales Museum der reformation), 4 rue du Cloître, CH-1204 Genève, Telefon (00412) 23102431, E-Mail: info@musee-reforme.ch. Interessenten an der Wechselausstellung „Calvinismus. Die Reformierten in Deutschland und Europa“ wenden sich an das Deutsche Historische Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin, Telefon (030) 20304-0, Fax (030) 20304-543, www.dhm.de

Was ist von Johannes Calvin in seiner Heimatstadt Genf und andernorts geblieben?

Ist Johannes Calvin mehr als ein Name, eine ferne Erinnerung, ein Stück Geschichte? Die sich zu Calvins reformierter Kirche Bekennenden sind selbst in Genf nur noch eine im Schwinden begriffene Minderheit. Doch auffällig ist für Eingeweihte, daß bis heute viele calvinistisch geprägte Familien an Privatbanken wie Pictet, Lombard, Odier, Hentsch, Darier, Bordier und Mirabaud beteiligt sind.

In den sogenannten guten Familien Genfs werden die calvinistischen Werte und Grundhaltungen hochgehalten. Man arbeitet viel und spendet kräftig Geld für gemeinnützige, soziale und kulturelle Zwecke. Die berühmte Austerité (strenge Einfachheit) und die zu Geiz tendierende Sparsamkeit im Alltag (Bonmot: „Wollen Sie ein Stück Zucker in den Tee – oder lieber doch keinen?“) mag ein Klischee sein; aber Zurückhaltung in der Zurschaustellung des Reichtums ist die Regel bei Calvinisten. Da kann es schon vorkommen, daß der erfolgreiche Vermögensverwalter das teurere Auto fährt als sein Arbeitgeber.

Vielleicht liegt aber Calvins Spur vor allem in der bemerkenswerten intellektuellen und geschäftlichen Regsamkeit der Genfer und ihrem feingesponnenen internationalen Netzwerk. Indem Calvin Genf zu einem geordneten Gemeinwesen verwandelte, wo Fleiß und Pünktlichkeit oberstes Gebot waren, schuf er die mentalen Grundlagen für den wirtschaftlichen Aufschwung der Rhonestadt und – durch die Ausgewanderten in England und Nordamerika – zum wirtschaftlichen Aufschwung des westlichen Kulturraumes. Besonders ab Mitte des 17. Jahrhunderts, nach der Einwanderung der Hugenotten aus Frankreich, verfügte die Genfer Elite über ein weites Kontaktnetz, das wesentlich zum Aufschwung des Finanzplatzes beitrug. Dieser internationalen Ausstrahlung war es auch zu verdanken, daß das „protestantische Rom“ 1918 zum Sitz des Völkerbunds und später der Uno sowie vieler internationaler Organisationen wurde. Kurz und gut: Ohne Calvins Reformation wäre Genf nicht Genf geworden. Und deshalb ist der 500. Geburtstag des Reformators durchaus eine „Messe“ wert. *H. E. B.*

Wie Togo Deutsches Schutzgebiet wurde

Vor 125 Jahren stellten sich die Westafrikaner unter den Schutz des Kaisers – Geschickt vermied Bismarck den Bruch mit London

Die Errichtung der deutschen Kolonialherrschaft in Togo im Jahre 1884 ist untrennbar verbunden mit der deutschen Politik gegenüber Großbritannien. Gerne wird der kaiserlichen Außenpolitik nach dem erzwungenen Rücktritt Otto von Bismarcks im Jahre 1890 der Vorwurf gemacht, man habe London durch die Flottenrüstung vor Augen führen wollen, daß es besser sei, Deutschland als Bündnispartner denn als Gegner zu haben, und habe sich England damit aber erst zum Gegner gemacht. Interessanterweise hatte bereits Bismarck in seiner Kanzlerschaft diese Bündnisstrategie gegenüber dem Vereinigten Königreich verfolgt. Statt der Flotten- benutzte er jedoch die Kolonialpolitik. Wichtiger allerdings ist der Unterschied, daß er stets darauf bedacht war, den Draht zu London nicht abreißen zu lassen, und die Druckausübung auf eine kurze Phase beschränkte, in der die weltpolitische Lage für London so ungünstig wie für Berlin günstig war.

Vor 125 Jahren hatte sein Imperialismus das Empire sowohl in Konflikt mit Frankreich wegen des Sudan als auch mit Rußland um das afghanische Grenzgebiet gebracht, während das Deutsche Reich in jenen Jahren sogar zu seinem „Erbfeind“ vergleichsweise entspannte Beziehungen unterhielt, ein Glücksfall in den deutsch-französischen Beziehungen, der bis zum Sturz des Premierministers Jules Ferry im Jahre 1885 Bestand hatte. Nichtsdestotrotz meinte die britische Regierung in ihrem ungebrochenen Glauben an die „Splendid isolation“ (großartige Isolation) weiterhin, auf niemanden Rücksicht nehmen zu müssen.

Günstige globale Rahmenbedingungen

Das zeigte sie überdeutlich im Falle Südwestafrikas. Vor dem Erwerb dieses Gebietes hatte Berlin London rücksichtsvoll gefragt, ob es Ansprüche auf den Küstenstrich von Angra Pequema erhebe. London antwortete sinngemäß, daß es das Festsetzen fremder Mächte auf dem Gebiet zwischen Portugiesisch-Angola und der Kapkolonie als Eingriff in seine legitimen Rechte betrachten würde – und das, obwohl es einräumte, seine Souveränität nur an der Walfischbucht erklärt zu haben. Auf Bismarcks legitime Nachfrage, auf welchen Rechtstitel sich diese Ansprüche stützten und welche Einrichtungen die englische Regierung zum Schutze deutscher Untertanen „in ihren Handelsunternehmen und rechtmäßigen Erwerbungen“ getroffen habe, blieb London monatelang eine Antwort schuldig. Um den Briten zu verstehen zu geben, daß sie nicht bedingungslos und ohne Gegenleistung auf Deutschlands Wohlwollen und Unterstützung setzen könnten, ließ Bismarck daraufhin das Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika errichten.

Ähnlich entschieden verfuhr Bismarck im Falle Togos. Als die Briten mit den Franzosen 1882 in einem Vertrag ihre Interessensphären abgrenzten, fragte Bismarck die Regierungen der Seestädte Bremen und Hamburg, ob die deutschen Kaufleute vor Ort Schutz benötigten. Einige Jahre zuvor, zu Zeiten der Freihandelsära hätten die Hanseaten vielleicht noch desinteressiert abgewinkt. Solange Freihandel herrscht, ist es nämlich dem Kaufmann egal, wer die Herrschaft ausübt, da alle, Inländer wie Ausländer, gleich behandelt werden. In den 1880er Jahren griff jedoch wieder der Protektionismus mit seiner Bevorzugung der Inländer um sich. Damit stieg der Druck der Kaufleute auf ihre nationalen Regierungen, möglichst große Kolonialreiche und damit Märkte zu schaffen, in denen sie aufgrund ihrer Nationalität zumindest nicht benachteiligt werden. So antworteten die Hanseaten mit einem Plädoyer für eine regelmäßige Entsendung von Kriegsschiffen nach Westafrika; und die in Hamburg traditionell starke Handelskammer sprach sich sogar für die Errichtung einer Kolonie aus.

Januar/Februar 1884 kam dann tatsächlich mit der „Sophie“ ein deutsches Kriegsschiff nach Togo.

Deutsche paktierten mit Opposition

Mit einem 100 Mann starken Landungskorps kam es seinen dortigen Landsleuten zu Hilfe in einem Zollstreit mit der englandfreundlichen Familie Lawson, die neben dem König G. A. Lawson III. auch dessen Regierungschef William Lawson stellte. Das Korps nahm sowohl den Regierungschef als auch zwei Berater des Königs in Gewahrsam. William Lawson mußten die Deutschen zwar auf Druck des britischen Gouverneurs wieder freilassen, da er Angehöriger der britischen Kolonie Sierra Leone war, aber die beiden anderen nahmen sie als Geiseln mit nach Deutschland.

Die Briten reagierten auf den Vorfall mit dem Versuch, mit Unterstützung des Königs die Deutschen aus der Region zu verdrängen. Dieser Versuch war noch im Gange, als mit dem Kreuzer „Möwe“ im Sommer 1884 erneut Besuch aus Deutschland kam. Außer den beiden afrikanischen Geiseln hatte das Kriegsschiff auch den Afrikaforscher Gustav Nachtigal an Bord, der sich im Auftrag der Reichsregierung ein Bild von der Lage machen sollte. Nachdem die Deutschen ihm ihr Leid geklagt hatten, schritt er zur Tat. Dabei nutzte er den Umstand aus, daß Lawsons Regierung unter dessen Landsleuten nicht unumstritten war. Freiwillig stellte sich die Opposition mit ihrem Land unter den Schutz des Reiches. Vor 125 Jahren, am 5. Juli 1884, wurde ein entsprechender Schutzvertrag von Deutschen und Afrikanern unterzeichnet. Am selben Tag wurde in Bagida die deutsche Flagge gehißt. Der Anfang der deutschen Kolonialherrschaft in Togo war gemacht.

Manuel Ruoff

MELDUNGEN

»Preußens Frauen«

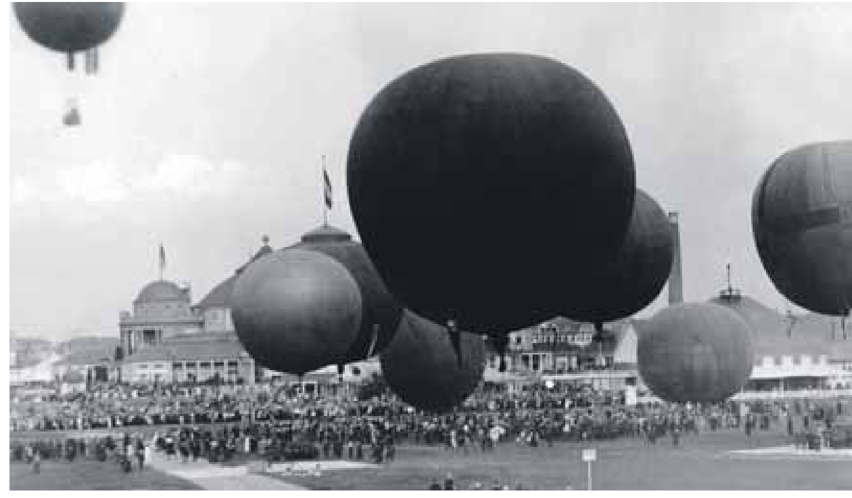
Wustrau – Im Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau ist noch bis zum 31. Oktober die Sonderausstellung „Preußens Frauen“ zu sehen. Die von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg unterstützte Ausstellung wird durch eine Vortragsreihe ergänzt. Jeweils am Nachmittag ab 15 Uhr referiert am 5. September Gotthard Erler aus Berlin über „Elisabeth von Ardenne – die reale Effi Briest“, am 3. Oktober Manfred Jatzlauk aus Rostock über „Johanna v. Bismarck – die Frau des Reichsgründers“ und am 31. Oktober Günter Rieger aus Karwe über „Anna Rosina und Anna Dorothea – Malerschwestern in Friderizianischer Zeit“. Nähere Informationen sind erhältlich beim Brandenburg-Preußen Museum, Eichenallee 7 a, 16818 Wustrau, Telefon (033925) 70798, Fax (033925) 70799, E-Mail: wustrau@brandenburg-preussen-museum.de, www.brandenburg-preussen-museum.de *PAZ*

Grzimeks DO 27 im Museum

Berlin – Das Deutsche Technikmuseum präsentiert seit letzten Donnerstag in seiner Luftfahrt-Ausstellung die wenigen noch erhaltenen Überreste des legendären „geflügelten Zebras“, der Dornier Do 27, mit der Bernhard Grzimeks Sohn Michael am 10. Januar 1959 in der Serengeti abstürzte. Die geborgenen Überreste des Flugzeuges lagen knapp fünf Jahrzehnte in der Nähe des Ngorongoro-Kraters. Heute sind nur noch etwa zehn Prozent der Maschine erhalten: ein Rumpfstück, ein Tragflächenfragment und die Höhenflosse. Diese Originalteile werden über einem Schattenriß, der die ursprüngliche Form und Größe der Maschine wiedergibt, positioniert. Informationen über „Fliegende Forscher“ sowie über die Dornier Do 27 – den ersten Flugzeugtyp, der in Deutschland nach Kriegsende in Großserie gefertigt wurde – runden die Präsentation ab. Das Museum erweitert mit dieser Leihgabe seinen Sammlungsbestand zur deutschen Luftfahrtgeschichte nach 1950. *PAZ*

Fürsorge für Unfallopfer

Berlin – Der Junker Otto von Bismarck hatte ein preußisch-paternalistisches Staatsverständnis. So wie den Gutsbesitzer gegenüber dessen Leuten sah der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident auch den Staat gegenüber dessen Angehörigen in der Fürsorgepflicht. Ab der Indemnitätsvorlage von 1866 stützte sich Bismarck jedoch auf die Nationalliberalen, und gemäß der liberalen Vorstellung ist jeder seines eigenen Glückes Schmied, hat der Staat ein schlanker, passiver sogenannter Nachtwächterstaat zu sein und kein Wohlfahrtsstaat. Nolens volens trug Bismarck diesem Staatsverständnis Rechnung – bis er 1878 mit den Nationalliberalen brach. Nun war der Weg frei für die Bismarcksche Sozialgesetzgebung. Aufgrund seiner Überzeugung von der Aufgabe eines Staates, aber auch aus dem Wunsche heraus, die Arbeiterschaft für das Kaiserreich zu gewinnen, brachte er seine Sozialversicherungsgesetzgebung auf den Weg. Ein Baustein bildete dabei die heute noch bestehende Unfallversicherung. Vor 125 Jahren, am 6. Juli 1884, wurde das entsprechende Unfallversicherungsgesetz im Reichsgesetzblatt verkündet. *M. R.*



Freiballonaufstiege waren damals die Sensation: Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung (ILA) 1909 in Frankfurt am Main

Foto: Marton Siegeti

Die erste Luftfahrtmesse

Vor 100 Jahre begann in Frankfurt die Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung

Die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin (ILA) ist die bedeutendste Fachmesse der Luft- und Raumfahrtindustrie Deutschlands sowie neben dem Pariser Aérosalon und der Farnborough Air Show in England eine der größten und wichtigsten der Welt. In Frankfurt am Main fand sie unter der Bezeichnung „Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung“ (ILA) vom 10. Juli bis 17. Oktober 1909 erstmals statt.

Vor 100 Jahren richteten Frankfurts Stadtväter mit der Internationalen Luftschiffahrt-Ausstellung nicht nur die erste eigenständige Luftfahrtmesse der Welt, sondern auch die erste internationale Plattform für die flugtechnische Kommunikation in der noch jungen Luftfahrt aus. Was in den 100 Öffnungstagen des Sommers 1909 von den ILA-Veranstaltern in Frankfurt am Main nach nur einem Vorbereitungsjahr der faszinierten Bevölkerung und Fachwelt präsentiert wurde, war ein umfassender Überblick über den Stand des Luftschiffbaus und der Flugtechnik in Deutschland. Noch lag das Schwergewicht der gezeigten Produkte bei Luftschiffen und Ballonen. Großer Beliebtheit erfreuten sich die den Besuchern gebotenen Freiballonfahrten. Star der Ausstellung war allerdings bereits ein Flugzeug, das der Gebrüder Wright. Extra für die Ausstellung war es für eine Woche aus der Reichshauptstadt an die Mainmetropole verbracht worden. Aus deutscher Produktion war der Doppeldecker des Flugzeugkonstrukteurs August Euler zu sehen. Die Bilanz nach den 100 Tagen konnte sich sehen lassen. Die Ausstellung hatte 500 Aussteller mit eineinhalb Millionen Besuchern zusammengeführt – wobei manches Geschäft entstand. Orville Wright schreibt in einem Brief: „Bei der ILA ging es allein ums Geschäft.“

Aufgrund des großen Erfolges wurde bereits wenige Jahre später erneut eine Leistungsschau der Luftfahrtindustrie durchgeführt. Diese Allgemeine Luftfahrtausstellung (ALA) des Jahres 1912 fand bereits in Berlin statt. Inzwischen überwogen die Flugzeuge. Man sah sieben Luftschiffe, aber über 25 Flugapparate. Keines der bekannten Flugzeugwerke der damaligen Zeit ließ es sich nehmen, dabei zu sein und hier Flagge zu zeigen.

> Von Frankfurt ging es über Berlin und Hannover nach Berlin

Der Erste Weltkrieg und die Reglementierung der deutschen Luftfahrt durch den Versailler Vertrag führten dann jedoch zu einer etwas längeren Pause. Erst fast zwei Jahrzehnte nach der ersten ILA und zehn Jahre nach dem Ersten Weltkrieg gab es in Deutschland erneut eine Internationale Luftfahrtausstellung, im Oktober 1928 und wieder in Berlin. Veranstalter war der Reichsverband der Deutschen Luftfahrtindustrie in Verbindung mit dem Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin. Unter dem zwei Jahre zuvor errichteten Berliner Funkturm präsentierte sich auf dem Messegelände am Kaiserdamm in drei Ausstellungshallen die Luftfahrtindustrie aus 19 Ländern. Rund 150 Flugzeuge, viele Triebwerke und nahezu alles, was mit der Fliegerei zusammenhing, konnte vom 7. bis 28. Oktober 1928 von Publikum und Fachwelt bestaunt werden. Alle deutschen Flugzeughersteller von Rang und Namen zeigten ihre neuesten Entwicklungen. Die „Deutsche Luft Hansa“, mit mehr als 150 Maschinen damals die größte Fluggesellschaft der Welt, kam ebenfalls zur ILA und warb für die Vorzüge des Luftverkehrs.

Gleichfalls in der Reichshauptstadt widmete sich vier Jahre später die Deutsche Luftsport-Ausstellung (Dela) intensiv den sportlichen Aspekten des Fliegens. Die Ausstellerliste las sich wie ein „Who is Who“ der deutschen Luftfahrtunternehmen. Focke-Wulf, Heinkel, Klemm, Messerschmitt – alle waren nach Berlin gekommen.

Während der NS-Zeit gab es keine ILA, und nach dem Zweiten Weltkrieg war wie nach dem Ersten Deutschlands Luftfahrt durch die Sieger reglementiert. Als die Bundesrepublik Deutschland 1955 die Lufthoheit über ihrem Territorium erhielt, war der Grundstein für eine „Internationale Reiseflugzeugschau“ gelegt, die 1957 im Rahmen der Hannover Messe (HM) auf dem Flughafen Langenhagen gezeigt wurde. Sie war der Vorläufer einer mehr als 30jährigen ILA-Tradition in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Ende der 1950er Jahre wünschte sich die wieder erstarkende deutsche Luftfahrtindustrie ein Forum, das über die reine Reisefliegerei hinaus reicht. Deshalb rief der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), der 1955 als Nachfolger des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie gegründet worden war, im Jahr 1958 parallel zur Deutschen Industrie-Messe die „Sonderschau Luftfahrtgerät, Luftfahrtausrüstungen und -zubehör“ ins Leben. 1959 erfolgte die Umbenennung in „Deutsche Luftfahrtschau“, und 1960 beschloß der BDLI, die Messe statt jährlich fortan alle zwei Jahre alternierend mit dem Pariser Aérosalon durchzuführen. 50 Jahre nach der ILA des Jahres 1928 bekam die Luftfahrtschau ihr Traditionskürzel zurück. Seit 1978 heißt sie wieder „ILA“. Und auch auf den damaligen Namen wurde wieder zurückgegriffen, ergänzt um den Zusatz „und Raumfahrt“. Parallel wurde die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung vom Termin der Hannover Messe losgelöst, was ihr mehr Eigenständigkeit bringen sollte. Nach der Wiedervereinigung und der Rückgewinnung der Lufthoheit über Berlin entschied der BDLI, die ILA wieder in die Hauptstadt zu verlegen, wo sie seitdem auf dem Gelände des Flughafens Berlin-Schönefeld turnusmäßig durchgeführt wird – das nächste Mal vom 8. bis 13. Juni 2010. *Manuel Ruoff*

Gedenkmünze und Sonderbriefmarke

Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung ILA hat die Bundesregierung am 4. Juni eine Zahn-Euro-Silber-Gedenkmünze sowie eine Sonderbriefmarke herausgegeben. Münze und Briefmarke wurden erstmals anläßlich eines Festaktes zum 100. Geburtstag der ILA am 27. Mai im Palais am Funkturm in Berlin vorgestellt.

Auf der Bildseite der Gedenkmünze „100 Jahre Internationale Luftfahrtausstellung“ hat der Berliner Künstler Bodo Broschat durch eine Dreiteilung des Motivs das breite Spektrum der Luftfahrt dargestellt. „Die Frontansicht eines modernen Flugzeugs beim Anflug auf die Landebahn zeigt die volle Dynamik des Fliegens“, urteilte die Jury. „Die gesamte Bandbreite der Luft- und Raumfahrt wird hier von den Anfängen bis zur Gegenwart in interessanter Form vor Augen geführt“, so das Preisgericht weiter. Der Spannungsbogen reicht dabei von den Fluggeräten Otto Lilienthals bis hin zur Internationalen Raumstation ISS. Die Inschrift der Münze lautet „FASZINATION FLIEGEN * TRADITION * INNOVATION *“.

Seit dem Ausgabetag, dem 4. Juni 2009, ist die in München geprägte Münze in der Prägequalität „Stempelglanz“ zum Nennwert von zehn Euro bei den Filialen der Deutschen Bundesbank sowie vielen Banken und Sparkassen erhältlich. Die Auflage beträgt 1,65 Millionen. In der höherwertigen Sammlerqualität „Spiegelglanz“ ist die Münze in einer Auflage von 200 000 Exemplaren erschienen und kann zum Preis von 15 Euro bei der Verkaufsstelle für Sammlermünzen der Bundesrepublik Deutschland (VfS), 92626 Weiden, www.deutsche-sammler-muenzen.de, erworben werden. Ein Bezug der Münzen ist auch über den gewerblichen Münzhandel möglich.

Das Sonderpostwertzeichen „100 Jahre Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung“ zeigt als Markenmotiv das Plakat der ersten Internationalen Luftschiffahrtausstellung in Frankfurt am Main 1909. Die Grafikerin Andrea Voß-Akker aus Wuppertal hat diese Sondermarke gestaltet. Der Nennwert der Marke beträgt 55 Cent. Seit dem 4. Juni 2009 ist sie in den Filialen der Deutschen Post erhältlich. *PAZ*

Für ihn gab es wichtigeres als den Sieg

Der vor 100 Jahren, am 7. Juli 1909, in Nettlingen bei Hannover geborene „Tennisbaron“ Gottfried Freiherr von Cramm entsprach wie kaum ein anderer dem Idealbild des Sportlers. Der „Gentleman des weißen Sports“ verhielt sich wahrlich gentlemanlike. Ein schönes faires Spiel unter Sportskameraden war ihm wichtiger als der Sieg. Legendär ist, wie er 1935 einen Schiedsrichter zu seinen Ungunsten korrigierte. Bei einem Matchball des Gegners hatte der Unparteiische auf Aus entschieden. Cramm korrigierte ihn und verwies darauf, daß er gespürt habe, wie die Fasern des Balles seinen Schläger noch berührt hätten. Bei einem anderen Match bestand er darauf weiterzuspielen, obwohl sein Gegner sich durch eine regelwidrig lange Verletzungspause nach einem Sturz bereits disqualifiziert hatte. Beide Male verließ Cramm am Ende als Verlierer den Platz.

Doch nicht nur die Fairness war ihm wichtiger als der Sieg. Cramm war ein Ästhet. Die Bewegungen des Frauenschwarms und Freundes der schöner Autos waren voller Harmonie. „Er spielte schönes, einfach beneidenswert schönes Tennis, das war ihm wichtiger als der Sieg!“, so sein berühmter Freund und Gegner Donald Budge. Das Wimbledonfinale des Jahres 1937 zwischen dem Kalifornier und dem Preußen ist als eines der schönsten Spiele in der Geschichte des Welttennis eingegangen. Nach fünf Sätzen verließ Cramm als Verlierer den Platz.



Gottfried von Cramm Bild: Archiv

Den Sieger beglückwünschte der „gracious loser“, der noble Verlierer, mit den Worten: „Don, dies war das beste Spiel meines Lebens. Ich bin froh, es gegen dich, mein Freund, verloren zu haben.“

Wie in Wimbledon hatte Gottfried von Cramm es mittlerweile auch in der Weltrangliste bis zur Nummer 2 geschafft, aber die Nummer 1 zu werden war ihm in beiden Fällen nicht mehr vergönnt. Im darauffolgenden Sommer des Jahres 1938 befand sich „the best Player who never won Wimbledon“, der beste Spieler, der nie Wimbledon gewann, statt in dem Londoner Vorort im Strafgefangenenlager Rollwald. Im Mai des Jahres war der Sportler, der partout nicht NSDAP-Mitglied werden wollte, wegen homosexueller und Devisenvergehen zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt worden. Cramm wurde zwar bereits nach einem halben Jahr wegen guter Führung entlassen, aber er war nun vorbestraft und für die NS-Sportfunktionäre eine Unperson.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft konnte Cramm, politisch unbelastet und mit guten internationalen Kontakten zu einflußreichen Sportsfreunden, zwar seine Berufssportlerkarriere fortsetzen, aber den Zenit seiner sportlichen Leistungsfähigkeit hatte er überschritten. 1957 trat er vom internationalen Sport zurück und betätigte sich fortan wie viele ehemalige Berufssportler kaufmännisch. Am 9. November 1976 kam er bei einem Autounfall ums Leben. *M. R.*

Die Schuld liegt bei den Politikern

Zu: „Wir haben das Problem nicht im Griff“ (Nr. 25)

Ist es denn unser Problem? Wir haben die Folgen dieses Problems zu unserem Leidwesen zu tragen, nur verursacht haben wir sie nicht. Es kann auch nicht unsere Aufgabe sein, Migranten das Bett zu richten, sie müssen schon selber für sich sorgen. Türken, so habe ich den Eindruck, wollen sich zu einem Teil gar nicht integrieren, wobei sicher eine Rolle spielt, daß wir zu viele Ungebildete und Unqualifizierte in unser Land gelassen haben, die keiner braucht. Sie kommen in eine ihnen fremde Welt und hängen oft Lebens- und Verhaltensweisen an, die uns fremd sind. Kleidung, Auftreten und Religion fördern ihre Absonderung.

Sie überhaupt in unser Land gelassen zu haben fällt unter die Verantwortung deutscher Politiker, die die eigene Schuld bequem auf diejenigen umleiten, die mit ihrer Politik nicht einverstanden sind und integrationsunwillige Migranten ablehnen; sie werden einfach zu Ausländerfeinden und Rassisten gemacht.

Marko Casagranda, Lübeck

Die Türkei verfolgt eigene Ziele

Zu: „Der neue Traum von Größe“ (Nr. 25)

Dieser Traum von Größe hat die politische Klasse der Türkei wohl nie verlassen. Das macht sie zu einem Gegenüber, auf das kein Verlaß ist und von dem auszugehen ist, daß er immer seinem eigenen übergeordneten Staatsziel folgt.

Es ist zwar zu verstehen, daß unsere amerikanischen Freunde die Türkei als militärischen Verbündeten gut brauchen können und sie darum in die EU einbinden wollen, nur kann und darf uns das nicht hindern, dem einen Riegel vorzuschieben.

Die Türkei gehört nicht in die EU. Sie ist kein europäischer Staat. Ihre Bürger gehören zu großen Teilen einer uns fremden Kultur und Religion an, die auch expansive Züge trägt.

Schon vor über 20 Jahren habe ich von türkischen Schülern gehört, daß die Türkei Deutschland zu Hilfe geeilt ist, als uns dringend benötigte Arbeitskräfte fehlten. Die Türkei war der großzügige Helfer, wir der Bittsteller.

Albert Schmitt, Berlin

Ohne Wurzeln

Zu: „Soldaten fühlen sich allein“ (Nr. 25)

Haben wir Älteren nicht ein ganz falsches Bild von den Männern, die sich heute Soldaten nennen? Und die Jüngeren haben wohl überhaupt kein Bild, es sei denn, sie lesen Landserhefte über die Soldaten des Weltkrieges. Von denen trennen die Soldaten der Bundeswehr aber Welten. Sie dürfen sich nicht einmal an ihre Väter und Großväter erinnern, die die besten Soldaten der Welt waren und Wunder an Tapferkeit und Opferbereitschaft vollbracht haben.

Die Gegenwart hat heute andere Tugenden, wenn sie denn überhaupt welche hat. Wer will denn heute noch für sein Vaterland sein Leben einsetzen? Mit welcher Motivation sind die Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan? Auf keinen Fall sind sie von den Deutschen getragen, wie es unsere Soldaten des Zweiten Weltkrieges waren. Sie sind Soldaten ohne Wurzeln, und vielleicht darum auch allein.

Lisa Dragan, Peine



Sterben in Afghanistan: Dieser Auslandseinsatz der Bundeswehr ist bis heute nicht als Kriegseinsatz definiert. Bild: ddp

Lakai geworden

Zu: „Schneiderhan kritisiert Soldaten“ (Nr. 25)

Es hat Sinn, sich mit unserem obersten Soldaten zu beschäftigen, der sozusagen der Vollstrekker der Politik ist. Hier haben wir den deutschen Spitzensoldaten, der seine verteufelten Kameraden des Zweiten Weltkrieges mehrfach verraten hat. Er hat sich um persönlicher Vorteile willen zum Handlanger machen lassen.

Millionen unserer gefallenen Soldaten würden sich voll Abscheu von ihm wenden. Natürlich ist er nur der Arm der Politik, die die Verantwortung für sein Tun trägt. Doch niemand zwingt mich, ihr Lakai zu sein.

Hartwin Kügler, Heilbronn

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Vertriebene setzten auf Versöhnung

Zu: „Nein zur Aufrechnung“ (Nr. 16)

Könnten wir uns vorstellen, daß Belgien nach dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg die Bewohner von Eupen, Malmedy und St. Vith samt und sonders aus dem hinzugewonnenen Staatsgebiet entfernt hätte? Den deutschsprachigen Elsässern und Lothringern blieb wenigstens die Wahl zwischen den Nationalitäten. Anders in Ost- oder Westpreußen, Schlesien oder dem Sudetenland.

Die Menschen, die dort Haus und Hof, nicht selten sogar ihre Familien verloren haben, sind – oft schon lange vor dem Fall der Mauer – scharenweise in ihre Dörfer und Städte gefahren und haben den Bewohnern ihrer Häuser, ihrer Wohnungen, den Bauern auf ihren ehemaligen Äckern die Hand gereicht und häufig sogar feste Freundschaften mit ihnen geschlossen.

An dieser positiven Entwicklung haben die Kreisgemeinschaften (Tilsit, Rößel, Allenstein ...), die Landsmannschaften und ebenso der viel geschmähte Bund der Vertriebenen einen gehörigen Anteil. Auch seine Vorsitzende, Frau Erika Steinbach, MdB.

Diese zigtausendfachen persönlichen Begegnungen wurden – von weiten Teilen der Bevölkerung unbemerkt – zum gelungensten und kostengünstigsten Versöhnungswerk der Nachkriegsgeschichte.

Frau Steinbach hat erklärtermaßen vor allem deshalb gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und gegen die Aufnahme Polens in die Europäische Gemeinschaft gestimmt, weil tragfähige Regelungen für unzählige Eigentumsfragen zwischen den Staaten erst noch getroffen werden müssen. In dieses Vakuum stieß nun die „Preußische Treuhand“ hinein und rechtfertigt nachträglich das Stimmverhalten der CDU-Abgeordneten, die sich dennoch deutlich von der Treuhand distanziert. Erika Steinbach mit Bischof Richard Williamson zu vergleichen oder sie als SS-Puppe zu verbrennen stößt nicht nur bei Vertriebenen und deren Nachfahren auf Unverständnis. Es könnte sogar das groß angelaufene Versöhnungsbemühen diesseits und jenseits der Oder-Neiße-Linie empfindlich stören.

H.-G. Salm, Gondenbrett

Schäuble kann sich nicht vorstellen, was das für uns bedeutet

Zu: „Schlimmste Sorge bestätigt“ (Nr. 26)

Sehr schön, daß Herr Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Vorsitzenden der Landsmannschaften angeschrieben hat und um Verständnis für den Vorgang geworben hat. Ein aus dem Badener Ländle stammender Innenminister kann sich, wie auch so vieles andere was die Vertriebenen anbetrifft, natürlich nicht vorstellen, was es für einen Deutschstämmigen, der nach 1945 im polnischen Verwaltungsgebiet geboren wurde, bedeutet (wenn auch nur zur Identifikation) als Pole identifiziert zu werden. Man fragt sich automatisch, was steckt dahinter?

Was bewegt eine deutsche Regierung, ohne Notwendigkeit, den Tag des Gebietsübergangs der Oder-Neiße-Gebiete an Polen auf den 2. August 1945 vorzuverlegen? Da der zuständige Minister der gleiche ist, der auch die Rückgabe des enteigneten Besitzes (1945 – 1949) in den neuen Bundesländer an die ehemaligen Besitzer verhindert hat, ist zu befürchten, daß auch mit dieser Maßnahme eventuelle zukünftige Forderungen, an wen auch immer, nach Entschädigungen verhindert werden sollen.

Man sollte Herrn Minister Schäuble daran erinnern, daß auch die Vertriebenen beziehungsweise die nach 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten Geborenen Deutsche sind, für deren Rechte er einzutreten hat.

Ich bin sicher, die Vertriebenen werden sich bei der nächsten Bundestagswahl an dieses Unrecht sehr wohl erinnern.

Herbert John, Völklingen

Bereits 1927 gab es Stimmen, die mehr wollten

Zu: „Auch London kritisierte Polens Politik“ (Nr. 24)

Gerade gestern aus Ostpreußen zurückgekehrt, fand ich hier die *PAZ* mit dem Artikel vor, der mich insofern interessierte, weil – ohne davon zu wissen – diese Thematik auch ein Gesprächsthema in Ostpreußen gewesen war. 1927 erschien nämlich ein Buch mit dem Titel „Poland and the Baltic“, dessen Autor Henryk Baginski Offizier im Generalstab der polnischen Streitkräfte war. Darin heißt es: „So lange wird nicht Frieden in Europa herrschen, bis nicht alle polnischen Länder vollkommen an Polen zurückgegeben sein werden.“ Die in Ihrer Zeitung veröffentlichte Landkarte bestätigt in der Tat diese Aussage. Vermutlich war sie es auch, die der belgische Journalist Ward Hermanns im Sommer 1939 bei einer Reise durch Polen entdeckte und in der, wie er berichtete, ein großer Teil Deutschlands bis in die Nähe Berlins, überdies Böhmen, Mähren, die Slowakei, ein riesiger Teil Rußlands und das gesamte Baltikum als zu Polen gehörig eingezeichnet waren.

Aufschlußreich ist umgekehrt jedoch auch die Tatsache, daß im selben Jahr, als das erwähnte Buch von Baginski erschien (1927), Polens großer Staatsmann Josef Pilsudski den deutschen Außenminister Gustav Stresemann bat, den Bewohnern Ostpreußens mitzuteilen, daß er ihr Gebiet als „unzweifelbar deutsches Land“ betrachte. Wörtlich ließ er ausrichten: „Das ist von Kindheit an meine Meinung, die nicht erst einer Volksabstimmung bedurfte. Und daß dies meine Meinung ist, können Sie Ihren Ostpreußen in einer öffentlichen Versammlung in Königsberg sagen.“

Wolfgang Reith, Neuss

Kriegsbeginn 1939

Zu: Zeitzeugen gesucht

Wenn Sie sich an Ereignisse bei Kriegsbeginn 1939 in den Grenzgebieten zwischen dem damaligen Polen und dem Deutschen Reich erinnern, die direkt mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht zusammenhängen, dann melden Sie sich bei der Vidicom Media GmbH & Co. KG, Nadine Klemens, 20249 Hamburg, Geffckenstr. 15, Telefon (040) 222133 und Mobil 0176/21712103 oder klemens@vidicom-tv.com, die für einen Dokumentarfilm solche Personen sucht.

Nadine Klemens, Hamburg

Brüsseler Bürokratie ist zum Großteil parlamentarisch nicht legitimiert

Zu: „Die EU ist mehr als eine Wirtschaftsunion“ (Nr. 23)

Es kommt selten vor, daß ich bei den Beiträgen in der *PAZ* anderer Meinung bin. Bei diesem Beitrag bin ich es.

Ich sehe die EU aus der Sicht der Kriegsgeneration. Wir waren besiegt, entrechtet, am Boden. Europa als Vision war unsere einzige Hoffnung, wieder Grund unter die Füße zu bekommen. Europa merkte allerdings, es geht nicht ohne Deutschland. Aber bitte nicht als stärkste Kraft. So entstanden die verschiedenen Vorläufer der heutigen EU wie die Montan-Union. Ziel war eindeutig ein „Versailles neuer Art“ für die Wirtschaft. Für das militärische Versailles neuer Art wurde die Nato gebildet. So weit so gut. Damals konnten wir damit leben. Mit der Bildung der Europäischen Union begann das Problem.

Das Volk wurde nicht zum Grundgesetz befragt, es wurde nicht zum Eintritt in die Nato befragt, es wurde nicht zu den verschiedenen Europäischen Verträgen befragt. Also besteht kein Anlaß, an Wahlen zu diesen (nichtgewollten) Gremien teilzunehmen.

Es entwickelte sich aber inzwischen eine Bürokratie in Brüssel, die parlamentarisch nicht legitimiert ist (warum also wählen?), inzwischen aber in die Sphäre des Bürgers eingreift und bestimmt, welche Glühbirnen ich in meiner Lampe haben darf und welche nicht, wie krumm die Gurken sein dürfen und ob Opel Subventionen haben darf und warum nicht Arcandor.

Gleichzeitig gibt es aber kein gemeinsames Sozialsystem, kein kompatibles Rechtssystem, kein kompatibles Steuersystem, kein kompatibles Arbeitsrechtssystem, kein kompatibles Mehrwertsteuersystem, kurz keine wirtschaftliche Harmonisierung, aber in alles und jedes den Eingriff von Brüsseler Behörden. Dabei frage ich mich, warum wir noch ein deutsches Verfassungsgericht, Verwaltungsgericht, Arbeitsgericht brauchen. Solange die Europäische Union noch eine Europäische Union war, war alles noch erträglich. Die Zentraleuropäer hatten eine weitgehend gemeinsame ethnische, wirtschaftliche, soziale Basis. Bis dahin machte die Zusammenarbeit noch Sinn. Über die offensichtlichen Mängel wie die klare Benachteiligung Deutschlands bei den Wahlen, der Repräsentation, der Verteilung der Kosten und, und, und sah man hinweg, solange die Kosten erträglich waren, und es nicht ans „Eingemachte“ ging.

Mit der „Wende“ der dann folgenden „Osterweiterung“ begann für mich dann die „Natoisierung“ der EU unter brutaler Verletzung geopolitischer Absprachen. Die Aufnahme der (auch ideologisch) Kranken des Ostblocks bedeutet das Ende einer „europäischen Renaissance“. Sie ist vergleichbar mit dem Aufkauf „toxischer Papiere“ aus jüngster Vergangenheit. Ich habe noch kein Organisationsschema gesehen mit 27 gleichberechtigten Stimmberechtigten. Aus der militärischen Praxis des Autors Jörg Schönbohm müßte das doch auch für ihn ein Albtraum sein. Diese bewußte Paralysierung Europas führt zwangsläufig mit der Frage „cui bono“ – wem nützt das – zu dem Urheber. Sind wir uns bis dahin einig?

Das Volk hat an europäischen Verträgen, Entscheidungen nie teilgenommen, warum sollte es jetzt zur Wahl gehen?

Die Frage, ob Deutschland heute ohne die EU wirtschaftlich besser dastehen würde als mit, ist – für mich – eindeutig: Ein selbständiges, unabhängiges Deutschland ohne die Fesseln und die Fußkranken der EU stände heute wesentlich besser dar. Quod errat demonstrandum!

Dr. Hans-W. Wittmeier, Rösrath

Ferngelenkt

Zu: „Die Stasi und die Studentenrevolte“ (Nr. 24)

Ja, die Stasi. Sie war doch ungemein tüchtig, wozu auch westdeutsche Helfer gehörten. Und nun können wir auch davon ausgehen, daß die Studentenrevolte von der Stasi gesteuert worden ist. Es ist nichts mit den großartigen Revolutionären, die eine neue Ordnung anstrebten. Sie waren letztendlich nur ferngelenkt. Das muß doch bedrückend sein, zumal, wenn man von seinem Handeln überzeugt war.

Respekt vor den Leistungen der Staatssicherheit der DDR. Sie hat ihre Aufgaben sicher besser bewältigt als vergleichbare Organe der Bundesrepublik.

Norbert Anton, Moers

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 4. Juli 2009

MELDUNGEN

»Te Deum« von Matthus im Dom

Königsberg – Siegfried Matthus hat für die musikalische Weihe der wiederaufgebauten Frauenkirche in Dresden im Jahre 2005 ein „Te Deum“ komponiert. Dieses Werk wird er mit dem Sinfonieorchester Königsberg unter Leitung von Arkadi Feldman am Donnerstag, dem 17. September, im Königsberger Dom aufführen. Das „Te Deum“ enthält neben den liturgischen Passagen eine große Anzahl von Zeitdokumenten, die von der Zerstörung und dem Wiederaufbau der Frauenkirche berichten und in eine große Friedensbotschaft münden. Das Schicksal der Frauenkirche ist vielen anderen Kirchen in Deutschland und auch dem Königsberger Dom beschieden gewesen. Siegfried Matthus ist in Ostpreußen geboren – und so hat diese Aufführung auch noch einen besonderen biographischen Hintergrund. Nähere Informationen über die Veranstaltung erteilt Natalia Romanova, Mühlendamm 84 a, 22087 Hamburg, Telefon (040) 22697074, Fax (040) 22697095. *PAZ*

Copernicus-Grab in Planung

Allenstein – Der berühmte Astronom Nicolaus Copernicus soll in der Kathedrale von Frauenburg ein würdiges Grab erhalten. Der Weihbischof der Ermländischen Erzdiözese, Jacek Jezierski, gab nun bekannt, daß die metropolitane Kurie in Allenstein die Annahme von Entwürfen für die Ausgestaltung des Grabes beendet hat. Die Ausschreibung lief seit Ende März. Jezierski hat nicht verraten, wie viele Entwürfe eingegangen sind, er sagte lediglich, daß noch diesen Sommer die beste Arbeit bekannt werde – Jezierski ist Vorsitzender der entsprechenden Jury. Hauptpreis des Wettbewerbs ist der Zuschlag für die Errichtung des Denkmals, neuer Beisetzungsort ist der Seitenaltar des Heiligen Kreuzes in der Frauenburger Kathedrale. Dort fanden Archäologen im Jahre 2005 auch die Überreste, die, wie Untersuchungen zeigten, zu Copernicus gehören. Bischof Jezierski sagte, daß die Kurie im Gegensatz zu aktuellen Medienspekulationen keine Zweifel an der Identität der Gebeine habe. Ihre endgültige Beisetzung ist für Juni 2010 geplant. *PAZ*

Giftgrüner und stinkender Teich

Neuhausen – Gestank und die giftgrüne Verfärbung eines Teichs hat die Bewohner eines Dorfes nahe Neuhausen beunruhigt. Weil sie am Ufer leere Flaschen fanden, glaubten sie an eine chemische Verunreinigung. Die örtlichen Behörden untersuchten das Wasser und kamen zu dem Schluß, es handele sich um ein ökologisches Problem. Gefahr für Mensch und Tiere bestehe nicht, die Erscheinung sei von früheren Jahren bekannt. *MRK*

Referendum über das Stadtschloß

Der Vorschlag des Gouverneurs des Königsberger Gebietes wirft viele Fragen auf

Das Für und Wider eines Wiederaufbaus des Königsberger Schlosses beschäftigt seit langem die Gemüter. Mit dem Vorschlag von Gouverneur Georgij Boos, die Bürger in einem Referendum selbst abstimmen zu lassen, bekam die Frage eine neue Wendung.



Noch steht hier das „Haus der Räte“: Muß es bald dem Wiederaufbau des Stadtschlosses weichen? Bild: Tschernyschew

Auf einer Sitzung der Gebietsregierung hat Gouverneur Boos erklärt, daß die Stadtbewohner über das endgültige Schicksal des Königsberger Schlosses abstimmen sollen. Doch die Initiative für ein Referendum wirft neue Fragen auf, ohne deren Klärung ein Wiederaufbau des Schlosses unwahrscheinlich ist.

Wo einst das Schloß stand, befindet sich heute ein Komplex mit Verkaufs-Pavillons mit der Bezeichnung „Staraja Baschnja“ (Alter Turm). Auf der Sitzung wurde vorgeschlagen, die Pavillons einfach an einen anderen Ort zu verlegen, aber ob die Möglichkeit hierzu überhaupt besteht, blieb unklar. Diese Pavillons entstanden Mitte der 90er Jahre. Die Ladenbetreiber könnten Entschädigung verlangen.

Doch das dürfte nicht der einzige Haken sein. Ungefähr die Hälfte des Territoriums, auf dem sich früher das Königsberger Schloß befand, hat seit über 30 Jahren das Haus der Räte eingenommen. Dieses epochale Gebäude wurde Anfang der 60er Jahre unter dem Einfluß des damals modernen Architekturkonzepts der Avantgardebauten in der brasilianischen Hauptstadt Brasil erbaut. Für das Haus der Räte, in dem die Stadtverwaltung und die Parteiorgane Ende der 80er Jahre untergebracht werden sollten, wurde eine Unmenge Geld ausgegeben. Doch dann kam die Perestrojka, die Regierung wechselte und das Haus der Räte blieb ein unvollendetes Denkmal der sowjetischen Vergangenheit. In den letzten 15 Jahren wechselten ständig die Eigentümer. Jeder änderte ein bißchen was an dem Gebäude, seltsame Gerüchte rankten sich darum. Vor einigen Jahren wurde das Haus der Räte an die Moskauer Firma „Prostostroj“ für die lächerliche Summe von sieben Millionen Rubel (rund 160 000 Euro) verkauft, obwohl es laut Gutachten viel mehr wert war, schließlich ist es 32 000 Quadratmeter groß.

Vor kurzem befand ein Schiedsgericht den Direktor des „Kultur- und Geschäftszentrums“ für schuldig, das Gebäude illegal unter Preis verkauft zu haben. Die Organisation „Kultur- und Geschäftszentrum“ wurde auf paritätischer Grundlage mit dem Komitee für städtischen Grundbesitz in Königsberg und dem Komitee für Grundbesitz im Königsberger Gebiet gegründet, um die Bemühungen um die Vollendung von Bauten zu bündeln und diese anschließend gewinnbringend zu verkaufen. Stattdessen entstanden Verluste. Doch der Richterspruch brachte das Gebäude nicht in den Besitz der Stadt zurück. Zur Zeit gehört das Haus der Räte einer Moskauer Firma namens „Infofintrust“.

Dies ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere, und zwar die wichtigere, betrifft die öffentliche Meinung der Königsberger und der Bewohner des Königsberger Gebiets. Viele würden sich freuen, die Perle Königsbergs – das Schloß – in neuem Glanz zu sehen. Doch in Zeiten der Wirtschaftskrise werten viele die Initiative des regionalen Regierungsoberhaupts als banalen Versuch, von wichtigen Problemen abzulenken und Popularität außerhalb der Russischen Föderation, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, zu gewinnen.

Das Königsberger Gebiet gehört laut russischer Statistik zu den Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit am schnellsten steigt. Der Rückgang der Industrieproduktion beträgt aktuell etwa 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zu einem Zeitpunkt, da die Kulturförderung um die Hälfte gekürzt wurde, wegen fehlender Mittel viele medizinische Einrichtungen geschlossen werden, die Leute stundenlang auf einen Krankenwagen warten müssen, wenn sie außerhalb der Großstadt leben, erscheint der Wunsch nach einer Wiedererrichtung des Schlosses angesichts der leeren Kassen widersinnig.

> »Perle Königsbergs« in neuem Glanz erstehen lassen

Der Idee des Schloß-Wiederaufbaus stehen auch Kultur- und Architekturvereine negativ gegenüber. Sie meinen, daß von einem Wiederaufbau ohnehin keine Rede sein könne, weil es nichts aufzubauen gäbe. Man könne höchstens von einem Neubau sprechen, aber das neue Schloß würde in dem vorhandenen Gebäudeensemble der Stadt nie die dominierende Rolle spielen, die es einst in Königsberg hatte.

Die Architekten fragen sich, wie ein Schloß wohl aussehen würde, das von Gebäuden aus der Chruschtschow-Zeit umgeben ist. Viele glauben, daß es absurd aussehen müßte. Selbst wenn es gelingen sollte, die Geschäftspavillons mit der Bezeichnung „Staraja Baschnja“ zu entfernen, so würde sich sicher niemand mit den großen Handelskomplexen auseinandersetzen wollen. Darüber hinaus bleibt bei der allgegenwärtigen verdichteten Bebauung kaum noch Platz für den Wiederaufbau. Vergleicht man Königsberg mit Danzig, wo das gesamte Zentrum fast vollständig wiedererrichtet wurde und das nun viele Touristen aus aller Welt an zieht, die sich die einzigartige Schönheit der Hansestadt ansehen wollen, so muß man zugeben, daß so etwas wie in Danzig in Königsberg nicht mehr möglich ist. Deshalb erscheint die Frage eines Referendums über den Wiederaufbau des Königsberger Schlosses wie aus dem Nichts gegriffen. Aus der vielfachen Resonanz der Bürger wird deutlich, daß sie insgesamt zwar für die Restaurierungen und Wiederherstellung historischer Bausubstanz sind, aber nicht für die untergegangener, sondern für die noch erhaltener. Dennoch gibt es genauso viele Menschen, die nicht eindeutig Position beziehen. Wenn man sich die Probleme mit der Verkehrsüberlastung im Zentrum Königsbergs, den schlechten Zustand der Straßen, die Baufälligkeit vieler Wohnhäuser vor Augen führt und die Notwendigkeit einer zweiten Umgehungsstraße sowie vieles andere berücksichtigt, was die Königsberger beklagen, so scheint die Durchführung eines Referendums schon jetzt sehr zweifelhaft.

Jurij Tschernyschew

Fahrten in Sperrgebiete

Passierschein für Tilsit, Rominter Heide und Elchniederung

Im Königsberger Gebiet gibt es in grenznahen Bereichen gesetzliche Sperrzonen. Was als Schutz vor illegaler Migration und Schmuggel gedacht ist, erweist sich oft als hinderlich für Reisende. In einem fünf bis sieben Kilometer breiten Streifen entlang der Staatsgrenze darf sich kein Tourist ohne Genehmigung aufhalten. Von dieser Regelung sind die Rominter Heide, die Wälder der Elchniederung am Kurischen Haff, aber auch Tilsit, Preußisch Eylau und Darkehmen betroffen. Für Städte mit Grenzübergang benötigt selbst derjenige einen Passierschein, der von der direkten Zufahrtsstraße abweicht, um das Zentrum zu besichtigen. Wer Reisen in Sperrzonen plant, sollte sich schon vor Reiseantritt um einen Passierschein (Propusk) bemühen.

Seit 2008 wurden die Kontrollen verschärft. An den Straßen in Grenznähe stehen blauweiße Warnschilder in russischer und englischer Sprache, die auf das Sperrgebiet hinweisen. Am besten ist es, vor Reiseantritt bei einem deutschen Reisebüro den Propusk zu beantragen. In Ostpreußen bekommt man ihn entweder direkt bei der Grenzschutzkommandantur in Königsberg (Telefon 007/4012/452471) oder bei einer ortsansässigen Reiseagenturen (beispielsweise Anjuta, Telefon 007/04012/210742). Wichtig ist dann, ihn frühzeitig, etwa vier Wochen vor Reiseantritt zu beantragen. Es müssen alle Orte, die man aufsuchen möchte, angegeben sein. Es reicht auch nicht mehr aus, wenn der Reiseleiter einen Passierschein hat. Inzwischen muß jeder Reisende persönlich einen Propusk vorweisen. *MRK*

Moskau blieb fern

Manöver »Baltops« ohne Russen

Die von Memel aus operierende litauische Marine hat sich auch in diesem Sommer wieder an der großen multinationalen Marineübung „Baltops“ beteiligt. Rund 50 Kriegsschiffe aus zwölf Staaten übten gemeinsam Luftabwehr, U-Boot-Bekämpfung und Terroristenjagd. Wie schon in den Vorjahren wurden bei der Übung auch dieses Mal wieder Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkrieges wie Minen und Torpedos geborgen. Neben den Nato-Mitgliedern Estland, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Lettland, Litauen, Holland, Polen, Großbritannien und den USA beteiligten sich auch Seestreitkräfte aus Schweden und Finnland.

Rußland blieb der Übung – wie schon im Vorjahr – mit Verweis auf die militärische Aggression Georgiens und die zwielichtige Rolle der USA dabei fern. Dafür kritisierte die russische „Prawda“, daß die beiden neutralen Teilnehmer nicht nur mit Kriegsschiffen an der Übung beteiligt waren, sondern auch Flugplätze und andere Infrastruktur zur Verfügung gestellt haben. *Hans Lody*

Das Ostpreußenblatt
Preußische Allgemeine Zeitung

Medaillen »Für besondere Verdienste«

Der „Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VDG), die Dachorganisation der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen mit Sitz in Oppeln, würdigt 166 Personen für ihre Verdienste um die Förderung der deutschen Identität, Sprache und Kultur mit der Medaille „Für besondere Verdienste“. Unter den Ausgezeichneten befinden sich 15 Mitglieder der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) der Landkreise Neustadt und Neiße in Oberglogau. Auf einer Verleihungszeremonie im Oberglogauer Kulturhaus, zu der auch der Bürgermeister der Stadt erschienen war, kündigte die Vorsitzende der Medaillen-Jury Barbara Kaczmarczyk an, daß das Gremium im Herbst über weitere von ihren jeweiligen SKGD-Ortsverbänden für das Ehrenzeichen empfohlene Personen entscheiden werde. *PAZ*

Medientage in Stettin

Warum wir einander so wenig kennen – Viel Prominenz, wenig Beachtung

Das Motto der zweiten deutsch-polnischen Medientage in Stettin mit über 300 geladenen Gästen und Journalisten lautete „20 Jahre später?“. Diskutiert wurde unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert über die gegenseitige politische Bedeutung der beiden Länder im besonderen Hinblick auf die historischen Umbrüche in Europa 1989/90 und deren teilweise sehr kritisches Verhältnis im Verlauf der letzten Jahre.

Hochrangige Gäste der in diesem Jahr östlich der Grenze, in Stettin, stattfindenden deutsch-polnischen Medientage waren Lech Walesa und Dietrich Genscher. Sie diskutierten mit Journalisten über die Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen, das Verhältnis beider Länder zu den USA und über den Zustand der europäischen Medien.

Überwiegend wurde das angespannte Verhältnis beider Länder thematisiert und die Aufgabe der Medien, durch ihre Berichterstattung Vorurteilen und festgefahrenen Meinungen entgegenzuwirken.

Bereits während der feierlichen Eröffnung in der Stettiner Schloßoper betonte Albrecht Lempp von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit die große Bedeutung kompetenter Journalisten, deren Darstellungen maßgeblich zur Wahrnehmung des jeweils anderen Landes beitrage. So sei die Konferenz ein Ausdruck des Strebens nach einer kompetenten, wohlüberlegten, aber auch manchmal kritischen Information.

Politisch hätten sich beide Länder im Verlauf der letzten 20 Jahre durchaus aufeinander zubewegt, schrieb die regionale Tageszeitung „Kurier Szecinski“ und unterstütze somit die Aussage von Hans Dietrich Genscher. Dieser betonte in seinem Gespräch mit Lech Walesa, man habe in Deutschland alles gemacht, um sich an Polen anzunähern, auch wenn es nicht allen gefallen habe. Er räumte jedoch ein, daß Diplomatie nicht mit dem täglichen Leben gleichzusetzen sei. Auch würde in deutschen Medien viel zu wenig über Polen berichtet.

Allerdings verhält es sich genauso mit der polnischen Presse, die sich mit dem Nachbarland kaum intensiv auseinandersetzt. Auch wenn Walesa dies kritisch betrachtet und er sich ein breiteres Interesse von beiden Seiten wünschen würde, so sieht er noch einen langen Weg, bevor beide Länder zusammenwachsen können.


Stettin: Bürgerhäuser
Foto: Internet

Richtige Freunde könnten erst die nächsten Generationen der Polen und Deutschen werden, hatte er erklärt und fügte halb im Spaß, halb im Ernst hinzu – Polen muß erst aus den Ruinen auferstehen: „Und bevor wir das geschafft haben und die Nachbarn überholt haben, werden wir uns über sie beklagen.“

Annette Dittert, Auslandkorrespondentin der ARD in London, lobte den Dialog: „Ich glaube, so ein Forum ist wichtig, auch wenn es entspannter zugeht als noch vor einigen Jahren, als ich noch in Polen gearbeitet habe. Es ist wichtig, daß wir überhaupt miteinander diskutieren.“

Den Höhepunkt und optimistischen Abschluß der Veranstaltung bildete die Verleihung des Deutsch-Polnischen Journalistenpreises in den drei Kategorien Presse, Fernsehen und Hörfunk. Die Preisträger wurden für ihr Engagement zur Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses geehrt, aber auch für die vorbildliche Erweiterung des Wissens von Deutschen und Polen übereinander.

Nur schade, daß die Medien über die hochrangig besetzte Veranstaltung – zu den Referenten gehörten der deutsche Manager Horst Teltschik und Polens früherer Präsident Aleksander Kwasniewski – und deren Ergebnisse kaum berichtet haben. Vielleicht nächstes Jahr ... *Anna Gaul*

Die ostpreußische Familie

**Lewe Landlied,
liebe Familienfreunde**,

Johanni ist vorbei, der Sommer ist jung und lockt zum Reisen. Auch wenn man nicht mehr an die Schulferien gebunden ist, genießt man gerne diese Zeit, vor allem, wenn die Fahrt in die Heimat führt, denn die Tage sind lang und die Nächte hell, man kann die Stunden am heimischen Strand voll auskosten. Das haben auch **Heinz Adomat** und seine Frau **Hannelore** immer getan, haben ihren Kindern die eigene Kindheit auf den Reisen nach Ostpreußen und da besonders in die Heimatstadt von Heinz Adomat, Pillkallen, nachvollziehbar gemacht. Aber nun sind ihre drei Kinder groß und ihre eigenen Wege gegangen, da haben sie zwangsläufig die Erinnerungen an die Heimat ihres Vaters verdrängt. „Dachten wir!“ schreibt der Studiendirektor i. R., aber dann kam eine wunderbare Überraschung: „Doch nach nunmehr fast 40 Jahren riß plötzlich der Vergangenheitsschleier und zeigte uns, daß das, was sie als Kinder erlebt hatten, tief in ihnen weiterwirkte. Denn unser Sohn **Peter** hatte sich ein Hochseesegelboot mit allen Finessen gebaut und stand nun eines Tages vor dem Problem der Namensgebung. Und in einer stillen Stunde verriet er sein Geheimnis: Er wolle das Boot in Erinnerung an Ostpreußen auf den Namen der Heimatstadt seines Vaters taufen: Pillkallen! Natürlich waren wir zu Tränen gerührt, als wir von seinem Entschluß hörten, zeigte er uns doch damit, daß die Kindheitserlebnisse viele Jahre geschlummert haben und nunmehr wieder aufbrachen, und – wenn wir nicht sein werden –, die Erinnerung an das schöne Land im Osten über Generationen aufrechterhalten bleiben wird.“

Und die jüngste Generation war schon voll im Einsatz, als am 1. Mai die Bootstaufe im Hafen von Mainz-Gustavsburg stattfand. Sohn Peter hatte als Eigner des Schiffes dazu eine kleine Tauflegende verfaßt, die unter dem Motto „Wo Pillkallen ist, ist oben“ stand – so lautet auch der Titel des Buches, das sein Vater geschrieben hat. Und natürlich fehlte in dieser Tauflegende, die jeder der geladenen 30 Segelfreunde mit Staunen und Vergnügen las, auch nicht das Poem von Heinz Adomat über den „Pillkaller“, der – mit Leberwurst und Mostrich – als stilechter Tauftrunk gereicht wurde. Zuvor hatten die Urenkel **Philipp** (10) und **Paulinchen** (5) als vierte Generation dem Boot „eine gute Fahrt und immer eine Handvoll Wasser unter dem Kiel“ gewünscht. Und so wünschen wir auch dem Schiff, das mit den Worten von Sohn Peter und seiner Frau **Claudia**, den Namen „Pillkallen“ über alle Meere tragen soll.

„Pillkallen“: Am 1. Mai wurde das Boot in Mainz-Gustavsburg auf den ostpreußischen Städtenamen getauft.
Bild: privat

Und sollten Sie der „Pillkallen“ irgendwo einmal begegnen, werden Sie sich wohl ebenso freuen wie Frau **Ute Eichler**, als sie in Heiligenhafen in Schleswig-Holstein einen Kutter mit dem Namen „Ostpreußen 1“ entdeckte. Das bedeutet für uns immer: Kurs Heimat!

Wir können so viel weitergeben, wenn wir offene Ohren und wache Augen finden. Und das ist bei unserer jungen Leserin **Karen Baum** aus Allensbach der Fall. Sie möchte zusammen mit ihrem Freund im nächsten Juni nach Ostpreußen fahren, in die Heimat ihrer Mutter, nach Königsberg und Labiau. Frau Baum betreibt seit einigen Jahren Ahnenforschung und würde gerne, soweit noch möglich, auf Spurensuche gehen. Das Paar möchte aber flexibel sein und deshalb mit dem Auto fahren. Natürlich sind sich Frau Baum und ihr Freund der Schwierigkeiten bewußt, die sich auf solch einer Reise ergeben könnten, und bittet deshalb unsere Leserinnen und Leser um Hinweise und Tipps aufgrund eigener Erfahrungen, vor allem, was die Unterkünfte betrifft. Da die Reise ja erst im nächsten Jahr stattfindet, wäre es ratsam, wenn sich Auskunftsbereite erst nach Rückkehr von ihren Reisen bei Frau Baum melden würden, um ihre neuesten Erfahrungen mitteilen zu können. (Karen Baum, Radolfzeller Straße 75 in 78476 Allensbach, Telefon 07533/3306, E-Mail: k-bäeumchen@web.de)

Wie es zu unverhofften Begegnungen und Zusammenführungen auf solch einer Heimatreise kommen kann, schildert uns Frau **Karin Haupt** aus Kiel. Vor einem Jahr hatten wir den Wunsch ihres Ehemannes **Volkmar Pellner** gebracht, der die Heimat seines Vaters durchleuchten wollte, der auf dem Vorwerk Ernstfelde bei Zinten aufgewachsen war und als 14jähriger das Fluchtfahrzeug über das Eis des Frischen Haffes gelenkt hatte. Die große Sehnsucht trieb nun den nachgeborenen Sohn wieder in die Heimat seiner Vorfahren, und was auf dieser vor wenigen Wochen unternommenen Reise geschah, schildert seine Frau Karin:

„Wir waren 28 Mitreisende in dem Bus und kannten niemand in der Runde, hatten aber gleich das Gefühl, in einer großen Familie willkommen zu sein. Eines abends gesellte sich im Hotel eine Mitreisende zu uns, die am Nebentisch saß, und fragte uns, wo wir hinwollten, was und wen wir suchten. Nach Ernstfelde, dem Vorwerk, das leider 1945 ausgelöscht wurde – so erklärten wir. Sie sah uns mit großen Augen an und sagte, daß sie aus der Gegend stamme und jahrelang auf dem Schulweg an dem Vorwerk vorbeigekommen sei. Sie konnte sich noch sehr gut an die weißen Häuser erinnern. Für uns war es das erste Mal, daß wir auf unserer Suche einem Menschen begegneten, der Ernstfelde kannte. Bisher war unsere einzige Zeitzeugin Frau **Eva Manthey** geborene **Schwarz**, die dort 1932 geboren wurde. Sie hat uns sehr spannend über das Vorwerk und die Menschen, die dort lebten, erzählt. Von ihr wissen wir auch, wann 1945 der Treck zur Flucht aufbrach, und sie konnte genau sagen, wo das Haus, in dem die Familie Pellner wohnte, gestanden hat. Wir tauschten noch im Hotel unsere Adressen aus. Zuhause in Kiel angekommen haben wir gleich versucht, Frau Manthey zu erreichen, die in der Nähe von Ratzeburg wohnt. Als wir ihr von der Begegnung erzählten und den Namen der Dame nannten, sagte sie sofort: Klar kenne ich die, das ist doch die **Ursula**, die hat zwei Plätze von mir entfernt gesessen. Sie wußte noch die Namen anderer Mitschülerinnen, die damals in Wesselshöfen die Schulbank gedrückt hatten. Die beiden inzwischen 77jährigen Schulkameradinnen haben sich nach 64 Jahren wieder gefunden, haben miteinander telefoniert und Erinnerungen ausgetauscht. Das mußte ich Ihnen doch mitteilen.“ Und dafür danke ich Frau Haupt, denn solche positiven Erlebnisse machen wieder Mut.

Selbstkritisch muß ich einräumen, daß sich einige Irrtümer eingeschlichen, und das gerade in Bezug auf Herrn **Manfred Böttcher**, dem ich viele interessante und für unsere Familienarbeit wichtige Informationen zu verdanken habe. Herr Böttcher fungiert seit Jahren als Genealogische Auskunfts- und Beratungsstelle für den Kreis Heiligenbeil beim Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen und arbeitet an einem Ortssippenbuch für das große Kirchspiel Heiligenbeil. Deshalb legt er großen Wert auf eine richtige Namens- und Ortsangabe, und so korrigiere ich seinen Vornamen, der einmal fälschlich als „Martin“ angegeben wurde, in „Manfred“. Sein Geburtsort ist Deutsch Bahnau am Frischen Haff – nicht Groß Bahnau, das gibt es nicht, dafür aber noch Preußisch Bahnau, Neu Bahnau und Mühle Bahnau. Somit ist er wohl richtig zugeordnet, wie es Manfred Böttcher gewünscht hat. Und dann ist da noch die Sache mit der Bezeichnung „Königsberger Archive“, die wir in Folge 24 brachten. Herr Böttcher legt Wert darauf, daß es sich um die „Archive in Kaliningrad“ handelt, in denen er nach seinem vermißten Vater gesucht hatte. Er schreibt:


Ruth Geede
Foto: Pawlik

„Das ‚Königsberger Staatsarchiv‘ ist größtenteils erhalten und befindet sich im ‚Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz‘ in Berlin. Das ‚Königsberger Stadtarchiv‘ ist bekanntlich verlorengegangen. In diesen beiden Archiven hätte ich auch nichts über meinen seit Mitte April 1945 in Pillau vermißten Vater finden können, denn dort konnte damals nichts mehr archiviert werden. Da mein Vater offenbar in Pillau umgekommen ist, habe ich mich bei einer Ostpreußen-Reise 1996 direkt vor Ort an das Archiv des Standesamtes im Gebietsarchiv des Oblast Kaliningrad, an das Archiv der Baltischen Flotte und vorsorglich auch an die Archive der Miliz und des KGB gewandt. Dort wurde mir mitgeteilt, daß die Akten aus der Zeit vor 1957 an das Zentralarchiv ‚Zentrum der Bewahrung der historisch-dokumentarischen Sammlungen‘ nach Moskau abgegeben worden sind. Eine Anfrage dort mithilfe einer befreundeten Germanistik-Dozentin der Universität Kaliningrad von 1996 ergab im Frühjahr 1998 das von der russischen Botschaft in Berlin mitgeteilte einsilbige und von vornherein falsche Ergebnis, daß es in den Archivbeständen Rußlands keine Angaben über einen ‚Franz Böttcher‘ gibt. Danach habe ich auch nicht gesucht, denn mein Vater hieß ‚Fritz Böttcher‘, wie ich zusammen mit allen notwendigen Daten stets deutlich gemacht hatte. Mein Widerspruch und meine Bitte an die russische Botschaft, in den Archiven nach der richtigen Person suchen zu lassen, wurde gar nicht erst beantwortet. Soviel zu meiner Klarstellung, warum es ‚Archive in Kaliningrad‘ heißen muß.“.

Diese detailliert beschriebene Suchaktion konnten wir aus Platzgründen in Folge 24 nicht bringen. Da sie aber sehr wichtig ist, weil sie die ungeheuren Schwierigkeiten aufzeigt, mit denen eine alle Möglichkeiten ausschöpfende Vermißtensuche verbunden ist, haben wir dies nachgeholt. (Manfred Böttcher, Rundfunkredakteur a. D., Riemstraße 41 in 28359 Bremen, Telefon 0421/253905.)

Mancher Neuabonnent hätte vielleicht gerne auch einige ältere Jahrgänge der *PAZ / Das Ostpreußenblatt*, und für diese hält ein Leser aus Velbert mehrere bereit. Er möchte die Jahrgänge 2004 bis 2007 vergeben. Wer Interesse hat, wende sich bitte an Herrn Werner Elmer, Nossnackerstraße 6 in 42555 Velbert, Telefon (0176) 29629967.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 101. GEBURTSTAG

Bieber, Betty, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 23, 69214 Eppelheim, am 9. Juli

Czemper, Helene, geb. Dannappel, aus Pillupönen, Kreis Stallupönen, jetzt Emkendorfstraße 49, 22605 Hamburg, am 2. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gorontzy, Frieda, geb. **Bublitz**, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Ihlestraße 50, 28719 Bremen, am 9. Juli

Janz, Herta, geb. **Böttcher**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Straße 15, 21683 Stade, am 10. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Lison, Helene, geb. **Schöntaub**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Pflegeheim Oststadt, 17036 Neubrandenburg, am 8. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Schorsch, Marianne, geb. **Fengler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Lau-Straße 27, 40474 Düsseldorf, am 10. Juli

Wiwanka, Johanna, aus Ebenrode, jetzt Schneverdingerstraße 22, 28329 Bremen, am 11. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dinse, Ida, geb. **Lippenat,** aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Thälmannplatz 25, 14776 Brandenburg, am 3. Juli

Hollack, Lieselotte, geb. **Preuß**, aus Lyck, jetzt Thüringer Straße 31, 27749 Delmenhorst, am 10. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schloßberger Straße 25, 40789 Monheim, am 11. Juli

Glatt, Gertrud, verw. **Kock**, geb. **Beck**, aus Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Hagen 2, 58579 Schalksmühle, am 8. Juli

Hornke, Ida, verw. **Möhrke**, geb. **Schlicht**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Meileriweg 131, 29525 Uelzen, am 13. Juli

Nendza, Gertrud, geb. **Samsel**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kohlenstraße 54, 45289 Essen, am 9. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Fritz, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, jetzt Schulstraße 16, 31655 Stadthagen, am 3. Juli

Lehmann, Christel, geb. **Tschörner,** aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenallee 5, 31157 Sarstedt, am 8. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Opiolla, Paul, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Im Winkel 20, 58509 Lüdenscheid, am 1. Juli

Schweighöfer, Ursula, aus Ebenrode, jetzt Reginharstraße 1, 51429 Bergisch-Gladbach, am 1. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brothun, Margarete, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Ratzebuschstraße 13, 57223 Kreuztal, am 6. Juli

Dill, Ida, geb. **Bonderewitz**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Höhne 20, 42275 Wuppertal, am 11. Juli

Gudella, Erika, geb. **Fischer**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Lönsweg 64, 32791 Lage/Hagen, am 4. Juli

Katzmarzik, Walter, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Birkenweg 17, 32676 Lügde, am 5. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berger, Hildegard, geb. **Bunschei,** aus Lyck, jetzt Friedrich-Hörchner-Straße, 99897 Tambach-Dietharz, am 11. Juli

Gebhardt, Alice, geb. **von Raven,** aus Neidenburg, jetzt Marienburgerstraße 3, 10405 Berlin, am 5. Juli

Geschull, Willy, aus Ebenrode, jetzt Böhmerwaldstraße 14, 44339 Dortmund, am 10. Juli

Heise, Horst-Erich, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Mergenthaler Straße 3, 30880 Laatzen, am 11. Juli

Kilimann, Herbert, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Kleine Jüch 3, 50374 Erftstadt, am 2. Juli

Lipka, Ina, geb. **Schimanski**, aus Neidenburg, jetzt Hauswurzer Straße 18, 36119 Neuhof, am 11. Juli

Mangold, Emmi, geb. **Kowalski**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Wassergraben 12, 37276 Meinhard, am 1. Juli

Martschat, Willi, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Begonienstraße 13, 45772 Marl, am 8. Juli

Pyrags, Heinz, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, jetzt Veinauer Straße 19, 74523 Schwäbisch Hall, am 9. Juli

Schweda, Ernst, aus Radegrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Heinrich-v.-Stephan-Straße 17, 50379 Köln, am 4. Juli

Stullich, Hella, geb. **Güldenbeck**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, jetzt Kirchstraße 18, 31832 Springe, am 11. Juli

Rogowski, Hans, aus Lyck, jetzt Im Kückespesch 2, 47239 Duisburg, am 12. Juli

Wallesch, Eva, geb. **Claussen**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Liegnitzer Straße 5, 55543 Bad Kreuznach, am 3. Juli

Wittkowski, Marie, geb. **Glitza**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schwerter Straße 121, 58099 Hagen, am 2. Juli

Zahn, Hildegard, geb. **Nilenski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Pierenkemper Straße 20, 45891 Gelsenkirchen, am 3. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahlo, Dorothea, geb. **Kleppek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Podbielskistraße 31, 30163 Hannover, am 10. Juli

Benkmann, Siegfried, aus Moditten, Kreis Samland, jetzt Alte Straße 7, 61184 Karben, am 12. Juli

Beuchling, Ruth, geb. **Weißelberg**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Marienthaler Straße 116 A, 20535 Hamburg, am 11. Juli

Böge, Brigitte, geb. **Pest,** aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, jetzt Karkweg 49, 24632 Lentföhrden, am 6. Juli

Borysow, Herta, geb. **Pelka**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 1, 67292 Kirchheimbolanden, am 6. Juli

Brockmann, Helga, geb. **Kaprolat,** aus Urfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Rheingönheimer Straße 8, 67065 Ludwigshafen, am 4. Juli

Dahlmann, Erich, aus Groß Schenkendorf, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Kirchenallee 23, 17033 Neubrandenburg, am 26. Juni

Dresen, Erna, geb. **Tolkmitt**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bockstraße 3 a, 30966 Hemmingen, am 6. Juli

Fürstenberg, Irmgard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Bruno-Beye-Ring 29, 39130 Magdeburg am 6. Juli

Gwiasda, Helene, geb. **Jedamski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, jetzt Dortmunderstraße 160, 45711 Datteln, am 12. Juli

Gueth, Dorothea, aus Neukuhnen, Kreis Samland, jetzt H. – H. – Meier-Allee 51, 28213 Bremen, am 9. Juli

Hardt, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Potsdamer Straße 64, 14469 Potsdam, am 11. Juli

Heinrich, Maria, geb. **Rimeck**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kessiner Straße 11, 18273 Güstrow, am 9. Juli

Henze, Eva, geb. **Buchholz**, aus Königsberg/Ponarth, Brandenburgstraße 41, jetzt Morgenröte 9, 99734 Nordhausen, am 8. Juli

Janson, Maria, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Hinter Hofstraße 6, 78249 Hilzingen, am 2. Juli

Janßen, Elly, geb. **Wierostek**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Husarenweg 30, 30163 Hannover, am 11. Juli

Kalweit, Willi, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Heine-Straße 18, 03226 Vetschau, am 2. Juli

Klimaschewski, Hans, aus Lyck, Dallnitzweg, jetzt Höpenstraße 5 b, 21079 Hamburg, am 12. Juli

Kowalewski, Gertrud, geb. **Wasck**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Raiffeisenstraße 2, 72296 Schopfloch, am 10. Juli

Krause, Arnold, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heide 31, 47929 Grefrath, am 6. Juli

Kühn, Lydia, geb. **Rimkus**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Freisinger Straße 7, 10781 Berlin, am 12. Juli

Lee, Christel, geb. **Schwan**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt 11 Limekiln Lane, YO152LX Bridlington E. Yorks, Großbritannien, am 11. Juli

Malso, Paul, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt Mühlenstraße 79, 59174 Kamen, am 11. Juli

Michalzik, Erwin, aus Sprindenau, Kreis Lyck, jetzt Am Weiher 8, 51399 Burscheid, am 10. Juli

Mildner, Traute, geb. **Sakautzki**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Theodor-Heuss-Straße 22, 86551 Aichach, am 10. Juli

Mueller, Christian, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Goethestraße 2, 39108 Magdeburg, am 12. Juli

Palloks, Martin, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, jetzt Klosterwaldhof 1, 66484 Dietrichingen, am 11. Juli

Plaumann, Erna, aus Gut und Dorf Laggarben, Kreis Gerdauen, jetzt Schloßbergstraße 15, 55411 Bingen/Rhein, am 6. Juli

Preuss, Ingeborg, geb. **Barke**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Rostocker Straße 36, 26121 Oldenburg, am 10. Juli

Reihs, Ruth, geb. **Schafferus**, aus Neidenburg, jetzt Stegemühlenweg 64, 37083 Göttingen, am 8. Juli

Rogowski, Heinz, aus Groß Jeruttten, Kreis Ortelsburg, jetzt Pierenkemperstraße 25, 45891 Gelsenkirchen, am 10. Juli

Rüffler, Waltraud, geb. **Lenski**, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Lagbeker Straße 3, 22143 Hamburg, am 3. Juli

Rusch, Emma, geb. **Borm**, aus Argental, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlentor 6 A, 19243 Wittenburg, am 12. Juli

Tallarek, Heinz, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Ewaldstraße 89, 45739 Oer-Erkenschwick, am 1. Juli

Wargalla, Hilde, geb. **Kuhna**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Horstdyk 23, 47803 Krefeld, am 5. Juli

Wolter, Irmgard, geb. **Koyka**, aus Lyck, Stradauner Kunststraße, jetzt Friederikenstraße 48-50, Seniorenstift, 26871 Papenburg, am 11. Juli

Woywod, Manfred, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Kirchstraße 5, 73666 Baltmannsweiler, am 9. Juli



Hagelgans, Heinrich, aus Allenstein, Moltkeplatz 2, und Frau Gisela, geb. **Wachsmuth**, jetzt Schuppstraße 72, 65191 Wiesbaden, am 11. Juli



Diegner, Fritz, aus Gehlfeld, Kreis Mohrungen, und Frau Else, jetzt Uslarerstraße 54, 37170 Uslar, am 10. Juli

Krebs, Hans, aus Königsberg, Arnoldstraße 10, und Frau Dorothea, jetzt Hufnerweg 4 a, 21465 Reinbek bei Hamburg, am 3. Juli

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Gemeinsam Geschichte sticken

Handarbeitswerkwoche in Allenstein war für Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, ein Erfolg

Wer weiß heute noch, wie man Handschuhe strickt, Jostenbänder webt oder Tischdecken bestickt?

25 Frauen der deutschen Volksgruppe in Ermland und in Masuren hatten unlängst die Gelegenheit, es zu lernen und eine gesellige Woche in Allenstein zu verbringen: im dortigen Kopernikushaus – dem Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) wie auch des Dachverbandes der Deutschen Minderheit – fand eine Werkwoche statt, in der den Teilnehmerinnen Handarbeitstechniken und Muster nahegebracht wurden, die in Ostpreußen ausgeübt und verwendet wurden. Früher weit verbreitet, droht diese Volkskunst heute auszusterben. Deswegen hat es sich die Landsmannschaft Ostpreußen zur Aufgabe gemacht, das traditionelle Handwerk durch fachkundige Lehrerinnen in regelmäßig wiederkehrenden Schulungen an Interessierte und Lernwillige weiterzugeben.

Aus der Bundesrepublik angereist waren die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, welche die Veranstaltung leitete, und die drei Werkmeisterinnen Gudrun Breuer, Dagmar Adomeit und Liesa Rudel. Unter ihrer ambitionierten Anleitung übten sich die fleißigen Schülerinnen im Weben und Sticken und anfänglich auch in Geduld. Denn wie zielorientiert man auch arbeiten mag, die Jostenbandweberei, die Weiß- oder Kreuzstickerei führen nur dann zu befriedigenden Ergebnissen, wenn man sorgfältig und sauber arbeitet, und dies erfordert eben seine Zeit.

„Am Anfang habe ich gedacht, daß ich auf diesem Stück Stoff nie etwas Gescheites zustande bringe“, erzählt lächelnd Helena Samsel, Vorstandmitglied der Gesellschaft der deutschen Volksgruppe in Ortelsburg. „Mein Kreuzmuster muß nämlich auf der Rückseite genauso saubere Stiche hinterlassen wie auf der Vorderseite, und das wollte mir anfangs nicht gelingen.“ Ja, da sind die Werklehrerinnen streng. Nur wenn man von Anfang an genau arbeitet, erzielt man das gewünschte Ergebnis. Helena Samsel hat es denn auch nach beharrlichen Bemühungen geschafft und lächelt zufrieden über ihr mit einem Blumen-Vogelmuster besticktes Deckchen.


Handarbeit ist keine „tote“ Kunst, sondern wird lebendig gestaltet. Bild: kri

Blumen und Vögel seien ein ganz beliebtes Motiv der ostpreußischen Stickerei, ebenso wie andere Tiere, Motive aus der Landwirtschaft oder Schiffe, erklärt die Bundesvorsitzende. „Man kann eine ganze Geschichte auf ein Stück Leinen sticken: Wie die ersten Siedler kommen, Häuser bauen, Landwirtschaft betreiben“, erzählt sie engagiert, während Lehrerin Dagmar Breuer verschiedene Leinenstücke mit minutiös gearbeiteten Szenen zeigt.

Die Schülerinnen sitzen währenddessen einträchtig konzentriert über ihren Handarbeiten. Kein Zweifel: Die heilsame Entspannung, die der eine im Angeln, der andere in der Meditation suchen mag, findet so mancher auch in dieser stillen Form des Handwerks.

„Diese Woche ist wie richtiger Erholungsurlaub“, schwärmt Berta Ćwiek, Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft der deutschen Volksgruppe in Sensburg. Sie, wie alle anderen Teilnehmerinnen, die aus verschiedenen Ortschaften der Region zur Werkwoche nach Allenstein angereist waren, kam für die Dauer der Veranstaltung bei Mitgliedern der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit unter. Damit ließen sie für diese eine Woche auch ihren Alltagsstreß hinter sich.

Jeden Morgen kamen die Handarbeitsbegeisterten im Kopernikushaus zusammen und eröffneten ihren Web-, Strick- oder Sticktag mit Gesang. Die Damen hatten sichtlichen Spaß an ihrer Fortbildung. Am vorletzten Tag wurden dann ihre hingebungsvoll gearbeiteten Handschuhe, Mützen, Tischdecken, Topflappen und so weiter in einer Ausstellung einem größeren Publikum vorgeführt.

Die Werkwoche wird alle zwei Jahre veranstaltet und fand nun zum zehnten Mal in Ostpreußen und zum fünften Mal im Kopernikushaus in Allenstein statt. Finanziell gefördert wurde sie durch das Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Ihren Erfolg kann man an den Ergebnissen der entstandenen Werkstücke und ihrer gemeinschaftsbildenden Wirkung auf die Teilnehmerinnen sehen. Bliebe nur, sie für die jüngere Generation noch attraktiver zu machen. *kri*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de

BJO – Ostpreußenfahrt. Vom 19. bis 29. Juli 2009 führt der BJO eine Fahrt ins südliche Ostpreußen durch. Auf dem Programm stehen u. a. Mohrungen, Hohenstein, Paddeln auf dem Oberländischen Kanal, Wanderungen und Geländespiele. Auskunft und Anmeldung: Stefan Hein, Stiftskamp 20, 44263 Dortmund, Telefon (0231) 5677842, Mobil: (0151) 19436447, E-Mail: bjo@ostpreusseninfo.de. Weitere Informationen auch im Internet: www.ostpreussen-info.de – BJO – **Reiterfreizeit**. Vom 13. bis 22. August veranstaltet der BJO eine Reiterfreizeit im südlichen Ostpreußen. Neben den Reitstunden stehen auf dem Programm unter anderem: Marienburg, Sorquitten, Heiligelinde, Nikolaiken und Paddeln auf der Krutinna. Auskunft und Anmeldung: Gernot Danowski, Telefon (0176) 21897145 oder E-Mail: gernot.danowski@gmx.de. Das vollständige Programm im Internet unter www.ostpreussen-info.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 7. Juli, 15 Uhr, „Sommer-Kaffee-Lese-Runde“ der Gruppe auf dem Reiterhof Buchen/Hettingen. Abfahrt um 14.45 Uhr, Musterplatz und Edeka in Buchen. – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Reutlingen – Mittwoch, 15. Juli, 12 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Sportgaststätte am Stadion Reutlingen. Gemeinsames Mittagessen und anschließend Spaziergang um die Reutlinger Seen und den Wasenwald. Gegen 15 Uhr Rückkehr zur Sportgaststätte zum gemeinsamen Kaffeetrinken.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 9. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe. Mit der Linie 7 geht es nach Neu-Ulm, Haltestelle Donaubad, Einkehr im Café Glacis. – Sonntag, 12. Juli, 17.30 Uhr, Ost-Südostdeutscher Volkstumsabend im Bürgerzentrum Eselsberg. Erreichbar mit dem Bus Linie 5, Haltestelle Virchowstraße. – Sonnabend, 18. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 3. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe Ordensland FFB im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 11. Juli, 15 Uhr, Kaffeeausflug der Gruppe. Treffpunkt ist das Teddy Museum, Ludwigstraße 6, Hof. Gäste sind herzlich willkommen. – Wie gewohnt kam die Gruppe zu ihrer monatlichen Zusammenkunft zusammen. Erster Vorsitzender Christian Joachim freute sich über die erschienenen Mitglieder und Gäste und gratulierte den gewesenen Geburtstagskindern im nachhinein mit den besten Wünschen. Nach einem gemeinsam gesungenen Lied gedachte Hildegard Drogomir als „Prominenten des Nachmittags“ des Tier-Schriftstellers und Kunstmalers Otto Boris – Pseudonym für Otto Heinrich Bernhard Borië. Er wurde am 24. Dezember 1887 in Lubjewen/Grünbruch bei Nikolaiken geboren. Er malte vorwiegend Tier- und Landschaftsbilder, gelegentlich auch Portraits. Seinen großen Erfolg aber hatte er als Schriftsteller, als Verfasser von Erzählungen, Novellen und Romanen, die er zum Teil selbst illustrierte. Bekannt wurde er vor allem durch seine faszinierenden Tiergeschichten, die oft mit denen von Sven Fleuron und Hermann Löns verglichen wurden. Seine etwa 60 Tier-Erzählungen spielen vielfach in seiner masurischen Heimat und in vielen seiner Romane ließ der Autor die Schönheit der masurischen Landschaft lebendig werden. 1957 starb er in seiner Wahlheimat Hamburg-Rahlstedt, wo er auch auf dem dortigen Friedhof seine letzte Ruhestätte fand. Nun ging Christian Joachim seinen Gedanken an den Sommer in Ostpreußen nach. Die Natur erwacht in Masuren rund vier Wochen später als im Rheinland, überholt dann aber den deutschen Frühling innerhalb von vier Wochen mit unglaublicher Kraft; alles blüht und grünt gleichzeitig und auch die Menschen blühen auf. Wer erinnert sich nicht beim Masurensommer an den Duft von frischen Waldpilzen, an den Geschmack selbstgesammelter Blaubeeren, an den Duft geräucherter Maränen und den unvergleichlichen Geschmack der Tomaten. Ungleichmäßige Freiland-Tomaten, in Scheiben auf frischem, gebuttertem Brot. Überall sieht man jetzt Menschen, das ganze Leben scheint nur noch draußen in Wäldern, auf Feldern und an den Seen stattzufinden. Bedingt durch das kontinentale Klima in Ostpreußen sind die Sommer heiß und trocken, so daß ein Sommergewitter eine willkommene Abkühlung ist. So schnell wie er gekommen ist, geht der Sommer in Masuren auch wieder, denn bereits Mitte September, wenn der Ruf der Hirsche über die Wälder hallt, gibt es die ersten Nachtfröste, während es tagsüber noch sehr warm ist. So war er gerade erst wieder in der Heimat. Es scheint alles so, als wenn die Zeit stehen geblieben ist: Unzählige Störche siedeln wieder auf ihren Stammplätzen, den aufragenden Ruinen, Schornsteinen und Telegrafenmasten. Das hohe Gras, mit Disteln und Gestrüpp wiegen sich im Wind, die gelben Sumpfdotterblumen leuchten, riesige Flächen schmücken sich mit blauen Lupinen, weißen Margeriten und knallrotem Mohn. Ostpreußen ruft die Heimatvertriebenen auch heute noch! So schloß Christian Joachim seine Sommerreise. Langanhaltender Beifall war der Dank für diese Sommergedanken. Mit gemeinsam gesungenen Liedern und kleinen Vorträgen klang der Nachmittag aus.

Landshut – Freitag, 3. Juli, 16 Uhr, Treffen zum Tribünenfest (Landshuter Hochzeit) gegenüber der Sparkasse, Altstadt.

Memmingen – Mittwoch, 15. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

Nürnberg – Freitag, 10. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Es wird der Videofilm: „Gefangenschaft 1945 in Sibirien – Hildegard Rauschenbach berichtet“ gezeigt.

Starnberg – Donnerstag, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bayerischen Hof“.

Weiden – Sonntag, 5. Juli, 14.30 Uhr, Gründungsjubiläum der Kreisgruppe Weiden. Diese Veranstaltung wird im besinnlichen Rahmen mit Musikbegleitung und einigen Ehrengästen ebenfalls im „Heimgarten“ stattfinden. Dabei soll an die Gründe und Ursachen der Vereinsgründung vor 60 Jahren, sowie an die vielfältigen Aktivitäten bis heute gedacht werden.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesgruppe – Vortragsveranstaltung im Rathaus von Berlin-Zehlendorf. Die Verantwortlichen der Berliner Landsmannschaft standen im großen Bürgersaal des Rathauses Berlin-Zehlendorf und rechneten schon wegen der vermutlich geringen Teilnehmerzahl mit einer schwachen Veranstaltung. Da hatten sie lange mit Dr. Andreas Kossert verhandelt, um ihn für einen Vortrag über sein neuestes Buch „Kalte Heimat“ zu gewinnen ... Dem Regen trotzend und mit einer Verspätung kamen doch einige der Zuhörer und es wurden immer mehr, so daß sich noch rechtzeitig um 15 Uhr der große Raum füllte. Weit über 60 Teilnehmer warteten interessiert auf die Ausführungen von Dr. Andreas Kossert. Die preschte – ähnlich wie die Zuhörer durch den Regen – vor, um seinen Vortrag zu starten. Nach seinen Beobachtungen wird das Thema vom Neuanfang nach der Flucht mehr und mehr von den Vertriebenen eingefordert. Nicht nur von ihnen, sondern auch von ihren Kindern und Großkindern. Nur zu verständlich, denn mit dem Erlebnis der Flucht war nur der Anfang eines oft mehrjährigen Leidensweges beschrieben. So dramatisch und existenzbedrohend sich die Flucht den Flüchtigen einprägte, so stark entwickelte sich die Zeit danach als eine Erfahrung mit vielen negativen Vorzeichen. Die Flüchtlinge waren in ihrem eigenen Vaterland unerwünschte Gäste. Sie trafen auf eine gleichgültige, mißtrauische Bevölkerung und eine wenig hilfreiche Verwaltung. Darüber sprach Andreas Kossert. Er ließ nichts aus. Die vielgelobte Integration hatte viele Schattenseiten. Flüchtling zu sein bedeutete eine berufliche und gesellschaftliche Herabstufung. Die Habenichtse aus dem Osten mußten noch einmal ihr Leben von vorne beginnen. Das fiel vor allem den Älteren schwer. Das, was sie besessen hatten: Haus und Hof, aber auch Möbel, Gerät, Geschirr, Bekleidung – alles fehlte ihnen. Es war unwiederbringlich verloren. Die Aussichten, ihren erlernten Beruf auszuüben, lagen bei Null. Noch schlechter ging es den Familien, die ihre Ernährer im Krieg verloren hatten. Weitere Hürden bei der Integration lagen in den Bereichen Religion und Kultur und in vielen landschaftsbedingten Eigenheiten. Nicht zu vergessen die unterschiedlichen Dialekte. So setzten sich die Vertriebenen – ohne Absicht – von der bestehenden Gesellschaft ab. Andreas Kossert konnte mit Beispielen belegen, wie sehr die Vertriebenen an den Rand gedrängt wurden. Sie fühlten sich unverstanden und allein gelassen. Im Vortrag zeigte sich die einfühlsame und verständnisvolle Einstellung des Autors des Buches „Kalte Heimat“ für das Los der Vertriebenen. In der Pause und nach dem Vortrag tauschten sich die Teilnehmer aus. Sie stellten nach dem Vortrag viele Fragen, auf die Andreas Kossert ausführliche Antworten gab, die sicherlich später auch in den Familien der Besucher ein Echo hatten. Rüdiger Jakesch, Vorsitzender der Landesgruppe Berlin, der die Vortragsveranstaltung eröffnete und auch beschloß, freute sich über die rege Teilnahme und dankte Dr. Andreas Kossert für den ausgezeichneten Vortrag. Dank ging auch an das vorbereitende Team: Marianne Becker, Elfriede Fortange und Gunter Haugwitz.

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2009

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

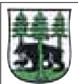
Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

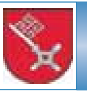
26. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen der LO

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HEIMATKREISGRUPPE



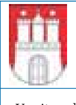
Rastenburg – Sonntag, 12. Juli, 15 Uhr, „Stammhaus“, Rohrdamm 24 B, 136 29 Berlin. Anfragen: Frau Sontag, Telefon (033232) 21012.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Montag, 10. August, Busfahrt „Kleine Heidetour“ der Frauengruppe. Alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft (auch Herren) sind wieder eingeladen zur Teilnahme an dieser sommerlichen Ausflugsfahrt. Abfahrt 9 Uhr ab ZOB Breitenweg. Rückkehr zirka 19 Uhr. Programm: Besuch des Heidegartens in Schneverdingen, Führung im Pietzmoor, Schneverdingen, Spaziergang und Führung durch die Heide mit Eintopfessen (Gulaschsuppe), Buchweizentorte im „Schafstall“ mit Kaffee satt, Gelegenheit zu einer Kutschfahrt (nicht im Preis enthalten). Preis für Busfahrt, Bewirtung laut Programm und Führungen: 39 Euro. Anmeldungen bis zum 21. Juli an Frau Richter, Telefon 405515, oder direkt bei JWD-Busreisen, Telefon 4854633, erbeten. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Kontonummer: 80097454, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101. Nachdem zur Busfahrt zum Spargelessen in das Uchter Moor nicht alle Anmeldewünsche erfüllt werden konnten, wird auf die Notwendigkeit einer frühen Anmeldung ausdrücklich hingewiesen. – Die Frauengruppe gibt bekannt, daß ihre Zusammenkünfte nicht mehr im Hotel Westfalia stattfinden, da dort der Restaurantbetrieb aufgegeben wurde. Ab sofort finden die Treffen im Hotel Zur Post, Bahnhofsplatz 11, statt.



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 16. August, 14 Uhr, Besuch der Freilicht-Theateraufführung der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Das Jahr IX“, ein historisches Schauspiel unter der Regie von Vilija Neufeldt. Tagesablauf: 14 Uhr Abfahrt des Busses Kirchenallee, 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt. Gesamtpreis 28

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Euro, 18 Euro ohne Busfahrt. Anmeldung und nähere Informationen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520. – **Sonnabend**, 22. August, 7.45 Uhr, Abfahrt ZOB, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat" im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa". Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 35 Euro. Informationen und Anmeldungen beim LvD, Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon (040) 346359, oder Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304, und Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.

HEIMATKREISGRUPPEN



Sensburg – Sonntag, 12. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grillfest im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldungen bis zum 10. Juli bei K. Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 72767.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstr. 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017. Im Juli und August ist Sommerpause, es finden keine Veranstaltungen statt.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Hanau – Mittwoch, 8. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges. – Sonnabend, 18. Juli, 15.30 Uhr, Sommerfest der Gruppe in der „Sandelmühle". Gleichzeitig feiert dort die Frauengruppe ihr 50jähriges Bestehen.

Wetzlar – Sonnabend, 4. Juli, 13 Uhr, letztes Treffen vor der Sommerpause auf dem Grillplatz in Kröffelbach.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. Juli, ostpreußisches Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren im Freilichtmuseum Hohenstein. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen, dazu in Frauenburg ein Orgelkonzert im Dom mit Besuch am Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Per Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Für folgende Busreisen 2009 sind außerdem noch Plätze frei: Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli, Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli sowie Königsberg 6. bis 12. August. - Auskunft unter o.g. Anschrift / Telefon.

Neubrandenburg – Sonnabend, 3. Oktober 2009, von 10 bis 17 Uhr, 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg, Jahn-Sport-Forum (Schwedenstraße / Kulturpark). Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl und reichlich Parkplätze gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung. Hotels: Hotel am Ring, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 5560 (Preise: DZ 65 Euro, EZ 55 Euro inklusive Frühstück, bei Gruppen Rabatt, Kennwort: „Ostpreußentreffen"), Parkhotel, Windbergsweg 4, Telefon (0395) 55900; Hotelberatung Neubrandenburg Bettina Rennack, Telefon (039606) 20499.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Sonnabend, 4. Juli, 13 Uhr, auf dem „Tag der Landsmannschaften" im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig, ist die Gruppe mit einem Stand vertreten. – Dienstag, 11. August, die diesjährige Tages-Busfahrt geht ins Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Es sind noch Plätze frei. Der Preis pro Busfahrt, Besichtigung und Führung im Landesmuseum beträgt 20 Euro. Anmeldungen bitte an Horst Neumann, Telefon (0531) 338640.

Göttingen – Die Gruppe wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren anbieten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Gütersloh – Donnerstag, 9. Juli, 15 Uhr, Ausflug der Frauengruppe zum Flußbett-Hotel, Wiesenstraße 40 in Gütersloh. Im Anschluß an die Führung soll dort Kaffee getrunken werden. Kaffeegedeck mit Kuchen kostet 8 Euro. Interessierte sind willkommen. Die Personenzahl ist begrenzt, eine Anmeldung ist daher erforderlich bei: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Helmstedt – Donnerstag, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grillen im Pfarrgarten St. Walpurgis. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Montag, 8. Juli, Ausflug mit dem BdV-Kreisverband Oldenburg-Stadt in das Wehlauer Heimatmuseum innerhalb des Kreismuseums Syke. Im August ist Sommerpause.

Osnabrück – Dienstag, 7. Juli, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis. – Freitag, 17. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Studienreise: Kurische Nehrung und Memelland mit Masuren und Königsberg. Diese von der Konzeption außergewöhnliche Bus-Studienreise vom 20. August bis 1. September führt in besonders reizvolle Gebiete Ostpreußens, zu Bekanntem und Unbekanntem im „Land der dunklen Wälder", auf der Kurischen Nehrung, in Masuren und im „Land der vielen Himmel". Das nach wie vor storchenreiche Ostpreußen mit seinen alten, backsteingotischen Ordensbauten und seiner unverwechselbaren, eiszeitlich geprägten Naturlandschaft zählt zu den interessantesten und spannendsten Regionen Europas, obwohl viele nicht einmal mehr seinen Namen kennen. Nicht umsonst spricht man vom „Mythos" einer Landschaft, beschrieben von Ernst Wiechert und vielen anderen, deren Texte uns auf der Reise begleiten werden. Das Königsberger Gebiet – einst deutsche Kornkammer – sowie die Weiten des Memellandes bestechen durch ihre eindrucksvollen Landschaftsräume, die Haffs und die Kurische Nehrung („ostpreußische Sahara", Welterbe Unesco) und vermögen, gleichermaßen zu faszinieren wie auch melancholisch zu stimmen. Soweit integrierbar, wird bei dieser Reise auch Gelegenheit zur Spurensuche sein, weil gerade dadurch Geschichte oft unmittelbar erlebbar wird. Die Hinreise erfolgt über Thorn (Weltkulturerbe), zurück geht es über Köslin in Pommern. Die Leitung der Reise liegt in den Händen von Prof. Dr. Heinz Schürmann (Geograph und Germanist in Bielefeld) und Joachim Rebuschat, die beide mit dem Raum durch viele gemeinsame Studienreisen und eigene Forschungen seit langem bestens vertraut sind. Dazu kommen noch deutschsprachige örtliche Fachkräfte. Auskunft und Anmeldung bitte bei Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386, E-Mail: j.rebuschat@web.de




NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 12. Juli, ostpreußische Kulturveranstaltung auf Schloß Burg.

Bonn – Dienstag, 7. Juli, 18 Uhr, Sommerstammtisch der Gruppe im „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74. Die Zusammenkunft steht unter dem Motto: „Jeder kommt zu Wort". – Die Gruppe ist nun auch im Internet vertreten: www.ostpreussen-bonn.de. Für Verweise (sogenannte „Links") auf diese Seite wäre der Vorstand dankbar. Verlinkungswünsche, Hinweise und Anregungen bitte an den Kassenwart Wilhelm Kreuer, Telefon (tagsüber): (0228) 6824964, Telefon (privat) (02246) 5100, Fax (0228) 682884964, E-Mail: w.kreuer@arcor.de

Ennepetal – Donnerstag, 16. Juli, 18 Uhr, Treffend der Gruppe in der Heimatstube (mit Imbiß).

Gütersloh – Montag, 6. Juli, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Donnerstag, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Besichtigung des Flußbett-Hotels. Anschließend wird dort auch Kaffee getrunken. Anmeldungen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Montag, 13. Juli, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Freitag, 21. bis 23. August, 6. Familienzelten der Gruppe. Nach den schönen Erlebnissen der vergangenen Jahre organisiert die Gruppe bereits zum sechsten Mal ein Familien-Zelt-Wochenende. Das Ziel ist eine Überraschung und wird erst kurz vor der Abfahrt verraten, es wird aber ein Campingplatz in der Nähe sein. Auf dem Programm stehen neben Volleyball- und Fußballspielen diesmal eine mehrstündige Kanu-Tour. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon 702919.

Köln – Dienstag, 7. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghaus International (Raum: siehe Tafel). Man will Preußens Spuren in Brandenburg suchen und sich über die Gedenkstätte in Borna austauschen. – Sonntag, 12. Juli, Besuch des Ostpreußentreffens auf Schloß Burg.

Mönchengladbach – „Fortschritte zu Flucht, Vertreibung, Versöhnung – 60 Jahre Gruppe

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

61. Deutscher Genealogentag

Bielefeld – Vom 11. bis zum 14. September findet der 61. Deutsche Genealogentag statt. Unter dem Motto „Genealogie und Industriegeschichte" bietet das Programm jedem Familienforscher etwas. 43 Fachvorträge in den Bereichen: Genealogie und Industriegeschichte, Archive in der Region Ostwestfalen-Lippe, Gräber und Friedhofskultur, Aktuelle Aspekte der Computergenealogie, Genealogie in Ostwestfalen-Lippe, Workshops und Schnupperkurse zu den verschiedenen Bereichen der Familienforschung. Dazu kommt eine riesige Ausstellung mit über 50 genealogischen Vereinen, Verlagen, Programmherstellern und Dienstleistern. Die Teilnahme kostet pro Tag fünf bzw. für alle vier Tage 15 Euro. Informationen im Internet: www.genealogentag.de

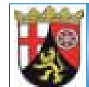
Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Mönchengladbach“ lautete das Motto der Zusammenkunft. Die umfangreich angekündigte Veranstaltung hatte eine beträchtliche Anzahl Interessierter aus Mönchengladbach und sogar aus Düsseldorf oder Münster angelockt. Im übervollen Saal begann der Vortrag mit einer einschränkenden Bemerkung angesichts der Schwierigkeiten, die **–** nicht ganz unerwartet **–** in der Folge der Besetzung der Mitglieder für die „Unselbständige Stiftung“ in Berlin aufgetreten waren. Der Vorsitzende Gerd Schiemann hatte den Gesetzestext zur Veranstaltung mitgebracht und versprach, am Schluß des Vortrages, mehr in Form eines Frage - und Antwortspiels einige Passagen zu zitieren und zu interpretieren. Im Mittelpunkt des Vortrages standen zunächst noch einmal Äußerungen zur der Frage, wie weit die Begriffe Flucht, Vertreibung, Aussiedlung, Umsiedlung in Zukunft noch von großer Bedeutung sein werden. Die Nachbarorte wurden 1914 abgebrannt. Die Großeltern gelangten ab 1925 mit Unglücklichen aus verschiedenen anderen Orten nach Friedrichswalde, Kreis Gerdauen. Dort gab es keinen Bürgermeister mit gewachsenem Kontakt zu seinen Dorfbewohnern, keinen Plan für einen gemeinsamen Treck-Aufbruch. Die Großeltern sind vermißt, die meisten Dorfbewohner versteckten sich in nahen Wäldern. Sie wurden von Sowjets bis 1947 in Friedrichswalde gehalten, dann teils nach Westen abgeschoben, teils aber nach Sibirien verbracht. Nach 1990 wurden mit viel Mühe Dorfbewohner oder Verwandte zum Beispiel in Leipzig oder in Schwerin oder in Zwikkau gefunden. Die Leipziger waren also keine Flüchtlinge, vielleicht Vertriebene, jedenfalls seit 1955 in der DDR Lebende und dort Eingebürgerte, jedenfalls weit weg von der Heimat in Ostpreußen. Eine Dame war „Brigadierin“ bei der Leipziger Straßenbahn geworden. Jeder Betroffene kennt entsprechende Beispiele teils bis zum Überdruß. Jedenfalls wurden die Ostpreußen zum Beispiel in unübersehbaren Anzahlen seit 1946 integraler, d.h. nicht wegzudenkender, wesentlicher Bestandteil der das Land Nordrhein-Westfalen nach dem Krieg mühsam wieder aufbauenden Gesamtbevölkerung. Was bleibt also für die Zukunft? Es geht doch zukünftig darum, den aus der Sicht etwa der Ostpreußen unverdienten Verlust der Heimat in Erinnerung zu bewahren, vor allem in der Hinsicht, daß an den Opfern keine irgendwie geartete persönliche oder gruppenmäßige Schuld klebt (Zur Erinnerung: Die Bundesrepublik wurde erst 1973 Vollmitglied der Uno, damals übrigens gleichzeitig mit der DDR). Mit großem Interesse lauschte das Publikum seiner Ausführung, daß das deutsche Volk in all dem großen „Unglück aller einzeln Betroffener so viel mehr Glück gehabt hat als viele andere Völker auf der Erde und daß es gelungen ist, aus dem Kreis der Vertriebenen heraus schon bald nach dem Krieg in Stuttgart am 5. August 1950 eine Charta zu formulieren, die den Gewaltverzicht zum Leitbegriff erhob und zwar nicht aus schlechtem Gewissen sondern in der unverbrüchlichen Erkenntnis, daß Rache, Aufrechnung, Vergeltung nicht weiter helfen. Leider ist das erste Verfassungsziel, das 1949 im Grundgesetz formuliert war, nämlich die Wiederherstellung von Deutschland, nicht verwirklicht worden. Die 1989 erreichte Angliederung mitteldeutscher Staaten ist nicht das ursprüngliche Verfassungsziel. Zum Schluß seiner Ansprache kam ein Zitat aus der Zeitschrift „Der Niederrhein“, 76. Jg., Heft 1, Seite 12: Dort wird beschrieben, wie der preußische König Friedrich Wilhelm I. reagierte, als er in dem durch den Frieden von Utrecht 1713 an Preußen gefallenen Oberquartier Geldern die katholische Wallfahrtsszenerie in Kevelaer beurteilen sollte. Er war wie seine Vorgänger und auch sein Nachfolger Friedrich der Große, der als Sohn 1738 den Vater mit nach Kevelaer begleiten mußte, reformierter Protestant. Dem König gefiel das alles nicht so richtig, aber er sagte: „Je suis protestante, mais je ne vous suis pas contraire“ (Ich bin Protestant, aber ich bin Ihnen nicht feindlich gesinnt). Daran anlehnend hätten die polnischen Staatslenker vielleicht sagen sollen: Ihr Deutschen, ihr wißt ja, wir sind Polen. Irgendwie gefällt uns die Sache nicht ganz. Aber wir werden uns die Sache mal in Ruhe ansehen.

Neuss – Sonnabend, 11. Juli, 12 Uhr, großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten an der Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal. Das Kuchenbuffet bietet eine reichhaltige Auswahl selbstgebackener Kuchen nach ostpreußischem Rezept und auch andere Spezialitäten der Jahreszeit. Metzger Seidenberg brutzelt das Fleisch auf offenem Feuer und hält auch ostpreußische Grützwurst bereit. Es wird geschabbert vom fernen Ostpreußen, vom krabbelnden Enkel, vom Blumengarten hinterm Haus. Wer möchte, genehmigt sich zum Bier einen Bärenfang oder kostet einen Pillkaller. Alle sind herzlich eingeladen.

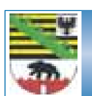
Rhein-Sieg – Ehrenvorsitz für Ewald Wieczorek. In Anerkennung seiner Verdienste um die Gruppe wurde der langjährige Vorsitzende Ewald Wieczorek von der Gruppe einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Für Ewald Wieczorek ist dies aber noch lange kein Grund, sich aufs „Altenteil“ zu begeben. Nach wie vor ist er aktiv in der Gruppe und bringt sein reiches Wissen und seine Erfahrungen bei zahlreichen Gelegenheiten ein. Die Kreisgruppe Rhein-Sieg e.V. wünscht Ewald Wieczorek noch viel Schaffenskraft bei bester Gesundheit. – Die Treffen der Kreisgruppe finden – wie in der Vergangenheit – an jedem zweiten Montag im Monat statt. Veranstaltungsort ist das Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Gäste sind herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 10. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 17. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Dienstag, 21. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur heimatlichen Kaffeestunde im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz.



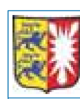
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 15. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 6. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 13. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Motto der Zusammenkunft: „Bücher aus der Heimat“.

Osterburg – Vom 21. Juli bis 28. Juli, Busreise nach Ermland und Masuren für 529 Euro pro Person.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg-Fehmarn – Der jüngste Ausflug der Gruppe führte die 40 Teilnehmer in den Norden von Schleswig-Holstein beziehungsweise nach Dänemark. Die gute Laune der Reisegesellschaft war geradezu sprichwörtlich. Nach einem ausgiebigen Frühstück ging es zunächst an die Landesgrenze nach Dänemark (Krusau). Von dort Küstenstraße entlang nach Sonderburg und von dort zu den Düppeler Schanzen, wo 1864 der Deutsch-Dänische Krieg tobte. Über die geschichtliche Bedeutung dieses Schauplatzes wurde der Reisegruppe von ihrem Reiseleiter viel Wissenswertes vermittelt. Danach wurde in Flensburg zu Mittaggegessen, wonach sich dann die Besichtigung der Porzellanbörse und Kaffeetafel im Bauerncafé in Hüllerup / Handewitt anschloß. Nach diesem erlebnisreichen Tag wurde dann die Heimreise angetreten.

Neumünster – Mittwoch, 8. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gartencafé Scheffler. – Zum letzten Treffen der Gruppe war der Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Neumünster eingeladen. „Die Polizei – Dein Freund und Helfer – Sicherheit für Senioren“ das war das Thema. Doch leider hatte der eingeplante Beamte die Gruppe vergessen. Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé berichtete dann von dem Einbruch in ihrem Haus während der Beerdigung ihres Mannes. Nach der Kaffeepause wurde es ein lockerer Nachmittag. Aus den Reihen wurde für gute und heitere Unterhaltung gesorgt. Es blieb Zeit auch für „Schabberchens“ untereinanderm und der Nachmittag verlief in geselliger Runde viel zu schnell. – Anfang Juni unternahm die Gruppe ihren Jahresausflug. Eine Schiffsfahrt auf der Alster ab / bis Jungfernstieg mit Mittagessen im Café Wien auf einem ehemaligen Alsterdampfer. Die Fahrt durch die Alsterkanäle führte an gepflegten Villen mit Parkanlagen, moderne Wohngebäude, urwüchsige Uferpartien, nur wenig entfernt von der Innenstadt vorbei. Befahren wurde der Osterbekkanal, der Barmbeker Stichkanal, der Stadtparksee und der Goldbekkanal mit einem „Alsterschipper“. Es sollten während des Ausflugs Quizfragen beantwortet werden. Die Erste Vorsitzende Brigitte Profé hatte die Lösung in ihrer Begrüßungsrede verpackt, so war die Aufgabe nicht allzu schwer und die fünf ausgesetzten Preise wurden errungen. Mit dem Gedicht „Ein schöner Tag ward uns beschert“ endete die Fahrt gegen 19 Uhr in Neumünster.

Seminar Werkwoche

Hamburg / Bad Pyrmont – Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis 18. Oktober im Ostheim, unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, statt. In den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Sticken, Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur begrenzt zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Hinweis: Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln des Bundes über die Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kirchspieltreffen Laggarben und Umgebung im Ostheim/Bad Pyrmont – Liebe Heimatfreunde aus dem gesamten Kirchspiel Laggarben und Umgebung. Vom 3. bis 5. August findet – wie in den vergangenen Jahren – das Treffen der Heimatfreunde aus Skandau, Sillginnen den Nachbarorten Króligkeim und Löwenstein im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Anmeldungen sind noch bis zum 15. Juli möglich. Nähere Informationen bei Alfred und Bärbel Baginski, Telefon (05233) 6389.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Nachruf auf Herbert Laubstein – Am 17. Mai 2009 verstarb Herbert Laubstein im Alter von 78 Jahren in Gevelsberg. Wir verlieren mit ihm einen überzeugten, aufrichtigen, aber auch streitbaren Ostpreußen. Das liegt zum

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

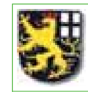
einen an seinen typisch-preußischen Charaktereigenschaften, zum anderen aber wohl an den schweren Schicksalsjahren, die er als Jugendlicher im von der russischen Armee besetzten Ostpreußen in den Jahren von 1945 bis 1948 durchzustehen hatte. Geboren wurde Herbert Laubstein am 25. November 1930 in Schaakswitte, Kreis Königsberg, wo er bis zum Einmarsch der Russen im Januar 1945 in die Schule ging. Von Januar 1945 bis 1948 lebte er unter erbärmlichsten Umständen im nördlichen Ostpreußen an verschiedenen Orten, unter anderem in den Kreisen Wehlau und Labiau, und arbeitete auf verschiedenen Kolchosen. Mehrere Einträge in der Lohnliste der Kolchose Perwissau, die im Samland-Museum in Minden als Kopie ausliegt, geben Zeugnis davon. Über das Leben in der Heimat und während der Russenzeit verfaßte er mehrere Schriften. Sie geben ein anschauliches und eindringliches Bild der nach Januar 1945 für die verbliebenen Deutschen fast nicht zu ertragenden Lebensverhältnisse, sind aber auch Erinnerung an die letzten Jahre in der Heimat am Kurischen Haff. Als Titel seien hier genannt: „Kinderjahre am Haff – Erinnerungen“, „Schaakswitte, Chronik eines Dorfes“, „Die letzten Jahre am Kurischen Haff“. Die Leser von „Unser schönes Samland“ kennen Herbert Laubstein aber auch als Verfasser vieler Artikel, die unsere Heimat nach der Zeit

der Öffnung des Eisernen Vorhanges betreffen. Dazu konnte er aufgrund seiner häufigen Reisen ins heimatliche Ostpreußen, insbesondere in den Kreis Samland, wunderbare Fotografien mit aktuellen Motiven beisteuern. Er war immer wieder in Ostpreußen und hat auf beschwerlichen Transporten den neuen Bewohnern Hilfsgüter gebracht und Kontakte geknüpft. Viele unserer Landsleute verdanken ihm eindrucksvolle Fahrten nach Königsberg und Umgebung. Durch seine Russischkenntnisse und sein gewandtes Auftreten gelang es ihm, seine Gruppen gut und schnell über die Grenzen zu bringen. Eine Reise im Jahre 2006 konnte er nur noch planen. Landsleute aus Groß Ottenhagen erzählen mir, wie schwer es ihm gefallen ist, eine dreißigste Reise nicht mehr durchführen zu können. Aber er hatte alles bestens vorbereitet und stand bei der Abfahrt am Bus. Er überreichte eine Flasche Schnaps, die beim Überfahren der Oder geleert werden sollte. Nicht weniger aktiv war er für seine Landsleute aus Schaakswitte. Mit ihnen war er besonders verbunden. Mit viel Liebe und Fleiß hat er die stets gut besuchten Ortstreffen in Bremerhaven organisiert und war ein Bindeglied der ehemaligen Bewohner seines Dorfes. Mit Herrn Dr. Lemke arbeitete er an einer umfangreichen Chronik von Schaaken. Für sein vorbildliches Engagement zeichnete ihn die Landsmannschaft Ostpreußen mit dem silbernen Ehrenzeichen aus. 1988 wurde Herbert Laubstein in den Kreisausschuß der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e. V. und dann zum Schatzmeister gewählt. Er war ein strenger Kassenverwalter, hat aber auch selbst mit großem Arbeitsaufwand und viel Talent dafür gesorgt, daß „die Kasse stimmte“. Man denke nur an die schönen Ostpreußenkalender mit den meist selbst aufgenommenen Fotografien aus allen Teilen Ostpreußens oder an seine Faltblätter, mit denen die Kreisgemeinschaft für das Samland-Museum in Minden um Besucher wirbt. Die Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e. V. hat Herbert Laubstein für seinen unermüdlichen Einsatz zu danken. Das Mitgefühl gilt seiner Familie. Die Kreisgemeinschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Hinweis – Unser nächstes Kreistreffen findet, wie bereits angekündigt am 3. und 4. Oktober in Minden, im Hotel Bad Minden, Portastraße 36, 32429 Minden statt, Telefon (0571) 9563369, E-Mail: hotel@badminden.de Wir empfehlen denjenigen Landsleuten, die im Hotel Bad Minden logieren wollen, schon bald eine Bestellung mit Rückbestätigung unter dem Stichwort Königsberg aufzugeben.

Neuerscheinung – Kürzlich ist das Ortsfamilienbuch für das in unserem Kreisgebiet liegende Kirchspiel Heiligenwalde erschienen. Verfasser und Herausgeber ist Dr. Patrick Plew, Österreicherstraße 26, 01279 Dresden, E-Mail: Patrick_plew@arcor.de Das Ortsfamilienbuch enthält und verknüpft alle Einträge der Kirchenbücher von 1671 bis 1874 (Geburten, Eheschließungen und Todesfälle) sowie einer Vielzahl von privaten Quellen bis 1945. Zusammen sind das über 25 000 Einzeldatensätze. Dieses Buch wurde mit den Ortsfamilienbüchern Kaimen, Schönwalde, Groß Legitten und Arnau verknüpft. Das Buch hat ein Format von 19x27 Zentimeter und enthält rund 630 eng beschriebene Seiten, inklusive einer geschichtlichen Einleitung, verschiedenen Landkartenausschnitten und mehreren Registern. Ein Exemplar liegt in Minden in unserem Heimatmuseum aus. Besuchern unseres in diesem Jahr am Sonnabend, den 3. und Sonntag den 4. Oktober in Minden stattfindenden Kreistreffens wird Gelegenheit zur Einsicht gegeben. Weiterhin verweisen wir auf das ebenfalls in Minden ausliegende Ortsfamilienbuch (OFB) des Kirchspiels Arnau. Auch dieses OFB kann in Minden eingesehen werden, Format 19x27 Zentimeter, 333 Seiten. Erfaßt sind alle Geburten, Eheschließungen und Todesfälle von 1668 bis 1769.

Samlandmuseum im Preußenmuseum in Minden – Unser Museum ist vom 4. Juli bis 28. Juli geschlossen.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (040) 7373220.

Neugewählter Vorstand – Die Kreisgemeinschaft hat am 28. März einen neuen Vorstand gewählt. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: Kreisvertreter Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de; Stellvertretende Kreisvertreterin Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon und Fax (040) 7373220; Stellvertretende Kreisvertreterin Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon und Fax (04122) 55079; Schatzmeister Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452; Geschäftsführer Lothar Gräf, Dr.-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570. Außerdem hat die Kreisgemeinschaft Mohrungen (Morag) folgende Kontaktpersonen in der Heimat: Urszula Manka, ul. Pomorska 23, PL-14-300 Morag, Vorsitzende des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“, Telefon (0048) 897576374 und Henryk Pruschkowski, ul. Herdera 3/9, PL-14-300 Morag, Telefon und Fax (0048) 897572892, zuständig für die „Mohrunger Stuben“ im historischen Rathaus.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Busreise zum Hauptkreistreffen in Osterode (Ostróda) und Buchwalde (Kajkowo) vom 29. bis 31. August – Zum diesjährigen Hauptkreistreffen in Osterode (Ostróda) und Buchwalde (Kajkowo) sind im Reisebus des Herrn Plewka sind noch Plätze frei. Diese achttägige Busreise mit Übernachtungen im Hotel Sajmino in Buchwalde (Kajkowo) beginnt am 26. August und endet mit der Rückkehr nach Deutschland am 2. September. Zusteigmöglichkeiten in Düsseldorf, Bochum, Dortmund und an den Autobahnraststätten BAB 2 Hamm-Rynern, Gütersloh, Herford, Hannover-Garbsen, Hannover Hauptbahnhof /Busbahnhof ZOB-Steig 4, BAB 2/Raststätten Braunschweig, Helmstedt, Magdeburg, Berlin-Michendorf. Bei der Hin- und Rückfahrt ist jeweils eine Zwischenübernachtung vorgesehen. Während des Aufenthaltes im Heimatkreis steht den Reiseteilnehmern ein freier Tag zum Besuch der Heimatdörfer zur Verfügung. Geplant ist bei ausreichender Teilnehmerzahl (mindestens 20 Personen) auch eine Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal über die Rollberge. Reisepreis: 595 Euro pro Person im DZ inklusive HP (Frühstück und Abendessen). EZ-Zuschlag 70 Euro. Das ausführliche Programm mit Anmeldeformular und Sonderprogramm für das Hauptkreistreffen bitte bei Herrn Plewka, Telefon (02366) 35651, Fax (02366) 81589. Danach wäre die Reiseanmeldung möglichst kurzfristig vorzunehmen. Nutzen Sie die Möglichkeit zur Teilnahme am Hauptkreistreffen und zum Wiedersehen der Heimat!



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

120jähriges Jubiläum der Feuerwehren in Landsberg / Ostpreußen – Am 13. Juni 2009 feierten die Feuerwehren in Landsberg (heute Gorowo Ilaweckie) ihr 120-jähriges Jubiläum. Zu dieser Veranstaltung hatten der Bürgermeister, Jerzy Bubela, und der Leiter der Feuerwehren, Adam Ciosek, die Partner aus Verden und Vertreter der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau eingeladen. Mit einer Delegation von 14 Personen erreichten wir nach fast 18stündiger Busreise in der Nacht zum 12. Juni Bartenstein. Am Vormittag desselben Tages bereits um 9 Uhr empfing uns Landrat Nadolny im Gymnasium zu Bartenstein und begrüßte uns sehr herzlich. Nach dem Austausch der Grußworte berichtete der Vizelandrat, Herr Dombrowsky, über die Schwierigkeiten des Kreises bezüglich der wirtschaftlichen Randlage zum Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad). Am Nachmittag fuhren wir nach Lötzen und unternahmen dort einen Schiffsausflug durch die wunderschöne Seenlandschaft Masurens.

Auf der Rückfahrt zu unserem Hotel in Bartenstein besichtigte die Delegation die beeindruckende Wallfahrtskirche „Heiligenlinde“. Am Sonnabend, 13. Juni, nahm dann die Delegation an den Veranstaltungen zum 120jährigen Jubiläum der Feuerwehren in Landsberg teil. Der Leiter der Delegation, Lutz Brockmann, Bürgermeister zu Verden, hob in seiner Rede die besondere Bedeutung der Jugendbegegnungen, die nunmehr seit 20 Jahren zwischen dem Landkreis Verden, der Stadt Gorowo Ilawecki (Polen) und Bagrationowsk (Rußland) hervor. „Gerade diese Jugendbegegnungen sind im Hinblick auf die gemeinsame Zukunft Polens und Deutschlands in Europa, einem Europa der Freiheit, der Demokratie und der Solidarität sehr wichtig.“ In einem Grußwort anläßlich der Feierlichkeiten habe ich als Kreisvertreter den angetretenen Feuerwehrfrauen und -männern für die Fortsetzung der über 120 Jahre währenden Tradition meine Anerkennung im Namen der Kreisgemeinschaft ausgesprochen. Radio Allenstein berichtete am Abend des 13. Juni sehr positiv über den Ablauf der Feierlichkeiten und würdigte dabei die Anwesenheit der Partner aus Deutschland. Am Sonntag, 14. Juni, brachen wir am frühen Morgen zur Rückfahrt auf. Eine Zwischenstation legten wir in Thorn/Weichsel ein. Zur Übernachtung waren wir in Posen angemeldet. Am Montag gegen 18 Uhr kamen wir wohlbehalten in Verden wieder an.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, Telefon und Fax (0431) 77723, E-Mail: Kiellinie9@gmx.de.

Reise nach Tilsit – Anfang Juni dieses Jahres unternahm der neu gewählte Erste Vorsitzende und Stadtvertreter, Ulrich Depkat, seinen Antrittsbesuch in seiner Heimatstadt Tilsit (Sowjetsk). Für den erkrankten Oberbürgermeister Smilgin nahm sein Stellvertreter Ichtschenkow den Gedankenaustausch wahr. Ulrich Depkat konnte den Zweck und die Aufgaben der Stadtgemeinschaft Tilsit umreißen: Heimatpflege und Heimatkunde durch Erfassung der früheren Bewohner der Stadt Tilsit sowie deren Nachkommen in einer Heimatkartei; Pflege des Zusammenhalts der früheren Bewohner der Stadt Tilsit durch Publikationen in Schrift und Bild, wie Tilsiter Rundbriefe und *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* und Veranstaltungen, wie Heimattreffen und Fahrten nach Tilsit; Erhaltung und Wiederherstellung von Erinnerungsstätten in Gemeinschaft mit der dortigen Bevölkerung (zum Beispiel Waldfriedhof). Die Pflege des Patenschaftsverhältnisses zur Stadt Kiel ist ein besonderes Anliegen der Stadtgemeinschaft, wie auch die Pflege der von der Stadtgemeinschaft initiierten Partnerschaft der Landeshauptstadt Kiel zu Tilsit (Sowjetsk). Oben angeführte Ziele der Stadtgemeinschaft wurden vom Stellvertretenden Oberbürgermeister uneingeschränkt akzeptiert, das Gespräch endete in großer Harmonie mit dem Austausch von Präsenten. Die ehemalige Direktorin der Schule am Waldfriedhof und jetzt in Diensten der Stadt, Tamara Kobsar, erklärte sich bereit, mit einer Jugendgruppe die deutschen Bürgergräber (1909–1941) zu pflegen, das heißt vom Unkraut zu befreien und die Inschriften nachzuziehen; dafür wurden 200 Euro übergeben. Der schöne Waldfriedhof wird gemeinsam von deutscher (Volksbund) und russischer Seite gepflegt. Im Auftrag von Karla Rintschenk, Mitglied der Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft, konnte eine Spende von 500 Euro an Ordensschwester Maksymiliana von der katholischen Kirche Tilsit für das Projekt „Kinder an der Memel“ übergeben werden. Nach dem Besuch des Historischen Museums in Tilsit mit eindrucksvollen Erinnerungsstücken aus der deutschen Zeit und ergänzt um Stücke aus der sowjetisch / russischen Ära, folgte das Beisammensein mit dem Hauptgesprächspartner, der russischen Tilsitgesellschaft, die seit nunmehr zehn Jahren existiert und unter der Nummer 801 beim Staatlichen Registergericht in Kaliningrad als eingetragener Verein registriert ist. Die russische Tilsitgesellschaft ist das Pendant zur Stadtgemeinschaft Tilsit, es werden gemeinsam die gleichen Ziele verfolgt: Vermittlung der historischen Vergangenheit des alten Tilsit und der heutigen Bevölkerung der Stadt Sowjetsk (Tilsit), Einflußnahme auf die russische Stadtverwaltung hinsichtlich völkerverbindender Kontakte, aber auch Wahrnehmung von Belangen alter Tilsiter bei Besuchen in der Heimat. Abschließend überreichte Ulrich Deptkat Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen an: Anatoli Polunin, Vorsitzender der russischen Tilsitgesellschaft, und Jakow Rosenblum, Stellvertretender Vorsitzender und rühriger Dokumentarist „für deutsch-russische Völkerverständigung und Völkerfreundschaft“. Nach der Übergabe von Informationsmaterial über das alte Tilsit und Austausch von Präsenten beschloß ein gemeinsames Mittagessen das harmonische Beisammensein unter Freunden.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont / Ostheim – Das Ostheim führt auch im Jahr 2009 wieder die Sommerakademie-Sticken in Bad Pyrmont durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum, Ajour, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das siebentägige Seminar beginnt am Montag, 27. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Montag, 3. August 2009 nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 403 Euro im Doppelzimmer, 445 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für sieben Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.

Schuß, und Tor!

Interessante Ausstellung über schlesische Fußballspieler

Das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel beherbergte eine interessante Schau, die im Vorfeld der diesjährigen U 21-Europameisterschaft in Schweden (Deutschlands U 21-Nationalmannschaft wurde vergangenen Montag Europameister – sie besiegte die englische U21-Nationalmannschaft 4:0) neue Zielgruppen ins Haus lockte. Unter dem Motto „Oberschlesier in der deutschen und polnischen Fußballnationalmannschaft – gestern und heute. Sport und Politik in Oberschlesien im 20. Jahrhundert“ wurden die deutsch-polnischen Fußballbeziehungen beleuchtet, die im Ruhrgebiet eine lange Tradition haben und mit der Industriegeschichte dieser Region eng verbunden sind.

Die Ausstellung des „Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz“ war bereits in oberschlesischen Städten zu sehen und erfuhr dort regen Publikumszuspruch. Die Präsentation in Ratingen-Hösel wurde mit Exponaten privater Leihgeber – darunter Georg Ignacek und Dr. Jozef Kurzeja – bereichert und trug dazu bei, der schlesischen Fußballerseele ein Stück näher zukommen.

Anhand von Fotografien, Realien, Sammler- und Erinnerungsstücken wurden sowohl große Siege als auch leidvolle Niederlagen dokumentiert sowie Lebensgeschichten und persönliche Schicksale der Fußballstars geschildert.

Dieter Göllner



Es hat sich viel verändert Bild: DG

Stimme der Heimat – Lieder der Heimat

Seit 30 Jahren erfreuen sich die Nordostdeutschen Singwochen ungetrübter Beliebtheit

„Kommt zum Singen!" Mit diesem Aufruf von Hanna Wangerin im *Ostpreußenblatt* vom 30. April 1979 begann eine Einrichtung, die bis heute lebendig geblieben ist und drei Jahrzehnte lang viele Menschen aller Altersstufen bewegt, beglückt und verbunden hat.

Hanna Wangerin, gebürtig aus Königsberg/Pr. und nach Kriegsende als Kulturreferentin bei der Landsmannschaft Ostpreußen tätig, hat im 69. Lebensjahr mit der Gründung und fast zehnjährigen Durchführung der Nordostdeutschen Singwochen ihre Lebensarbeit gekrönt und vollendet. Zwar waren Mitte der 50er Jahre zwei Liederbücher mit ost- und westpreußischen Liedern erschienen, „Der Brummtopf" von Wilhelm Scholz und „Mein Lied, mein Land" von Herbert Wilhelmi, aber

Lieder müssen gesungen werden

Lieder müssen gesungen werden, wenn sie lebendig bleiben sollen. Die Sorge um den drohenden Verlust dieses wertvollen Kulturgutes, den unerschöpflichen Reichtum an Liedern aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern hatte Hanna Wangerin nicht ruhen lassen.

Über 70 Singbegeisterte waren im Herbst 1979 ihrem Aufruf nach Königstein im Taunus gefolgt, und schon nach der zweiten Singwoche, die in Grömitz an der Ostsee stattfand, konnte Hanna Wangerin wegen der großen Nachfrage zu den „Pyrmonter Singtagen" einladen, auf die im Herbst wieder eine ganze Woche mit Singen und Musizieren folgte. Bis 1993 blieb es bei zwei Veranstaltungen im Jahr an unterschiedlichen Orten mit wechselnden Leitern der Sing- und Instrumentalkreise, mit Referaten zu musikgeschichtlichen Themen und Komponisten, die sich mit ihrer Musik vorstellten. Mit der Gründung eines Vereins, des „Arbeitskreises Nordostdeutsche Musik e. v." mit Dr. Franz Keßler, dem letzten Domorganisten an St. Marien in Danzig als Ersten Vorsitzenden und Hanna Wangerin als Stellvertreterin, war neben aktivem Singen und Musizieren auch wissenschaftliche Arbeit und die Herausgabe von Noten und Tonträgern möglich geworden. 1998 übernahm Prof. Eike Funck den Vorsitz des Vereins, der nach seinem Tod im Dezember 2005 aufgelöst werden mußte, weil sich trotz intensiver Bemühungen der Mitglieder niemand fand, der bereit gewesen wäre, die Arbeit als Erster Vorsitzender fortzuführen.

Dennoch wird weitergesungen und musiziert auf dem breiten Fundament, das Hanna Wangerin, die 1990 starb, und mit ihr viele andere gelegt haben. So hat Eike Funck den bei den oben genannten Liederbüchern ein drittes hinzugefügt („Der wilde Schwan"), das Lieder aus dem gesamten nordostdeutschen Kulturraum enthält, also auch aus dem Baltikum und deutschen Siedlungsgebieten in Polen und Rußland. Ein großformatiges Chorheft mit fast 50 drei- und vierstimmigen Chorsätzen erschien 2006. Eine wertvolle Informationsquelle waren auch die zweimal jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Arbeitskreises Nordostdeutsche Musik e. v." mit musikgeschichtlichen Beiträgen, Komponistenportraits, Lehrgangsberichten und anderem. Das Musikarchiv des Vereins mit Büchern, Noten und Tonträgern wird von Roland Funck in Ahrensburg betreut.

Schon im vorigen Jahr hat sich das Ostheim in Bad Pyrmont als Tagungsort für die Veranstaltung Nordostdeutscher Sing- und Musiziertage hervorragend bewährt, von der Landsmannschaft Ostpreußen großzügig unterstützt aus Bundesfördermitteln des Kulturreferates am Ostpreußischen Landesmuseums.

Am 30. April 2009 begann die diesjährige Veranstaltung – genau 30 Jahre nach dem ersten Aufruf Hanna Wangerins. Der Ansturm war so groß, daß – wie vor 30 Jahren in Königstein – einige Teilnehmer in anderen Quartieren untergebracht werden mußten.



Hanna Wangerin, die „Mutter" der Nordostdeutschen Singwoche Bild: Archiv

Zum traditionellen Morgensingen hatten sich alle 63 Teilnehmer eine Viertelstunde vor dem Frühstück im Treppenhaus eingefunden, um mit Kanons und Liedern fröhlich und vielstimmig den Mai zu begrüßen, schwungvoll dirigiert von der Chorleiterin Karin Petersen. Der Tagesablauf wurde in bewährter Weise mit Gruppenarbeit am Vor- und Nachmittag gestaltet, mit Volkstanz zwischen Mittagessen und Kaffeetrinken und gemeinsamem Musizieren bzw. einem Vortrag nach dem Abendbrot. Wer dann noch nicht müde war, traf sich zum Plachandern und spontanen Singen. In diesem Jubiläumsjahr wurde immer wieder an die erste Singwoche erinnert, unter anderem mit einer Mappe, die Fotos und Berichte und eine ausführliche Würdigung Hanna Wangerins enthielt.

Auch Gespräche über diese ereignisreiche und folgenschwere Woche waren möglich, denn vier Teilnehmerinnen haben sie noch miterlebt, und mit Karlheinz Grube saß sogar einer der damaligen Singleiter in der Runde. Neben ihm hatte Hanna Wangerin, Wilhelm Scholz und Harald Falk als erfahrene Singleiter engagieren können. Harald Falk hatte bei den großen Ostpreußentreffen in Köln mit seinem Chor, der Musikantengilde Halver, das Offene Singen geleitet. Auf einer von der Landsmannschaft Ostpreußen herausgegebenen Musikkassette kann man noch heute diesen Chor mit ostpreußischen Liedern in den schönen Chor- und Instrumentalsätzen von Harald Falk hören.

Von Wilhelm Scholz hatte Karin Petersen für die Singgruppe einige der von ihm mit einer Gegenstimme versehenen ostpreußischen Lieder wie „Welch ein Wunder" ausgewählt. Und alle sangen das während seiner Kriegsgefangenschaft entstandene Lied „Abend, breite deine Schwingen über aller Arbeit aus" in dem von Scholz komponierten vierstimmigen Chorsatz. Eine Herausforderung, vor allem für die Männerstimmen, war Ewald Schäfers Vertonung des Gedichts „Frühling" von Agnes Miegel. Etwas leichter und eingängiger kommt Schäfers Melodie zu dem Gedicht „Die weißen Wolken wandern" von Fritz Kudnig daher, während der Chorsatz für die Män-

»Es war wie nach Hause kommen«

nerstimmen wieder einige Überraschungen bereithielt.

Die große Blockflötengruppe unter der bewährten Leitung von Solveig Hachtmann hatte bezaubernde alte Tänze erarbeitet, und mit dem siebenstimmigen Stück aus dem Frühbarock (um 1600), überwiegend mit tiefen Flöten bis zum „baumlangen" Subbaß besetzt, erntete sie stürmischen Beifall.

Die Gitarrengruppe unter Ronald Funcks Leitung hatte auf die Bitte der Tanzleiterin (Brigitte Schulze) zwei Tanzmelodien eingeübt, einen „Maientanz" nach dem Lied „Wir tanzen im Maien" und den pommerschen „Schneidertanz". Der plattdeutsche Text dazu konnte von den Zuhörern beziehungsweise Zuschauern während der Vorführung der Tänze aus dem Liederbuch mitgesungen werden. Außerdem wurden von den Gitarren zwei Lieder von Edith Nothdorf in Sätzen von Roland Funck und vierstimmige Liedsätze von Eike Funck gespielt.

Der Vortragsabend von Ilse Conrad-Kowalski war den Dainos gewidmet, jenen Liedern, die ins nordöstliche Ostpreußen eingewanderte Litauer mitgebracht hatten und die dort in deutscher Übersetzung gesungen wurden. Schon Goethe, Herder und Lessing waren von den poetischen Texten dieser Volkslieder begeistert und hatten sich an dichterischen Übertragungen versucht. Eine Auswahl aus der 1886 von Christian Bartsch herausgegebenen, fast 400 Lieder umfassenden Sammlung „Dainu Balsai" hat Eike Funck für das Liederbuch „Der wilde Schwan" getroffen. Drei weitere Dainos konnten während des Vortrages von einem von Ilse Conrad gestalteten Liederblatt abgesungen werden, um einen Eindruck von der besonderen Melodik dieser Lieder zu gewinnen. Trotz des engen Zeitplans hatten drei Musiker eine „Nische" gefunden, um mit ihren Saiteninstrumenten ein Haydn-Trio zu üben und es zum Abschluß zur allgemeinen Begeisterung zu Gehör zu bringen. Als gemeinsamer Schluß erklangen – wie zum Beginn – die Verse eines Gedichtes von Theodor Storm in der Vertonung von Gerhard Schwarz: „Wieder einmal ausgeflogen, wieder einmal heimgekehrt, fand ich doch die alten Freunde und die Herzen unversehrt".

Für Pfingsten 2010 ist das nächste Treffen der Freunde der nordostdeutschen Musik geplant. „Es war wie nach Hause kommen", sagte zum Abschied eine Teilnehmerin aus der Gruppe der deutschen Volksgruppe aus Allenstein und Osterode, um auszudrücken, wie wohl sie sich in diesem Kreis gefühlt hatten. *Brigitte Schulze*

Musical von A. Lloyd Webber · großes Transportschiff · Meeresbewegung · Industriestadt in NRW · unbekleidet · einkreisen; bedrängen · Baumfrucht · Nachkommenschaft aus Eiern · Staat der USA · Qualitätswein mit Prädikat · Laubbaum · Sammlung altnord. Dichtung · Endpunkt · sich teilweise zersetzen (Alkohol) · Gebirgszug westl. des Oberrheins · U-Bahn (bes. in Paris, Moskau) · Süßspeise · Ureinwohner Neuseelands · unberührter Baumbestand · verehrtes Vorbild · unverheiratet · innige Zuneigung · Erzählung, Schilderung · glasartiger Schmelzüberzug · Spion, Spitzel · Klettereidechse · spanischer Cellist (Pablo) · Ostgermane · Preisabzug · bezeichnen; taufen · höchster Teil der Karpaten · Gleitschiene (Schlitten) · Verbindungslinie, -stelle · unecht wirkendes Verhalten · kleine Ansiedlung · ärztliches Instrument · dt. Autor (Freiherr von) · Areal, Terrain · von geringer Größe · chem. Zeichen für Osmium · Federbettenstoff · zu viel Hitze bekommen (Essen) · alltäglich, gewöhnlich · norwegische Hauptstadt · Feldertrag · schüchtern, befangen · engl. Adelstitel: Herzog · Gerücht (französisch) · Abkürzung für das ist · ein Balte · Training, praktische Erfahrung · nicht heiter; seriös · Teigware · modisch schick · Fluss zur Donau · Anhänglichkeit, Loyalität · Teil der mechanischen Uhr · Gewittergrollen · hell glänzen, schimmern · Rüpel, Rowdy (ugs.) · Kirchenmusikinstrument · Hinterhalt (auf der ... liegen) · altröm. Liebesgöttin; Planet · Missgünstiger · langsam sein, bummeln · Prachtstraße · Ausruf der Verwunderung · äußerste Armut · tiefes Bedauern · schmal; begrenzt · Singvogel; Berühmtheit · Ersatzschauspieler · Nachrichtenüberbringer · regsam und wendig · Rest im Glas · teuflischer Geist, Unhold · Sportruderboot · japanische Hafenstadt · derb-komisches Bühnenstück · gesetzlich · geistliches Lied (USA) · offener Güterwagen · ein Glücksspiel · Empfehlung · griechischer Buchstabe · Schreitvogel, Sichler · russische Stadt an der Oka · Ungeziefer, Parasit · ostasiatisches Brettspiel · Stadt in Schottland · Kupferstecher · einer der Heiligen Drei Könige · besonders; außerdem · blassroter Farbton · Unterarmknochen

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Futter, 2. Strich, 3. Hunger, 4. Fackel, 5. Muster, 6. Strauch, 7. Maerchen – Tinktur

Magisch: 1. Botanik, 2. Satiren, 3. Finesse

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

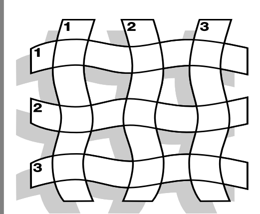
DENOZ · ALNU · BEELN · ENRSU · AOTU · ABST · ELOS · ANSS · EKLMO · ABOS TU · AEEEL NNPT · AHLZ · BEOR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Extrakt aus tierischen oder pflanzlichen Grundstoffen.

1	KRAFT		TROG
2	LAND		MAENNCHEN
3	MACHT		LOHN
4	PECH		ZUG
5	SCHNITT		HAFT
6	WACHOLDER		DIEB
7	SCHAUER		BUCH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Pflanzenkunde
2 Spottschriften
3 Feinheit

Billy, Knut und Konsorten im Museum

Pinakothek der Moderne zeigt Produkte eines Möbelkonzerns – Modetrends auch im Wohnzimmer

Vom Teppich über Glas, Vasen und Kinderspielzeug bis zum Möbel zeigt die Pinakothek der Moderne in München in der Ausstellung „Democratic Design – Ikea“ rund 150 Exponate aus dem schwedischen Möbelhaus.

Ivar, Billy und Knut haben eine ganze Generation jahrelang begleitet. Die Produkte aus Schweden waren preisgünstig und sie entsprachen dem Geschmack der Zeit. Böse Zungen behaupten zwar, ein Mensch werde erst dann erwachsen, wenn er sich von seinen Ikea-Möbeln getrennt habe. Nun aber sind sie sogar im Museum gelandet.

Wenn „Billy“, „Ivar“ und Co. auch Massenprodukte sind, so brauchen sie sich hinter anderen Design-Produkten dennoch nicht zu verstecken. Die Pinakothek widmet der Ausstellung allerdings keine eigenen Räume, sondern hat die Exponate in die umfangreiche ständige Design-Ausstellung des Hauses eingestreut. Wie Inseln im Meer des Designs wirken die Ikea-Produkte, die auf den Pappen stehen, die sonst für eine stabile Verpackung sorgen müssen und nach der Ausstellung wieder ins Hochregal wandern werden. Die Wirkung ist erstaunlich: Inmitten all der elitären Corbusier-Liegen und freischwingenden Stühle wirken die Ikea-Exponate vertraut. Als Besucher fühlt man sich wie zu Hause und kommt zu dem Schluß: Gute Gestaltung hat nichts mit Geld zu tun.

„Die schöne Form ist für alle da. Und nicht nur fürs Museum!“ lautete einst die Parole aus dem Hause des schwedischen Möbelkonzerns. Die Vorstellung von einem „demokratischen Design“ prägte das Bild Ikeas grundlegend.

„Ein entscheidender Aspekt ist die Entwicklung einer spezifischen Formensprache und Produktpalette, die verschiedene gestalterische Richtungen verbindet“, erläutern die Ausstellungsmacher das Programm der Präsentation und nennen „zum einen die skandinavische Moderne mit ihrer Vorliebe für das Material Holz, naturbelassene Oberflächen und organische Formen, zum anderen internationale Strömungen wie etwa der von Flower Power und ‚Demokratie von unten‘ geprägte Stil der sechziger Jahre oder die Postmoderne.“ Dazu komme das Bekenntnis zur „Swedishness“, zum Schwedisch sein, das sich gestalterisch in einem Landhausstil zeige, der von heimischen Traditionen inspiriert werde. Man denke nur an die Aquarelle von Carl Larssen im 19. Jahrhundert. Aber auch experimentelle Entwürfe junger schwedischer Entwerfer würden berücksichtigt.



Der Alltag fand den Weg ins Museum: Ikea-Möbel als Designbeispiele — Bild: Die Neue Sammlung

Daß die Ikea-Exponate in der Neuen Sammlung der Pinakothek der Moderne gezeigt werden, kommt nicht von ungefähr. Idee und Initiative zur Gründung des Museums hängen eng mit der 1907 in München formierten Werkbundbewegung zusammen, der von Künstlern, Kunsthandwerkern, Architekten, Werkstätten und Industriellen gegründeten Vereinigung zur Verbesserung des

> Gut geformte Dinge sollen das Leben verbessern

Lebens mittels gut geformter Dinge. Vorstellungen, denen sich auch Ikea verbunden fühlt. Eine ab 1912 aufgebaute „Moderne Vorbildersammlung“ des Münchner Bundes, einer Teilgruppe des Werkbundes, bildete mit rund 2000 Objekten den Grundstock des Sammlungsbestandes des Hauses. 1925 wurde die Neue Sammlung als Staatsmuseum gegründet und firmierte als „Abteilung für Gewerbekunst“. Das „Neu“ im Namen war Programm und ist den Verantwortlichen Verpflichtung bis zum heutigen Tage.

Wer sich für Design und Trends in der Innenraumgestaltung interessiert, kann an den einschlägigen Möbelmessen nicht vorbei gehen. Ein Höhepunkt ist alljährlich im Frühjahr die Mailänder Messe. Ob allerdings alles, was dort gezeigt wird, auch seine Abnehmer findet, bleibt dahingestellt, zu extravagant sind oft die vorgestellten Entwürfe. So war in diesem Jahr digitaler Fotodruck auf Textil der Renner. Man saß auf Sofas, die mit schneebedeckten Hängen auf der gezackten Rückenlehne, Wasserfällen als Sitzfläche und bewaldeten Gebirgshängen auf den Armlehnen verziert waren. Nichts ist, wie es scheint, war die Devise der jungen Möbeldesigner. Feine Wollteppiche sahen dank einer speziellen Schertechnik und raffinierter Farbgebung aus wie die Seegrasfliesen, die man Mitte der 70er Jahre in fast jedem aufgeschlossenen Haushalt finden konnte. Transparenter Kunststoff imitierte bei einem anderen Gestalter raffiniert dichtes Strohgeflecht.

Ein Trend hat sich ganz besonders abgezeichnet: Aus Bad und Schlafzimmer wird ein privater Rückzugs- und Wellness-Bereich, aus Küche, Eß- und Wohnzimmer eine halb-öffentliche, kommunikative Zone, so die Wohnexperten der internationalen Möbelmesse „imm cologne“. Die dazu passenden Möbel müssen vielseitig einsetzbar und nicht zweckbezogen sein. „Alle Möbel passen überall hin“, so der Verband der deutschen Möbelindustrie.

Wer bei der Fülle des Angebots ins Schlingern gerät, der kann sich auch Hilfe bei Einrichtungsberatern suchen. Die gibt's jetzt sogar online unter www.die-online-einrichter.de oder www.wohninformation.de. Junge Inneneinrichter geben Informationen, wie man seine eigenen vier Wände ansprechender gestalten kann. Manchmal fehlt nur das eine oder andere Accessoire, mit dem man Althergebrachtes in neuem Licht erscheinen lassen kann.

Silke Osman

Die Ausstellung in der Neuen Sammlung der Pinakothek der Moderne, Kunstareal München, Barer Straße 40, ist bis 12. Juli 2009, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr geöffnet, Eintritt 9,50/6 Euro.

Äußerer Glanz und innere Macht

Er gilt als der Künstler auf dem Preußenthron: Friedrich Wilhem IV. war künstlerisch überaus interessiert und begabt. Unter dem Schöngeist Friedrich Wilhelm IV. wurde Preußen ästhetischer: Baukunst und Landschaftsgestaltung bestimmten die Politik. Durch äußeren Glanz innere Macht erkennen lassen, war die Maxime. Für fast jedes Bauvorhaben des Königs existieren eigenhändige Entwürfe des Monarchen. Schon als Knabe hat er ausgedehnte Palastanlagen skizziert, aber auch Schlösser, Kirchen und Villen. Selbst als König nutzte er jedes freie Stück Papier, um



seine Entwürfe festzuhalten. Seine Gemahlin Elisabeth sammelte diese Skizzen, so daß vieles der Nachwelt erhalten blieb. Jörg Meiner hat nun in seiner Dissertation zur höfischen Innenraumkunst des 19. Jahrhunderts Appartements Friedrich Wilhelms IV. von Preußen untersucht und Bezüge zu Friedrich dem Großen hergestellt. Ein lesenswertes Geschichtsbuch für Architekturfreunde. *os*

Jörg Meiner: „Wohnen mit Geschichte. Die Appartements Friedrich Wilhelms IV. von Preußen in historischen Residenzen der Hohenzollern“, *Deutscher Kunstverlag, München 2009, 244 S., zahlreiche Abbildungen, geb., 68 Euro*

Schon in der Schule auf Hartz IV eingestimmt

Spannende Reportagen über Menschen, die ihr Leben nicht in den Griff bekommen (wollen) und auf die Hilfe des Staats bauen

Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als unsere Umwelt, nichts ist phantasievoller als die Sachlichkeit. Und nichts Sensationelleres gibt es in der Welt als die Zeit, in der man lebt!“ Dieses Motto des als „rasender Reporter“ in die Geschichte eingegangenen Egon Erwin Kirsch (1885–1948) haben sich drei jeweils in der zweiten Hälfte der 70er Jahre geborene Reporter als Leitlinie gesetzt. Julia Friedrichs, Eva Müller und Boris Baumholt, die vor allem für den WDR Dokumentationen produzieren, belegen in ihren mehrfach ausgezeichneten Sozialreportagen, daß ein guter Reporter zwar eine Haltung, aber keine Vorurteile haben darf und er über jene Menschen, über die er berichtet, etwas erfahren will und keineswegs das Ziel hat, sie zu bekehren.

Von 2005 bis 2008 haben die drei verschiedene Familien in Deutschland besucht. Diese zählen sich selbst zur Unterschicht. Einige von ihnen seit Generationen, andere hingegen sind aufgrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen von der Mittelschicht in die Unterschicht abgerutscht. Wie diese Menschen leben, welche verschiedenen Beweggründe sie antreiben oder vor allem auch nicht antreiben, das beschreiben die drei Journalisten in ihrem Buch „Deutschland Dritter Klasse – Leben in der Unterschicht“ (Hoffmann und Campe, Hamburg 2009, broschiert, 207 Seiten, 14,95 Euro).

Der Leser erfährt, wie es den Protagonisten in den drei untersuchten Jahren ergeht. Die Entwicklungen, die zu verfolgen sind, lassen Rückschlüsse auf falsche Strukturen in der Gesellschaft zu.

So lernt der Leser beispielsweise die 21jährige Jessica, ihren 28jährigen Lebenspartner René und ihre gemeinsame einjährige Tochter Janina kennen. Die drei fahren gemeinsam mit Jessicas 52jährigen Vater Helmut zum Amt. Alle drei Erwachsenen sind arbeitslos. René hat noch nie gearbeitet, Helmut war Maler, doch er ist fest davon überzeugt, daß ihn keiner mehr will. Die Stellenangebote vom Arbeitsamt ignoriert er, denn schließlich tun ihm morgens beim Aufstehen die Knochen manchmal weh, da könne er nicht mehr arbeiten gehen. Außerdem hat er über zwei Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt. Auch René und Jessica sehen kein Problem darin, Geld vom Staat zu bekommen. Wer oder was der Staat ist, darüber haben sich die jungen Webers noch keine Gedanken gemacht. Nur brauchen sie jetzt mehr als die 1129 Euro monatlich, die sie neben Miete und Heizung von ihm erhalten. Leider haben sie nur noch sieben Euro von ihren Hartz-IV-Monatseinkommen übrig, doch der Monat währt noch eine Woche. Nüchtern geben die Reporter die Diskussion zwischen den Webers und dem Behördenmitarbeiter wieder.

Immer wieder wird der Text von Einblockungen unterbrochen, die verschiedene statistische Daten oder Forschungsergebnisse aufführen; sie belegen, daß die Webers nur ein Beispiel unter Millionen ähnlichen Fällen sind.

Wenig später begleitet der Leser Jessicas jüngeren Bruder Pascal zu seiner Förderschule. Der Leser erfährt, daß die wenigsten Kinder vor der Schule frühstücken, und so steht auf dem Stundenplan für die erste Stunde „gemeinsam frühstücken“. Da der Direktor von Pascals Schule überzeugt ist, daß die Kinder der Förderschule sowieso keine andere Perspektive als Hartz IV haben, ist auch der gesamte Lehrplan darauf ausgerichtet. Statt Autofinanzierung wird hier im Matheunterricht durchgerechnet, was man sich von einem Hartz-IV-Regelsatz aus dem neuesten Aldi-Prospekt leisten kann. Wie der Fall von Pascals älterer Schwester Jessica gezeigt hat, ist dies eine wichtige Fähigkeit. Doch Jessica würde selbst nach diesem Unterricht nicht anders handeln, denn sie weigert sich, länger als drei, vier Tage im voraus zu planen.

Derweil fährt Heidemarie Danzer in Berlin Essen aus. 43 Cent pro Menü zahlt ihr der Essensservice. Sie schafft etwa zehn Stück pro Stunde, macht 4,30 Euro Stundenlohn. „1,9 Millionen Menschen in Deutschland erhalten fünf Euro Stundenlohn und weniger“, wird das Institut für Arbeit und Qualifikation zitiert. Wie der Alltag solcher Menschen aussieht, zeigt das Beispiel Danzer. Uwe Kahl verdient zwar mehr, doch der Zeitarbeiter hofft stets vergeblich auf eine Festanstellung.

An der Förderschule von Pascal wehrt sich die Schülerin Andrea gegen die Perspektivlosigkeit. Sie ist überzeugt, daß sie einen Ausbildungsplatz findet, obwohl Lehrer und Vater ihr stets zu verdeutlichen versuchen, daß Absolventen von Förderschulen wie sie keine Zukunft haben. Sie wollen das Mädchen vor Enttäuschungen bewahren.

Der Fall Andrea belegt, wie verheerend diese Schutzmaßnahme ist. Denn wer keine Hoffnung hat, ist antriebslos. Und wo viele Menschen ohne Hoffnung sind, greift die Antriebslosigkeit um sich.

Die Mittelschicht wendet sich empört ab und nimmt damit den Kindern der Unterschicht ihre letzten Vorbilder. Doch Andrea hatte Glück im Unglück, ein Hotelier sah im WDR eine Dokumentation ihres Schicksals und gab ihr einen Ausbildungsplatz.

Rebecca Bellano

Schulspeisung: Manche Eltern geben ihren Kindern kein Essen mit. — Bild: ddp

Von der Liebe besessen

Roman über einen Stalker

Wer willentlich eine bestimmte Person gegen ihren Willen verfolgt und belästigt, der ist ein Stalker. Peter Wells ist ein solcher. In dem Roman „Stalking“ erzählt Jason Starr die Geschichte von Peter Wells, der dem Objekt seiner Obsession – Katie – von der Kleinstadt sogar bis nach New York folgt.

Die beiden kennen sich von Kindesbeinen an, und so ist Katie zunächst sogar erfreut, als sie Peter, wie sie denkt zufällig, als Angestellten an der Rezeption ihres Fitness-Studios wiedertrifft. Doch die Wahrheit sieht ganz anders aus: Mit Hilfe einer Privatdetektivin hat Peter Katies Wohnort ausgemacht und auch bereits eine Wohnung für das gemeinsame Zusammenleben gekauft.

„Peter hatte sein Leben mit Katie bereits bis ins letzte Detail geplant. Nach ein bis zwei Wochen würde er ihr von ... der Wohnung erzählen, die er für sie beide gekauft hatte, und daß er den Job im Fitness-Studio nur angenommen hatte, weil er ein Wiedersehen mit ihr herbeiführen wollte. Sie würde sich geschmeichelt fühlen, ... und ihm sagen, wie sehr sie ihn liebte, und schon bald ... würden sie in die gemeinsame Wohnung ziehen. Und dann ... würden sie vor dem Kamin sitzen, Champagner trinken, er würde vor ihr auf die Knie fallen, ihr den Zweikaräter schenken, und sie wäre das glücklichste Mädchen auf der ganzen Welt.“

Der Autor stellt die verqueren Gedanken des Stalkers sehr realistisch dar. Dieser deutet alles, egal was Katie tut, stets als Zeichen ihrer beider Zusammengehörigkeit. Kein Wunder, daß Andy, Katies aktueller Freund, da so gar nicht ins Bild paßt. Daß Andy nicht in Katie verliebt ist und Schluß zu machen plant, ahnt Peter nicht, und so dreht sich sein Denken um die Möglichkeit, Katie für sich zu gewinnen und Andy als Konkurrenten auszuschalten.

Es geht ihm gar nicht um die Frau

Wie bei einem klassischen Stalker geht es auch Peter in Wirklichkeit nicht darum, Katie wirklich glücklich zu machen, sondern seine Besessenheit zu befriedigen. In seiner völligen Selbstüberschätzung ist er absolut davon überzeugt zu wissen, was das Beste für sie beide ist.

Doch ist es nur eine Frage der Zeit, bis Katie hinter Peters doppeltes Spiel kommen wird. Wie gut, daß wenigstens der erfolglose Inspektor Himoto Katies Befürchtung, sich in ernsthafter Gefahr zu befinden, Glauben schenkt.

„Stalking“ ist ein spannender Roman, bei dem allerdings der US-Titel „The Follower“ passender erscheint, da man bei dem deutschen Buchtitel auch denken könnte, es ginge allgemein um Stalking. *A. Ney*

***Jason Starr: „Stalking“**, Diogenes Verlag, Zürich 2009, broschiert, 523 Seiten, 11,90 Euro*

So wild waren sie gar nicht

Buch zur Arte-Dokumentation »Die Germanen« räumt mit Vorurteilen auf

2000 Jahre nach der Varusschlacht werden die Germanen vielfach erneut ins Blickfeld des Interesses gerückt. Eine Gelegenheit, sich über die Geschichte der lange Zeit mystifizierten nördlichen Nachbarn der Römer zu informieren, bietet das Buch „Die Germanen. Neues, Interessantes & Überraschendes von den Stämmen des Nordens“ der Herausgeber Uwe Kersken und Helfried Spitra, das als Begleitbuch zur vierteiligen ARD/Arte-Dokumentationsserie „Die Germanen“ erschienen ist. Es ist dem Autorenteam gelungen, den Bogen über eine Zeitspanne von rund 550 Jahren zu schlagen und dabei Religion, Kultur und die politische Entwicklung „des Volkes vieler Völker“ verständlich und kurzweilig zu schildern. Wer sich einen fachlich fundierten und insbesondere anschaulichen Überblick von Cäsars linksrheinischen Eroberungen bis zur Konsolidierung des Frankenreichs verschaffen möchte, sollte nicht zögern, auf dieses reichlich mit farbigem Bild- und Kartenmaterial aus der TV-Produktion ausgestattete Buch zurückzugreifen. Eine Liste der historischen Quellen und vertiefender Literatur ist angefügt.

Vermutlich übernahm Julius Cäsar den Begriff „Germanen“ als Sammelbezeichnung für die Barbarenstämme, die beidseitig des Rheins siedelten, von dem griechischen Forschungsreisenden Poseidonius (80 v. Chr.). In seinem Werk „De bello Gallico“ (51 v. Chr.) befaßte er sich in einem Exkurs mit den zahlreichen Stammesgemeinschaften, die man später als Germanen bezeichnet hat. Auch das Gebiet Germania Magna rechts des Rheins und nördlich der Donau wollten die Römer dauerhaft unterwerfen und provinzialisieren. Doch einige Jahre nach der Niederlage des Feldherrn Varus im Jahre 9 n. Chr. gegen die Germanen unter dem Cheruskerfürsten Arminius zogen sie sich endgültig hinter die Rheingrenze zurück und errichteten den 500 Kilometer langen Limes-Wall zum „Barbaricum“. Der Sieg des Arminius gegen die römische Weltmacht wurde nach der napoleonischen Ära zum deutschen Mythos, dem seit 1878, nach der Fertigstellung des Hermanndenkmals, im Teutoburger Wald Huldigungen dargebracht wurden. Inzwischen gilt eine Senke bei Kalkriese im Osnabrücker Land als Austragungsort der Schlacht.

Tacitus beschrieb die „Speer-Männer“ in seiner „Germania“ (98 n. Chr.) als wilde Menschen, die in ihrer frostigen Heimat nur spärlich mit Fellen bekleidet waren und ihr Leben der Jagd und dem Kampf weihten. Er widmete sich vor allem den Stämmen vom Rhein bis zur Weichsel und von der Nordsee bis zur Donau.

Böse Verleumdungen, Mythen und Halbwissen analysiert

Verblüffende Übereinstimmungen weist die Bildsprache der verschiedenen Stämme auf, die durch ungefähr 900 sogenannte Goldbrakteaten, die als Amulette dienten, überliefert worden ist. Desgleichen verehrten die meisten Stämme dieselben Hauptgötter und bedienten sich derselben Schriftzeichen. Die Alltagskultur derjenigen Völker und Stämme, die in Nachbarschaft zu den Römern siedelten, war demgegenüber von römischen Einflüssen geprägt.

Im Kapitel „Rom am Rhein“ wird anhand des Beispiels von Köln, der Stadt der Ubier, erklärt, was die Unterworfenen zu Ruhe und Frieden verlockte: der Bau von Tempeln, Forumsanlagen, Häusern und Bädern. Andererseits dokumentieren die Autoren Grabungsergebnisse, die den Nachweis einer bedeutenden römischen Siedlung im freien Germanien erbrachten. Sie räumen ebenfalls mit der immer noch kursierenden Meinung auf, innerhalb der germanischen Stämme sei erblicher Adel unbekannt gewesen. Die Forschung hat längst den Beweis erbracht, daß es innerhalb einer streng hierarchisch gegliederten Gesellschaft eine kleine Adelsschicht gab, aus deren Kreis die historisch bezeugten Fürsten und Könige gewählt wurden. Seit dem Jahr 375, das als Auftaktjahr der Völkerwanderung gilt, „beschleunigten die Germanen den Niedergang des angeschlagenen Weltreichs“.

Recht kurz geraten sind zum Schluß die Kapitel über den Abstieg Roms und die zum Christentum bekehrten ersten fränkischen Könige, die als Begründer Europas gelten. *Dagmar Jestrzemski*

***Uwe Kersken und Helfried Spitra (Hrsg.): „Die Germanen. Neues, Interessantes & Überraschendes von den Stämmen des Nordens“**, Bastei Lübbe, Bergisch Gladbach 2009, brosch., 208 Seiten, 12,95 Euro*

Lahme Kalte Krieger

Sparschuh und Nadolny über ihre Erfahrungen bei Bundeswehr und NVA

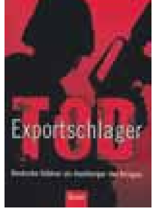
Jens Sparschuh und Sten Nadolny, zwei deutsche Schriftsteller, machen mit ihrem gemeinsamen Titel „Putz- und Flickstunde – Zwei Kalte Krieger erinnern sich“ neugierig auf ihre Erfahrungen beim Militär. Der eine war bei der Bundeswehr, der andere bei der Nationalen Volksarmee (NVA). Doch wer auf spannende Details der „Kalten Krieger“ hofft, der wird von diesen als Dialog dargestellten Ausführungen enttäuscht werden. Die beiden Autoren langweilen stattdessen mit Belanglosigkeiten, denn im Grunde haben sie nichts wirklich Bewegendes zu berichten. Jens Sparschuh verbrachte sogar nur wenige Monate bei der NVA, in denen er offensichtlich auch keinen tieferen Einblick in die Strukturen erlangt hat. Daß er als Studierter in der Armee des Arbeiter- und Bauernstaates nicht sonderlich gut angesehen war, ist zudem nicht überraschend.

Der Erkenntniswert des Buches bezüglich der Gemeinsamkeiten und der Unterschiede zwischen Bundeswehr und NVA leidet auch darunter, daß die beiden zu völlig verschiedenen Zeiten ihren Militärdienst ableisteten. Sten Nadolny war von 1961 bis 1963 bei der noch jungen Bundeswehr. Das politische Umfeld seiner Erfahrungen ist ein ganz anderes als das von Jens Sparschuh, der 1983 als Reservist in die NVA einrückte. Wenn sie diese verschiedenen Jahrzehnte wenigstens betonen würden, doch statt dessen plaudern die beiden entspannt über den jeweiligen Alltag beim Militär. Selbst Themen wie politische Indoktrination in der Armee werden nebenbei angesprochen. „Aber ich hatte vorhin erwähnt, daß die NVA so etwas war wie der Hochsicherheitstrakt in einem Gefängnis. Und wenn du den Leuten im Hochsicherheitstrakt sagst: ‚Kämpft dafür, heldenhaft unser Gefängnis zu verteidigen‘, dann wirst du bei denen selbstredend nicht viel Begeisterung auslösen ... Natürlich hatten wir trotzdem jede Menge, wie nannte man das, Rotlichtbestrahlung.“ *Bel*

***Sten Nadolny, Jens Sparschuh: „Putz- und Flickstunde – Zwei Kalte Krieger erinnern sich“**, Piper, München 2009, geb., 207 Seiten, 16,95 Euro*

Söldnerwesen im Aufschwung?

Der ehemalige Kriegsberichterstatter Franz Hutsch pauschalisiert reißerisch Sicherheitsdienstleister



Will man den Recherchen des Journalisten und ehemaligen Kriegsreporters Franz Hutsch Glauben schenken, zeichnet sich in Deutschland eine erschreckende Entwicklung ab. „Exportschlager Tod – Deutsche Söldner als Handlanger des Krieges“ heißt sein im Econ Verlag erschienener aktueller Titel.

Blackwater, das größte, bereits durch mehrere Eskalationen in die Kritik geratene US-amerikanische private Sicherheits- und Militärunternehmen, steht mahnend für die Auslagerung militärischer Aufgaben weg von nationalen Armeen hin zu privaten Sicherheitsdienstleistern. Die USA sind seit Jahren führend darin, nicht nur Transport, Logistik und medizinische Versorgung, sondern auch Kampfeinheiten an private Firmen auszugliedern. „1991, im zweiten Golfkrieg, wurden die 541 000 Soldaten der US-Armee während der Operation ‚Desert Storm‘ von nur 5600 Angestellten privater Sicherheitsfirmen unterstützt. Auf 100 Soldaten kam also gerade mal ein Söldner“, schreibt Hutsch. „Zwölf Jahre später schickten die USA 248 000 Soldaten in den Irakkrieg ... Etwa 190 000 Söldner heuerten allein das US-Außenministerium, verschiedene staatliche Hilfsorganisation und vor allem das Pentagon für diesen Kriegsschauplatz an ... Auf einen Söldner kommen nun 1,3 reguläre Soldaten.“ 76 Milliarden Dollar bezahlte allein das Pentagon zwischen 2003 und 2007 an private Sicherheitsfirmen. Ihre Angestellten sind Söldner im klassischen Sinne, wie es sie schon seit Jahrtausenden gibt. Weil der Begriff Söldner jedoch negativ belegt ist, heißt es heute „Contractor“. Diese „Vertragspartner“ verdienen im Monat regulär das vier- bis achtfache eines normalen Soldaten, doch ihre Arbeitsbedingungen und ihr möglicher Tod schaden nicht gleichermaßen der Politik wie der eines Soldaten, der für sein Vaterland gestorben ist.

Auf 1,3 US-Soldaten kommt ein Söldner

Franz Hutsch schildert zahlreiche Fehlentwicklungen in der Branche. Er geht auf schwarze Schafe ein, die von den USA das große Geld einkassieren, aber statt professioneller, gut ausgebildeter Mitarbeiter, Billiglöhner aus Lateinamerika und Asien beschäftigen, die sie dann auch noch ohne Sicherheitsvorkehrungen verheizen. Viele dieser „Sicherheitsfirmen“ arbeiten in rechtlichen Grauzonen und sind keineswegs dazu angetan, den Menschen in den Krisenregionen, die man doch eigentlich vom demokratischen System des Westens überzeugen will, ein Gefühl von Gerechtigkeit zu vermitteln.

Doch bei allem richtigen, was der Autor über die internationalen Entwicklungen vor allem von Seiten der USA schildert, ist seine These, daß deutsche Söldner zum „Exportschlager“ werden oder gar die deutsche Bundeswehr mit ihnen arbeitet, absolut aus der Luft gegriffen. Zwar gibt es vereinzelt vor allem ehemalige Bundeswehrsoldaten, die auch des schnellen Geldes wegen sich bei jenen Sicherheitsfirmen anheuern lassen, doch das sind Einzelfälle. Zum Teil sogar verständliche und lobenswerte. Wenn ein arbeitsloser Bremer, der nach seiner Verpflichtung bei der Bundeswehr keinen Arbeitsplatz findet, in die Welt hinauszieht, auch um bei der Sicherung des internationalen Friedens mitzuhelfen, dann kann man ihn im internationalen Umfeld eher als Lichtblick denn als Todesbringer sehen.

Auch Hutschs These, daß deutsche Sicherheitsunternehmen sich international mehr in Krisengebieten engagieren, bleibt unbelegt. Selbst die mageren Hinweise, die der Autor liefert, erweisen sich auf Nachfrage als lächerlich.

Hartmut Zehrer von der „Protektor-Akademie für Sicherheitsleistungen“ in Hamburg war selbst 30 Jahre Generalstabsoffizier bei der Bundeswehr. Er beteuert, daß die großen deutschen Wach- und Sicherheitsfirmen sich nicht auf diesem Gebiet engagieren. „Das sind alles kleine Firmen“ und „Einzelfälle“ der Vergangenheit, erklärt er die von Franz Hutsch angeprangerten Vorfälle, bei denen Arbeitslose zu Mitarbeitern für im Ausland tätige Sicherheitsfirmen ausgebildet worden sein sollen.

Hutsch stellt auch die „Praetoria Beratung“ aus Bielefeld vor, die als Sicherheitsberater für deutsche Unternehmen und Entwicklungshelfer im Irak tätig ist.

Deutsches Pendant aus der Luft gegriffen

Auch die Regensburger Firma „Toifor“, weltweiter Marktführer bei militärischen und zivilen Serviceleistungen wie Toiletten und Müllentsorgung, wird in ein anrüchiges Licht gestellt. Bedauerlicherweise geht der Autor nicht darauf ein, wie Deutschland, das international in den Bereichen Wirtschaft und Humanität aktiv sein will und muß, ohne derartige Dienstleister agieren sollte. Dabei ist davon auszugehen, daß diese Anbieter international in Sachen Know-How, Effizienz und Wertvorstellungen vorbildlich agieren, da der deutsche Staat ein Auge auf sie hat. Der greift bei seinen Auslandseinsätzen derzeit nicht auf die in der Öffentlichkeit weitgehend als „Söldner“ diskreditierten Sicherheitsfirmen zurück.

„Im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wurden und werden private Bewachungs- und Sicherheitsunternehmen mit Sicherheitsaufgaben für die Bundeswehr beauftragt“, heißt es hierzu aus dem Verteidigungsministerium. „Die Wach- und Sicherheitsaufgaben der Bundeswehr werden durch die privaten Unternehmen im Rahmen strenger Anforderungen nach einschlägigen Regelungen wahrgenommen. Der Einsatz privater Unternehmen zur Bewachung und Absicherung der Bundeswehrliegenschaften im Gebiet der Bundesrepublik hat sich bewährt und maßgeblich zur Ausrichtung der Bundeswehr auf Einsatzaufgaben beigetragen. Im Rahmen der Auslandseinsätze der Bundeswehr werden keine privaten Bewachungs- und Sicherheitsunternehmen zur Bewachung / Sicherung von Einrichtungen der Einsatzkontingente eingesetzt.“ *R. Bellano*

***Franz Hutsch: „Exportschlager Tod – Deutsche Söldner als Handlanger des Krieges“**, Econ, Berlin 2009, kartoniert, 277 Seiten, 18,90 Euro*

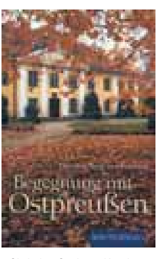
Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin



Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
Geb., 318 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 6608, € 14,95

Flug über Nord-Ostpreußen

Sonderangebot
Alle drei Teile zusammen
Best.-Nr.: 5401
nur € 39,95

Endlich wieder lieferbar!



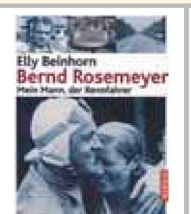
Teil 1
Die Küste
Laufzeit: 52 Minuten
Best.-Nr.: 5398, € 19,95



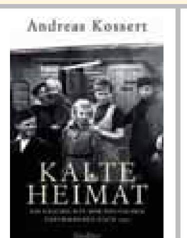
Teil 2
Von Königsberg bis Insterburg
Laufzeit: 62 Minuten
Best.-Nr.: 5399, € 19,95



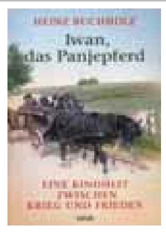
Teil 3
Rominter Heide – Trakehnen – Elchniederung
Laufzeit: 73 Minuten
Best.-Nr.: 5400, € 19,95



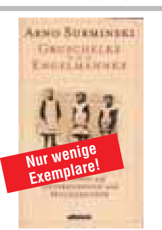
Elly Beinhorn
Bernd Rosemeyer
Mein Mann, der Rennfahrer
Geb., 270 Seiten mit 125 Abb.
Best.-Nr.: 6795, € 24,95



Andreas Kossert
Kalte Heimat
Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945
Geb. Buch, 432 Seiten
Best.-Nr.: 6558, € 24,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Arno Surminski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Dietrich Peylo
Arys/ Ostpreußen
die kleine masurische Stadt mit dem großen Truppenübungsplatz in Bilddokumenten
Geb., 108 Seiten
Best.-Nr.: 6788, € 20,00

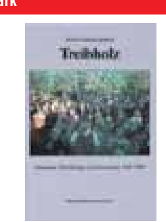
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945- 1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Werner Jondral
Das alte Haus am Omulef/ Verwehte Spuren-Ostpreußen

Dieses Buch ist eine Erinnerung an das bewegende Leben eines masurischen Jungen. Es ist eine Liebeserklärung des Autors Werner Jondral an die Heimat Ostpreußen, zugleich eine zärtliche Erinnerung an die Vorfahren seiner Familie, und es ist die Schilderung eines brutalen, zerstörerischen Krieges. Schon seit Generationen ist seine Familie fest verankert in diesem Land der kristallenen Seen und der unbeschreiblichen Naturwunder, das auch ihm eine unbeschwerte, paradiesische Kindheit bescherte. Doch als sich die friedliche Zeit im Spätsommer 1944 langsam dem Ende neigt und die Flucht unvermeidbar wird, bricht nicht nur eine Familie auseinander. Einfühlsam schildert der Autor die liebevollen Erinnerungen an die Sippe der Jondrals, bewegend seine Erlebnisse auf der Flucht aus den Augen eines zehnjährigen Jungen und erschreckend und unmittelbar die Eindrücke des wahnsinnigen Krieges, in dem letztlich die geliebte Heimat verlorenging. Es sind zudem Erinnerungen an Geschichten, die der Autor nach einer langen Zeit des Verdrängens und Vergessens dazu bewegten, die authentischen Erfahrungen niederzuschreiben; traurige Geschichten über Schicksale liebgewonnener Menschen, die das Leid und den Schmerz des Krieges auf verschiedene Weise erfuhren: als Offizier der deutschen Luftwaffe, der sich in die junge Polin Iwonka Lissek verliebte, als Kriegsgefangener oder auch als Trümmerfrau, und die Geschichte eines gemein haben: den Verlust der über alles geliebten Heimat Ostpreußen. „Das alte Haus am Omuleff" ist eine Familiengeschichte, die aus der Sicht eines Zeitzeugen als Anklage gegen den Wahnsinn eines Krieges geschrieben ist, und ist gleichzeitig „ein leidenschaftlicher Aufruf an alle Menschen, jahrzehntelang nur selten erwähnte und oft bewusst verschwiegene Verbrechen an Deutschen in den Ostgebieten nach dem Gebot der Gerechtigkeit beim Namen zu nennen, damit jenes furchtbare Geschehen nicht in einem Archiv des Schweigens versinkt".



Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 679
€ 16,80



Flucht und Vertreibung
Zeitzeugen berichten
Im Jahre 1945 begann der Exodus der Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, zunächst als Flucht und Evakuierung, nach Kriegsende als Umsiedlung und Vertreibung mit Billigung der Siegermächte. Nach einem Aufruf von Wolf von Lojewskis haben weit über 1.300 Hörer dem Deutschlandfunk Material geschickt. Eine Auswahl wurde im Deutschlandfunk gesendet und auf dieser CD veröffentlicht.
Laufzeit 110 Minuten
Best.-Nr.: 4667



statt € 17,90
nur € 14,95

Versandkostenfreie Lieferung ab 60 € Bestellwert*
*gültig Juni u. Juli 2009 und nur in Deutschland

Christian Papendick
Der Norden Ostpreußens
Land zwischen Zerfall und Hoffnung. Eine Bilddokumentation 1992-2007
Mit Textbeiträgen von Gertrud Papendick und Juri Iwanow und einem Vorwort von Albrecht Leuteritz



Geb., 488 Seiten, 1057 Farbabbildungen, 170 historische Schwarzweißabbildungen, 18 Karten, Leinen, Erscheinungsjahr: 2009, Format: 24 x 29 cm
Best.-Nr.: 6794
€ 59,00

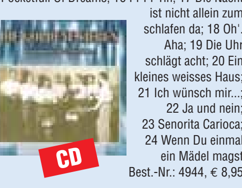
Gerhard Fischer
Ostpreußische Frauen und Männer im Dienste der Landwirtschaft
Dieses Buch enthält Kurzbiographien von 630 ostpreußischen Frauen und Männern, die in einem historischen Zeitraum von ungefähr 300 Jahren auf dem Territorium des nachmaligen Ostpreußens im Dienste der Landwirtschaft gestanden haben und als gebürtige Ostpreußen heute noch stehen. Daher ist es verständlich, daß die Mehrzahl der Aufgenommenen nicht mehr lebende Personen sind, die in Ostpreußen geboren wurden oder über einen längeren Zeitraum dort lebten und in besonderer Weise wirkten. Erfreulicherweise konnten von mir auch Kurzbiographien heute noch lebender Ostpreußen der alten und neuen Bundesländer erarbeitet werden.
Geb. 569 Seiten
Best.-Nr.: 1190
statt € 22,20
nur € 14,95

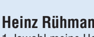
Romantisches Masuren, DVD
Wer Masuren als „Land der tausend Seen" bezeichnet, der untertreibt. Es sind weit über 3.000 Seen, die diese romantische Landschaft von unberührten Flußläufen, von verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt prägen. Unsere Reise führt uns durch die Städte Passenheim, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Arys, Rhein, Angerburg, Sensburg, Nikolaiken u. v. a. Die überwältigende Naturlandschaft Masurens erleben wir nicht nur in traumhaft schönen Bodenaufnahmen sondern ebenso in faszinierenden Szenen aus der Luft.
Laufzeit: 55 Min.
Best.-Nr.: 5397, € 19,95
DVD

Die Stars von damals...

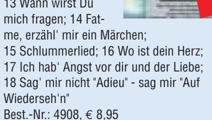
Willy Berking
1 KÜß MICH - BITTE, BITTE KÜß MICH, 2 LIEBLING WAS WIRD NUR AUS UNS BEIDEN, 3 ROSAMUNDE, 4 DAS BLONDE KÄTHCHEN, 5. DER KLEINE LIEBESVOGEL, 6 ES LEUCHTEN DIE STERNE, 7 ABENDS IN DER TAVERNE , 8 Von 8 Bis 8, 9 IN HAWAII, IN HAWAII (DA WARTET DAS GLÜCK AUF UNS ZWEI), 10 HOCH DROB'N AUF DEM BERG, 11 HÖR' MEIN LIED VIOLETTA, 12 MEIN KLEINES FRÄULEIN (SIE SIND SO SÜß), 13 WUNDERSCHÖNES RENDEZVOUS, 14 JA, JA DER SONNENSCHEIN
Best.-Nr.: 4913, € 8,95
CD

Die goldenen Sieben, Tanzmusik der 30er Jahre
1 Darf ich bitten; 2 Blinde Kuli; 3 Die Musik spielt ganz leise; 4 Chirokko; 5 Exzentrik; 6 Aus lauter Liebe; 7 Jawohl, meine Herr 'n; 8 Ca wiolcn; 9 Ay-Ya-Ya; 10 St. Louis Blues; 11 Weil der D-Zug-Führer heute Hochzeit macht; 12 Immer wieder tanzen; 13 Granada; 14 Spatzenkonzert; 15 I´ve Got A Pocketfull Of Dreams; 16 Pi-Pi-Tin; 17 Die Nacht ist nicht allein zum schlafen da; 18 Oh'. Aha; 19 Die Uhr schlägt acht; 20 Ein kleines weisses Haus; 21 Ich wünsch mir...; 22 Ja und nein; 23 Senorita Carioca; 24 Wenn Du einmal ein Mädel magst
Best.-Nr.: 4944, € 8,95





Zarah Leander
1 Blaue Husaren; 2 Es gibt keine Frau, die nicht lügt; 3 Irgendwo, irgendwann fängt ein kleines Märchen an; 4 Ich hab vielleicht noch nie geliebt; 5 Sagt dir eine schöne Frau "Vielleicht"; 6 ... und dann tanz' ich einen Czárdás; 7 Eine Frau von heut'; 8 Schlafe, mein Geliebter; 9 So glücklich wie Du und so selig wie ich; 10 Schiff ahoi (Seemannslied); 11 Drei Sterne sah ich scheinen; 12 Ich will nicht vergessen; 13 Wann wirst Du mich fragen; 14 Fatme, erzähl' mir ein Märchen; 15 Schlummerlied; 16 Wo ist dein Herz; 17 Ich hab' Angst vor dir und der Liebe; 18 Sag' mir nicht "Adieu" - sag mir "Auf Wiederseh'n"
Best.-Nr.: 4908, € 8,95



Heinz Rühmann
1 Jawohl meine Herren (mit HANS ALBERS); 2 Mir geht's gut (mit HERTA FEILER); 3 Das mach ich alles mit einem netten Lächeln
4 Ich bin so leidenschaftlich; 5 Die Ballade vom semmelblonden Emil;
6 Ich brech' die Herzen der stolzesten Frau'n; 7 So ein Regenwurm hat's gut;
8 Li-Li-Li-Liebe; 9 Wozu ist die Strasse da; 10 Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern (mit HANS BRAUSWETTER & JOSEF SIEBER);
11 Wanderlied; 12 Mir geht's gut (mit HERTA FEILER)
Best.-Nr.: 5310, € 8,95



Beliebte Traditions- und Parademärsche
1. Schlesischer Kriegsmarsch 2, Marsch aus Petersburg , 3. Defiliermarsch, 4. Pepita-Marsch, 5. Marsch „Inf.-Rgt. Großherzog Friedrich von Baden", 6. Bayerischer Defiliermarsch, 7. Fridericus-Rex- Grenadiermarsch, 8. Anmarsch: Lockmarsch/Marsch des Yorkschen Korps 1813 , 9. Der Hohenfriedrerger, 10. Marsch nach Motiven der Oper „Indra", 11. Parademarsch Nr. 1, 12. Locken zum Zapfenstreich, 13. Der Große Zapfenstreich, 14. Harmonischer Zapfenstreich der Kavallerie/Feldartillerie, 15. Nationalhymne. Es spielt das Heeresmusikkorps der Deutschen Bundeswehr unter Leitung von Oberstleutnant Heinz Schlüter
Best.-Nr.: 5609, € 12,90
CD

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
CD
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf dieser Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor,1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770
€ 12,95

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.



Sonderangebot!
statt € 25,80
nur € 19,95
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

Achtung! Neue Adresse Achtung!
PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 27/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

War es wirklich der Apostel?

Rom – Der Papst persönlich hat bekanntgegeben, daß womöglich die sterblichen Überreste des Apostels Paulus gefunden wurden. Die gefundenen Gebeine wurden auf das erste oder zweite Jahrhundert datiert. Die verbliebenen Zweifel ließen sich womöglich mit einer Strontiumisotopenanalyse ausräumen. Damit ist nachweisbar, wo ein Verstorbener aufgewachsen ist; Paulus stammt aus Kilikien in der heutigen Südtürkei. *K.B.*

Gefängnis wegen Bubenstreichs?

Bursa – Wie die türkische Zeitung „Taraf“ berichtete, wurde ein 14jähriger von seinem Lehrer angezeigt, weil er nach der Aufforderung, ein Buch aus der Tasche zu holen, auf ein Bild Atatürks gezeigt und gesagt habe: „Ohne dieses Rindvieh hätten wir nicht dieses Buch.“ Die Anzeige sei zwar von einer lokalen Gerichtsinstanz als Bubenstreich abgetan worden, doch ein höheres Gericht habe entschieden, daß es einen neuen Prozeß geben müsse. Dem Jungen drohen bis zu drei Jahre Haft. *RGK*

ZUR PERSON

Gigantischer Vertrauensbruch

Dieser Mann wird nie wieder frei sein. Die enorme Haftstrafe von 150 Jahren solle andere abschrecken und den Opfern Genugtuung verschaffen, so die New Yorker Richter in ihrer Begründung für das Urteil gegen **Bernard Lawrence Madoff**.

Der Schaden, den Madoffs Schneeballsystem seit den frühen 80er Jahren bei seinen Anlegern hinterläßt, wird auf umgerechnet 51 Milliarden Euro geschätzt. Neben Großinvestoren sind zahlreiche Kleinanleger betroffen, die oft in bittere Armut fallen, weil ihre Altersversorgung verloren ist.

Auf besonders perfide Weise erwarb und mißbrauchte Madoff das Vertrauen seiner Anleger. So



taten er und seine Frau Ruth sich hervor als generöse Spender für wohltätige Zwecke. Als Jude genoß der 1938 in New York geborene Madoff vor allem in jüdischen Kreisen besonderes Ansehen, das er durch Zuwendungen an jüdische Stiftungen befestigte.

So hatten auch Stiftungen wie die des NS-Überlebenden Elie Wiesel Geld bei ihm investiert, das nun verloren ist. Für das Simon-Wiesenthal-Zentrum, das nach untergetauchten Verantwortlichen des NS-Apparats fahndet, geht es dem Vernehmen nach sogar um die Existenz. Zwar hatte das Zentrum kein Geld direkt bei Madoff angelegt, wohl aber einige wichtige Dauerspender wie etwa die in Florida ansässige Picower-Stiftung. Nach 1,2 Millionen Dollar Einnahmen vor zwei Jahren hofft das Zentrum in diesem Jahr auf höchstens 800 000 Dollar. Sprecherin Rhonda Barad mußte bereits im Frühjahr fünf ihrer zehn Mitarbeiter entlassen und die Öffnungszeiten der Häuser kürzen.

Madoff entschuldigte sich bei den Opfern und seinen eigenen Verwandten. Er hinterlasse ihnen ein „Erbe der Schande“. *H.H.*



Kurzfassung Zeichnung: Mohr

Helden und Zeichen

Warum Michael Jackson die Erde beben läßt, wie uns die SPD enttäuschte, und was passiert, wenn die Schuldenbremse quietscht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Eine Zeit harter Proben liegt hinter uns. Insbesondere ältere Deutsche durften sich gratulieren, daß sie es schon immer gewußt haben: Die Welt ist verrückt geworden, nachdem die Leute in einem Tollhaus der Nichtigkeiten vollends den Überblick verloren haben.

Wer bitte ist Michael Jackson? Hat er das Rad erfunden? Als erster den Mond betreten? Den Hunger besiegt? Nein, er hat gesungen und getanzt und damit jede Menge Geld gemacht, das er anderwärts wieder verzockte.

Jetzt ist er mit nur 50 gestorben, und der Globus erbebt. Nachrichtensender, die sonst eifrig bemüht sind, so seriös zu wirken, wie ihre Sponsoren es eben zulassen, bringen die Geschichten um den „König der Pop-Musik“ noch Tage nach dessen Ableben als erste Meldung – vor Kriegen, Putschen und Steuerdebatten. Was ist in die gefahren?

Die Sender sagen, sie könnten nicht anders, weil die Zuschauer das eben verlangen. Und warum verlangen die das? Ganz einfach: Weil dieser „Jacko“ ihnen etwas bot, das es sonst nur noch in Phantasie-Romanen und alten Sagen gibt, einen richtigen Helden nämlich.

Was? Dieses beklagenswerte Geschöpf soll ein Held gewesen sein? Ja, und ob, mit allem, was dazugehört.

Sein ganzes Leben lang war er auf der Suche nach seinem Leben, eine 50jährige Odyssee. Gefunden hat er Geld, Kitsch und Skandale. Verloren hat er dabei alles, seine Schönheit, seine Gesundheit, ja sogar Rasse und Geschlecht schienen am Schluß verschollen zu sein. Dann verließ ihn das Leben selbst. Rasanter Aufstieg, nebulöses Glamourleben auf dem Thron und dann tragischer Niedergang. Und alles im Scheinwerferlicht, in den Stahlgewittern der Klatschblatt-Schlachten.

Jackson hat Sehnsüchte befriedigt, für die sonst keiner mehr da ist. Es gibt keine strahlenden Sieger mehr, ebenso wenig wie fatale Verlierer. Früher war die Politik so ein Feld, in dem sich Schicksale ereigneten, weshalb auch alle gebannt hinschauten. Heute fallen uns die Augen zu.

Wenn da jetzt mal einer richtig runterfällt wie bei der Europawahl, dann brabbelt er was von „ein Stück weit Stimmen eingebüßt“ und giftet, daß die anderen viel mehr verloren hätten. Diese anderen spielen den Ball zurück und verweisen auf das Gesamtergebnis, das sie wieder etwas besser aussehen läßt. Und am Schluß kommt ein Zehn-Komma-Etwas-Parteichef und feiert sich als den „eigentlichen Sieger“.

Keine echten Sieger, keine traurigen Verlierer, alle tragen Masken. Keine Dramatik nirgends. Kleine Hoffnungen auf ein bißchen mehr Leben in der Bude werden umgehend zertreten. Im Umfeld des Merkel-Besuchs bei Obama taten sich Keime der Besserung auf, die eilig planiert wurden.

> Mit »Angelas Steuersong« im Ohr wachte Günther Oettinger schweißgebadet auf

Da waren zunächst Präsident und Kanzlerin. Die können nicht miteinander, hatten uns die „Kenner der Szene“ zuvor angestachelt. Das ließ auf Streit wetten, immerhin. Doch Pusteblume. Ging alles wie am Schnürchen, was insbesondere in der SPD eine tiefe Niedergeschlagenheit hinterließ, die angesichts immer näher rückender Wahlen jederzeit in Panik umschlagen kann.

Kurze Zeit schien sie tatsächlich ausgebrochen, diese allseits latente Panik bei den Sozis: Die SPD drohe mit dem Bruch der Koalition, wurde am Montag herumgetuschelt. Der Grund interessierte niemanden, aber die Nachricht hat uns elektrisiert. Wir hatten uns ja schon auf einen grottenlangweiligen Wahlkampf eingestellt, auf dem nur graue Phrasen vom Recyclinghof der ollen Parolen gereicht würden. Garniert mit offenen Lügen und kitschigen Losungen. Doch nun das: Koalitionsbruch drei Monate vor dem Urnengang! Das verhieß Hauen und Stechen, das ganz große Theater.

Kaum aber hatte uns dieser Strahl der Zuversicht getroffen, da schob sich ein massiger Mann behäbig vors Licht und es ward wieder dunkel. Die Sozialdemokraten stünden fest in der Koalition bis zur Wahl, gähnte SPD-General Hubertus Heil alle unsere Hoffnungen hinfort.

Da standen wir nun wieder. Doch wenn die Not am größten ist, naht das Rettende auch: Sie erinnern sich, Angela Merkel wird auf keinen Fall die Steuern erhöhen. Das wird die Belohnung, wenn wir sie oder die gewünschten Koalitionsgespielen von der FDP wählen. Versprochen. Versprochen? Den Text kennen wir doch irgendwoher! Gerhard Schröder! Gewann der die Wahl 2002 nicht auch mit einem tollen öffentlichen Auftritt (Merkel bei Obama, Schröder auf dem Elbdeich) und dem Versprechen, keine Steuern zu erhöhen oder so?

Kaum waren die Schröderstimmen in der Urne, da gings los mit der Wahrheit über den Haushalt. Prompt geriet der heldenhafte Flutenbezwinger Schröder mit den Gummistiefeln in die Speichen der Spaßgesellschaft, die sich grausam an ihm rächte für die „Steuerlüge“. Der Stimmenimitator Elmar Brandt nahm mit Schröderstimme auf der Zunge den „Steuersong“ auf, der ein Riesenerfolg wurde. Kanzlergemahlin Schröder-Köpf wurde das Gelächter so unerträglich, daß sie die Justiz bemühte, um Zweifel an der Echtheit von Schröders Haarfarbe gerichtlich verbieten zu lassen.

Nach und nach mehren sich die Stimmen, die uns nach sieben Jahren eine Neuauflage der Schröderiade von 2002 prophezeien. Und es sind nicht nur die vom bösen Feind oder die biestigen Medien, die sich schon auf „Angelas Steuersong“ freuen. Als Angela Merkel in Washington vom glanzvollen Neuanfang der deutsch-amerikanischen Beziehung träumte, wachte Günther Oettinger mit der noch gar nicht komponierten Melodie im Kopf schweißgebadet auf. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg muß sich 2011 dem Wahlvolk stellen. Das dürfte in etwa die Zeit sein, wenn Merkels Beteuerungen zu Steuererhöhungen („Mit mir nicht!“) das Klo runtergehen. Dem wollte Oettinger schon mal vorbauen und seine Wähler sanft auf bevorstehende Steuererhöhungen vorbereiten. Die Tour hat ihm Merkel vermasselt. Die Kanzlerin will jetzt wiedergewählt werden, was interessiert sie da die Haushaltslage von 2011?

Warum ist 2011 so interessant? In jenem Jahr beginnt laut Plan die schrittweise Senkung der Neuverschuldung auf schließlich nahezu Null, wie sie die „Schuldenbremse“ vorsieht. Von da an heißt es also: Steuer rauf oder Ausgaben runter. Oder, wie die Dinge stehen, beides zugleich.

Schuldenbremse – letzte Woche erschien mir das Ding ja noch wie eine dieser skurrilen Propagandaeinlagen aus der Schublade der „Symbolpolitik“. Und so war sie wohl auch gemeint: Die Politiker wollten in Zeiten überbordender Neuverschuldung ein „Zeichen“ setzen, um ihr „Verantwortungsbewußtsein für die kommenden Generationen“ zu demonstrieren. In solchen Signalen haben sie Übung. Immer, wenn etwas nicht richtig läuft und die Politik das nicht ändern kann oder nicht ändern will, setzt sie ein „Signal“, ein „Zeichen“. Die Uno ist Weltmeister im „Zeichen setzen“ und gutes Anschauungsmaterial, wie diese Symbolpolitik mit ihren Signalen funktioniert: Es wird guter Wille demonstriert in dem ruhigen Bewußtsein, daß man sowieso nichts machen wird, weshalb einen auch keiner zur Verantwortung zieht. Zurück bleibt ein schönes Gefühl und die Sympathie der Menschen für den guten Willen, den man gezeigt hat.

So hatte es sich Berlin auch bei der Schuldenbremse gedacht: Laßt uns das Ding mal beschließen, macht bestimmt einen guten Eindruck. Später machen wir es sowieso anders, wie immer.

Doch Experten fürchten, daß diesmal erstmals alles anders kommen könnte: Die Bremse sei ein kompliziertes Regelwerk, das man nicht so ohne weiteres aushebeln könne. Da Schwarz-Rot der Bremse Verfassungsrang gegeben habe, sei sie nur unter Bruch des Grundgesetzes zu umgehen, was auch nicht so ohne weiteres durchgehe. Das werden interessante Jahre ab 2011.

ZITATE

*Der schottische Historiker **Niall Ferguson** („Der falsche Krieg“) **warnt** in der „Welt“ (27. Juni) vor **falschem Optimismus** in der Weltwirtschaftskrise:*

„Von der historischen Perspektive aus gesehen leben wir im April 1931. Damals meinte man auch, nun hätten wir das Gröbste überstanden. Das Gröbste aber kam erst. Weil wir solche Furcht vor den Fakten haben, wollen wir, daß alles vorüber ist. Es ist nicht vorüber! Die Zahlen in den meisten Finanz- und Wirtschaftszweigen sind entsetzlich, schrecklich, angsteinflößend.“

*Über Politiker, die sich wenige Jahre vor Inkrafttreten der Schuldenbremse noch gigantische **Schulden und Steuersenkungsdebatten** leisten, urteilt der **Verfassungsrechtler Joachim Wieland** laut „Spiegel“ (29. Juni):*

„Die verhalten sich wie Alkoholiker, die sich vor der anstehenden Entziehungskur noch einmal einen tiefen Schluck aus der Pulle genehmigen.“

*Bundeswirtschaftsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg** (CSU) wehrt sich im „Focus“ (29. Juni) gegen **Vorwürfe**, er gehe **kaltherzig** mit dem Schicksal der Mitarbeiter um, wenn er wiederholt direkte Staatsbürgschaften, wie im Falle von Arcandor, ablehnt:*

„Man tut diesen Menschen keinen Gefallen, wenn man ihnen vom Wahlkampf getrieben Versprechungen macht, von denen man schon beim Formulieren weiß, daß man sie nicht halten kann. Selbstverständlich tun aber auch unbequeme Wahrheiten weh ... Ich habe kein kaltes Herz. Das haben diejenigen, die politisches Kapital aus den Sorgen anderer schlagen und am Ende nur noch zynisch Holzmann, Holzmann rufen.“

Creatio ex nihilo

Ihr lieben Dresdner, schert euch nicht
um Welterb-Wichtigmacher,
denn ihr Gewerbe, sag' ich schlicht,
ist simpler Titelschacher.

Selbst ohne Welt-Brimborium
ist Dresden wert die Reise –
das weiß zum Glück das Publikum
und pfeift auf Scheinbeweise!

Man hält vielleicht mich für frivol,
doch stolze Prädikate
entpuppen sich am Ende hohl
wie Börsen-Derivate:

Wie sollte denn ein Stück Papier
vor Raub und Bomben schützen?
Und gegen Spekulantengier
wird's gleichfalls wenig nützen!

Indes gibt's Trost für Erbverlust:
Die Erbe-Bürokraten
erlauben uns, jetzt erbbewußt
im Wattenschlamm zu waten.

Doch so wie der Finanz-Spagat
per Notenpresse – leider –
ist auch das neue Prädikat
wie Kaisers neue Kleider:

Creatio ex nihilo!
Die halten uns für Affen
und tun, als ging's, mit Pipapo
aus nichts was zu erschaffen.

In Wahrheit aber stiehlt der Dreh
am Erbe uns die Rechte! –
Die kriegt ein hohes Komitee,
und wir sind bloße Knechte.

Pannonicus